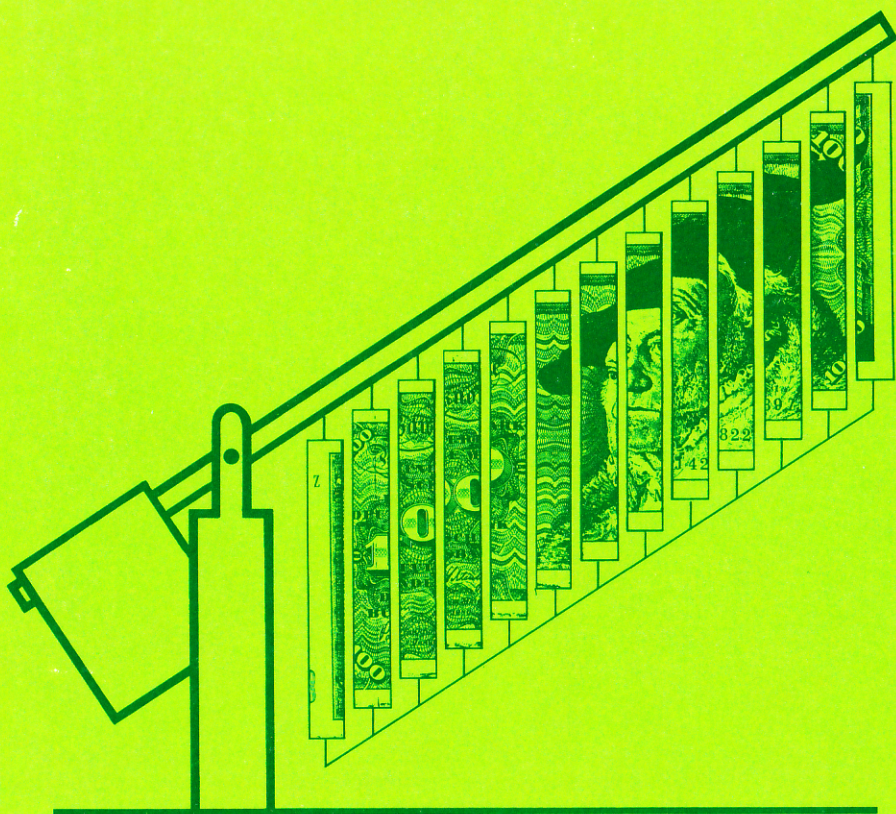


Dieter Suhr

Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus

Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen
und ökologischen Vernunft



Was der Geist sich zu eigen gemacht,
das ist als *Gewalt* überflüssig.

G.W.F. Hegel

Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus

**Monetäre Studien zur sozialen,
ökonomischen und ökologischen Vernunft**

**Von
Prof. Dr. Dieter Suhr**

INHALT

Einleitung	7
1. Der Streit um den Mehrwert	
Erinnerung an Marx, Proudhon und Gesell	11
I. Ausgangspunkte	11
II. Vorgänger	12
III. Zirkulationssphäre oder Produktionssphäre?	14
IV. Der Marktpreis des Geldes	16
V. Silvio Gesell	21
2. Hegels System der Bedürfnisse	
und die Struktur der Geldordnung	23
I. Das System der Bedürfnisse	23
II. Das Geld im System der Bedürfnisse	29
III. Rekonstruktion der Geldverfassung	39
IV. Geldverfassung und Bewußtseinsverfassung	41
3. Monetäre Voraussetzungen für eine Annäherung	
von ökonomischer und ökologischer Rationalität	43
I. Fragestellung	43
II. Symptome der Divergenz zwischen Ökonomie und Ökologie	46
III. Liquiditätstheoretische Analyse von Zins und Kapital	48
IV. Optimale Versorgung der Wirtschaft	
mit Liquidität und Kredit	56
4. Durch Selbsthilfe zu Wirtschaftsbelebung	
und Arbeitsplätzen	61
I. In der wirtschaftlichen Sackgasse?	61
II. Die Marktlücke im Transaktionssystem der Wirtschaft	63
III. Optimale Kredit- und Liquiditätsversorgung durch die	
Geschäftsbanken	68
IV. Das unternehmerische Konzept	70
V. Wirtschaftsbelebung und Arbeitsplätze	75

Ökonomie Alternativen 3
 Alle Rechte vorbehalten
 Copyright by Basis Verlag GmbH, Berlin 1986
 Umschlag: Manfred Kröber, Frankfurt a. M.
 Druck: Dürschlag
 Bindung: Stein
 ISBN: 3-88025-415-X

EINLEITUNG

Die Beiträge, die in diesem Büchlein zusammengefaßt sind, behandeln einen uralten Gegenstand sowohl der Philosophie als auch der sozio-ökonomischen Praxis aus verschiedenen, aber sehr wohl aufeinander zulaufenden Richtungen.

1. Am Ende, im vierten Beitrag, wird beschrieben, wie sich die Menschen im Wege der Selbsthilfe vom Kapitalismus befreien können. Dabei wird unseren marktwirtschaftlichen ökonomischen Verhältnissen allerdings nur ihre eigene praktische Grundmelodie etwas klarer und fehlerfreier vorgespielt, um alle, die in den Reigen mit einsteigen wollen, zum Tanz in die postkapitalistische Wirtschaft anzuregen und aufzufordern.

Viele Sozialisten und Kommunisten, aber auch viele andere werden damit nicht zufrieden sein. Ihnen nämlich genügt es in der Regel nicht, wenn jemand nur den Kapitalismus aufs Korn nimmt. Sie wollen vielmehr gleich auch den Eigennutz, das Rentabilitätsprinzip, die Marktwirtschaft und den ganzen Alten Adam überhaupt auf der gesellschaftspolitischen Mülldeponie der Weltgeschichte endlagern. Denn sie identifizieren – in trauter Übereinstimmung mit ihren kapitalistischen Widersachern – den Kapitalismus so sehr mit der Marktwirtschaft und ihren Prinzipien, daß für sie der eine nicht abgeschafft werden kann, ohne die andere auch gleich mit zu beseitigen.

2. Diese Uneinigkeit unter den Sozialreformern hat ihre Geschichte. Auch schon *Karl Marx* bekämpfte bissig *Pierre Joseph Proudhon*. Beide wollten eine gerechtere und freiheitlichere Gesellschaft. Beide nahmen Anstoß am überlieferten Eigentum. Aber ihre Analysen und erst recht ihre praktischen Vorschläge unterschieden sich erheblich.

Marx suchte das künftige sozialistische und kommunistische Heil in Gestalten der Verstaatlichung und Sozialisierung. Er wollte die *Produktionsverhältnisse* vom *Eigentum* her umstürzen. Aber wer genauer wissen wollte, wie denn die zukünftige Eigentumsordnung genau gestaltet sein würde, war ein Utopist.

Proudhon dagegen suchte Formen der Gerechtigkeit und Freiheit in gerechten Tauschbedingungen. Er sah das Gegenseitigkeitsprinzip verletzt und trachtete danach, die "Mutualität" des Tausches zu sichern. Für ihn sollte die Ordnung von Eigentum und Besitz saniert werden durch Umgestaltung der volkswirtschaftlichen *Zirkulationssphäre*.

An diesen Streit zwischen *Marx* und *Proudhon* erinnert der erste Beitrag. Er macht deutlich, in welcher Tradition man arbeitet, wenn man sich auf den Weg der sanften Emanzipation vom Kapitalismus begibt.

3. Sowohl *Marx* als auch *Proudhon* ging es aber auch darum, die Freiheit der Menschen in der Gemeinschaft überhaupt richtiger zu begreifen, als es nach dem damaligen, bürgerlichen Verständnis der Menschenrechte der Fall war. So kritisierte etwa der junge *Marx* das Freiheitsverständnis wie folgt:

"Die Freiheit ist also das Recht, alles zu tun und zu treiben, was keinem anderen schadet (...). Die Freiheit des Menschen als isolierter, auf sich zurückgezogener Monade." Dieses "Menschenrecht der Freiheit basiert nicht auf der Verbindung des Menschen mit dem Menschen, sondern vielmehr auf der Absonderung des Menschen von dem Menschen. (...) Die praktische Nutzenanwendung des Menschenrechts der Freiheit ist das Privateigentum (...). Sie läßt jeden Menschen im anderen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit finden".¹

Kaum anders äußerte sich *Proudhon*:

"Was ist zunächst die Freiheit?

Es giebt zwei Arten von Freiheit; eine *einfache*; dies ist die Freiheit des Barbaren und sogar des zivilisierten Menschen, sobald er kein anderes Gesetz anerkennt, als das des "Jeder in seinen vier Pfählen und Jeder für sich;" – eine *zusammengesetzte*, wenn sie für ihr Dasein die Mitwirkung von zwei oder mehreren Freiheiten voraussetzt.

Auf dem *Standpunkt des Barbaren* ist die Freiheit gleichbedeutend mit Isolierung; derjenige ist der freieste, dessen Tätigkeit am wenigsten durch die Tätigkeit Anderer beschränkt ist; die Existenz eines einzigen Individuums auf der ganzen Erdoberfläche würde so die Idee der größtmöglichen Freiheit geben. Auf dem *sozialen Standpunkt* sind Freiheit und Solidarität identische Ausdrücke; indem die Freiheit eines Jeden in der Freiheit Anderer nicht mehr eine Schranke, wie die Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers von 1793 sagt, sondern eine Hülfe findet, ist der freieste Mensch derjenige, welcher die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat".²

Marx glaubte, mit seiner Kritik am bürgerlichen Freiheitsverständnis sehr modern zu sein. Insbesondere erschien für ihn das damalige, bürgerliche Verständnis von Freiheit und Gesellschaft in dem "System der Bedürfnisse" auf den Begriff gebracht worden zu sein, das *Georg Friedrich Wilhelm Hegel* in seinen Grundlinien zur Philosophie des Rechts behandelt hat. Und ebenso sehen es noch heute so gut wie alle marxistischen und nichtmarxistischen Sozialphilosophen und die sonstigen Kritiker der "Bürgerlichen Gesellschaft".

Nach wie vor ist man durchweg davon überzeugt, *Hegel* habe mit seinem "System der Bedürfnisse" eben jene bürgerliche Gesellschaft der isolierten und vereinzelter Individuen beschrieben und sei eben damit in der bürgerlichen Welt geistig gefangen geblieben.

Aber wie sehr irren sich doch die Leser und Interpreten der *Hegel'schen* Rechtsphilosophie! – und so gut wie keiner von ihnen hat die *Marx'sche* und *Proudhon'sche* Kritik am Freiheitsbegriff je wirklich aufgegriffen und konstruktiv weitergeführt. Dazu waren und sind sie selbst alle noch zu sehr befangen im Freiheitsklischee der Chefideologen der bürgerlichen Gesellschaft. *Hegel* dagegen war *Marx* und *Proudhon* sowie allen ihren Schülern und Kritikern weit voraus.

Dort nämlich, wo *Marx* und *Proudhon* fast ein halbes Jahrhundert später mit ihrer Kritik am herkömmlichen Freiheitsbegriff ankamen, dort war *Hegel* schon um die Jahrhundertwende gewesen:

"Die Gemeinschaft der Person mit anderen muß daher wesentlich nicht als eine Beschränkung der wahren Freiheit des Individuums, sondern als eine Erweiterung derselben angesehen werden".³

Dieser Begriff von Freiheit, bei dem der andere Mensch nicht als Schranke, sondern als Erweiterung der eigenen Freiheit erscheint, wird dann im "System der Bedürfnisse" nach allen Regeln der dialektischen Philosophie *systematisch entfaltet*!

Wer also in Sachen "sozialer Begriff von der Freiheit" endlich über *Marx* hinauswill, der muß zunächst einmal *hinter Marx* zurückgehen, nämlich zu seinem Lehrer *Hegel*. Diesem Nachhilfeunterricht für Marxisten und Hegelianer zum Thema der sozialtechnischen Struktur von Freiheit dient der Abdruck des zweiten Beitrages in diesem Büchlein.

Dabei wird jedoch nur relativ knapp und straff beim "System der Bedürfnisse" von *Hegel* angeknüpft, um dann sogleich auf recht moderne Art und Weise der Frage nachzugehen: Welche Auswirkungen hat die Struktur der Geldordnung auf die Verfahren der wechselseitigen Freiheit, der Gleichheit und der Selbständigkeit im "System der Bedürfnisse"?

4. Bei ihrem ökonomischen Treiben bekommen die Menschen es aber nicht nur *miteinander* als wechselseitiger Voraussetzung ihrer Freiheit zu tun, sondern sie bewältigen auch – in *Marx'* Worten – ihren "Stoffwechsel mit der übrigen Natur". Diese Dimension des Wirtschaftens dringt heute, wo die Menschen sich anschicken, ihre Lebenswelt zu zerstören, mehr denn je ins Bewußtsein.

Bei genauerem Hinsehen erweist sich dann, daß die Strukturen des überlieferten monetären Systems sich nicht nur negativ auf die Sozialordnung

1) *Karl Marx / Friedrich Engels, Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus–Leninismus beim ZK der SED, Berlin (im Folgenden: *MEW*), Bd. 1, S. 364f.

2) *Pierre Joseph Proudhon, Ausgewählte Schriften*, hrsg. von A. Ruge und A. Darimon, Leipzig 1870, Neudruck 1973, 1. Band, S. 215f.

3) *G.F.W. Hegel, Werke*, hrsg. von E. Moldenhauer und K.M. Michel, Frankfurt 1971, Bd. 2, S. 82.

auswirken, sondern auch auf das *Verhältnis der Ökonomie zur Ökologie*. Darüber gibt der dritte Beitrag Aufschluß.

Zugleich enthält der dritte Beitrag auch schon eine liquiditätstheoretische Analyse von Zins und Kapital, aus der sich ergibt, wo und wie man praktisch ansetzen muß, wenn man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen will: wenn man nämlich sowohl zur Lösung der sozialen Frage gründlich beitragen, zugleich aber auch die Wirtschaft insgesamt auf etwas umweltfreundlichere Prinzipien hin umgestalten will. Diese Überlegungen leiten dann schon über zu dem vierten Beitrag, in dem beschrieben wird, wie sich die Teilnehmer am Wirtschaftsverkehr ohne den Staat im Wege der Selbsthilfe unter Ausnutzung marktwirtschaftlicher Prinzipien von den Behinderungen und Einschränkungen befreien können, die mit dem bisherigen, kapitalistischen Geld- und Kreditsystem einhergehen.

5. Schließlich und letztlich spiegeln die Beiträge zu diesem Büchlein auch eine Entwicklung meiner Überlegungen wieder: Während die ersten beiden Aufsätze⁴ noch ohne wirkliche liquiditätstheoretische Fundamentierung auskommen und insofern noch etwas im Konventionellen steckenbleiben, führen die beiden letzten⁵ in sehr aktuelle volkswirtschaftliche Sicht- und Sprechweisen zu den Fragen monetärer Liquidität hinein. Das entspricht dem Umstand, daß ich mich selbst erst von außerhalb in die moderne Ökonomie und Geldtheorie hineinarbeiten mußte und dabei schrittweise Fortschritte gemacht habe. Vielleicht erleichtert mein schrittweiser Fortschritt, wie er sich in den Beiträgen spiegelt, es auch den Lesern, mir bei der Analyse bis hin zu den liquiditätstheoretischen Deutungen und bis hin zu den liquiditätstechnischen Vorschlägen zu folgen.⁶

4) "Der Streit um den Mehrwert" deckt sich weitgehend mit den S. 12–22 und 26–27 meines Buches "Geld ohne Mehrwert", Fritz Knapp Verlag, Frankfurt 1983. Dem Verlag sei hiermit für die Einwilligung in den Wiederabdruck gedankt. – Der Beitrag über Hegels System der Bedürfnisse gibt einen leicht überarbeiteten Vortrag wieder, der auf dem XV. Internationalen Hegelkongress in Rotterdam (16.–19. April 1984) gehalten wurde und im Hegel-Jahrbuch mit den übrigen Vorträgen zum "System der Bedürfnisse" veröffentlicht wird.

5) Der Vortrag über "Monetäre Voraussetzungen für eine Annäherung von ökonomischer und ökologischer Rationalität" wird hier mit freundlicher Genehmigung der "Zeitschrift für Sozialökonomie" (Gauke Verlag, Hann. Münden) wieder abgedruckt (68. Folge, 23. Jahrgang, März 1986). Der Schlußaufsatz über die Selbsthilfe ist ein Originalbeitrag.

6) Der praktische Vorschlag, der im Schlußbeitrag beschrieben wird, bildet auch den Abschluß des Buches *D. Suhr/H. Godschalk, Optimale Liquidität*, Frankfurt 1986. In dieser Studie finden sich liquiditätstheoretische und wohlfahrtsökonomische Analysen, die den Vorschlag fachlich absichern, und wichtige Korrekturen des neueren Monetarismus.

Der Streit um den Mehrwert

Erinnerung an Marx, Proudhon und Gesell

- I. Ausgangspunkte
- II. Vorgänger
- III. Zirkulationssphäre oder Produktionssphäre ?
- IV. Der Marktpreis des Geldes
- V. Silvio Gesell

i. Ausgangspunkte

Der Streit um den Mehrwert ist längst beigelegt. Wen interessiert noch die Dogmengeschichte? Wen interessiert noch der Mehrwert? Sollen die alten Geschichten wieder ausgekratzt und nachgekaut werden?

Die Fachökonomien langweilt das. Sie verwenden längst genauere Ausdrücke und arbeiten mit vielerlei exakten Formeln. Außerdem haben sie inzwischen ihren Klassikern sowie den beiden Politökonomien, um die es jetzt geht, mehr als hundert Jahre Erfahrungen mit der Industriegesellschaft voraus.

Die Marxisten werden ebenfalls unzufrieden sein: Man könne doch nicht auf ein paar Seiten erledigen, wozu *Karl Marx* drei dicke Bände Materialien zu den *Theorien über den Mehrwert* gesammelt und worüber er drei noch dickere Bände *Das Kapital* und vieles mehr geschrieben habe.

Und doch: Marx hat seine Gedanken nicht in der Schublade verstaut, und was am Ende doch noch darin zu finden war, wurde von anderen nachträglich veröffentlicht. Seine Gedanken haben viele Menschen "beseelt". Seine Gedanken haben ihr Bewußtsein bestimmt und durch sie Geschichte gemacht. Deshalb ist es nur recht und billig, auf die geistige Wegegabelung zurückzuschauen, wo sich die Entwürfe der Sozial- und Wirtschaftsreformer je nach Gestalt ihrer Gedanken über den Mehrwert getrennt haben und wo das, was Marx in seinem Bewußtsein hatte, das revolutionäre Sein in der Weltgeschichte mitbestimmt hat: getreu nach der Maxime des Deutschen Idealismus, daß das Bewußtsein das Sein bestimmt.¹

Karl Marx (1818–1883) hat Geschichte gemacht, ja, aber Proudhon? Darf *Pierre Joseph Proudhon* (1809–1865) als ebenbürtiger Widersacher von

1) Zum praktischen Idealismus des dialektischen Materialismus: *Dieter Suhr*, *Bewußtseinsverfassung und Gesellschaftsverfassung*, Berlin 1975, S. 63–214.

Karl Marx auftreten? Ja, denn er steht für die Erklärung des Mehrwertes, die *nicht* Geschichte gemacht hat, von der aber nicht ausgeschlossen ist, daß sie zutreffend war. Vielleicht ist Proudhon trotz seiner gelegentlichen Unübersichtlichkeit und seiner polemischen Anschaulichkeit der Sache des Mehrwertes näher gekommen als sein bissiger Kritiker Marx; und wenn Proudhons Einsichten zum Geld, zum Kredit und zum Zins in den entscheidenden Punkten zutreffen sollten, dann hat womöglich ein grundlegender Irrtum Geschichte gemacht. Daß sein praktisches Konzept zur Beseitigung des Mehrwertes, seine Tauschbank, ein Fehlschlag war und werden mußte, darüber ist man sich heute so gut wie einig. Aber seine kritische Analyse?

II. Vorgänger

Nach anfänglichem Lob und der Empfehlung², Proudhons "Qu'est-ce que la propriété?" (Was ist das Eigentum) ins Englische zu übersetzen, läßt Marx später so gut wie kein gutes Haar mehr an Proudhon. Die erste Salve seiner Kritik steckt in seiner Schrift "Das Elend der Philosophie", 1848 in Französisch und 1885 in Deutsch veröffentlicht: einer Auseinandersetzung mit Proudhons "Philosophie des Elends" (*Système des contradictions économiques, ou philosophie de la misère*, Paris 1846). Den Höhepunkt dieses Verrisses bildet die Behauptung, den Schlüssel zu Proudhons vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Schriften bilde das Buch "Labour's Wrongs and Labour's Remedy" des englischen Kommunisten John Francis Bray.³ In der Tat: Beim Lesen von Proudhon wird man häufig an Gedanken von Bray erinnert ("mutuality", "reciprocity", Tauschgerechtigkeit), und neben der Formulierung von Bray, die gängigen Arbeitsverträge liefen auf "legal robbery" (legalen Raub) hinaus, klingt Proudhons "Eigentum ist Diebstahl" gar nicht mehr sehr originell. Doch bleibt die kritische Funktionsanalyse des Geldes und des Kredits bei Bray hinter der die Zirkulation genauer erfassenden Diagnose Proudhons zurück.⁴

Die zweite Salve der Kritik publizierte Marx 1859 in seiner Schrift *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*⁵: Hier berichtet er von den Studien, die John Gray⁶ zum Tausch und zum Geld verfaßt hatte:

"Er läßt eine nationale Zentralbank mittels ihrer Zweigbanken die Arbeit vergewissern, die in der Produktion der verschiedenen Waren verbraucht wird. Im Austausch für die Ware erhält der Produzent ein offizielles Zertifikat ihres Werts, d.h. einen Empfangsschein für so viel Arbeitszeit, als seine Ware enthält, und diese Banknoten von 1 Arbeitswoche, 1 Arbeitstag, 1 Arbeitsstunde usw. dienen zugleich als eine Anweisung für ein Äquivalent in allen anderen in den Bankdocks gelagerten Waren. Das ist das Grundprinzip, sorgfältig durchgeführt im Detail und überall angelehnt an vorhandene englische Einrichtungen. Unter diesem System, sagt Gray, wäre es zu allen Zeiten ebenso leicht gemacht, für Geld zu verkaufen, als es nun ist, mit Geld zu kaufen; die Produktion würde die gleichförmige und nie versiegende Quelle der Nachfrage sein. Die edlen Metalle würden ihr 'Privilegium' gegen andere Waren verlieren und 'den ihnen gebührenden Platz im Markt einnehmen neben Butter und Eiern und Kaliko'." "Nach der Februarrevolution sandte Gray der französischen provisorischen Regierung eine Denkschrift zu, worin er sie belehrt, daß Frankreich nicht einer 'organisation of labour' bedürfe, sondern einer 'organisation of exchange', deren Plan völlig ausgearbeitet vorliege in dem von ihm ausgeheckten Geldsystem. Der brave John ahnte nicht, daß sechzehn Jahre nach Erscheinen des 'Social System' ein Patent auf dieselbe Entdeckung ausgelöst werden sollte von dem erfindungsreichen Proudhon."

Gray hatte in der Tat vorweggenommen, was Proudhon demnächst zur Benachteiligung der Anbieter von Arbeit und Waren (Nachfrager nach Geld) gegenüber den privilegierten Anbietern von Geld (Nachfragern von Arbeit und Waren) schreiben sollte. Schon Gray wollte das Verkaufen so leicht machen wie das Kaufen und deshalb Geld als Empfangsschein konstruieren, daß sein Inhaber einen bestimmten Wert zum nationalen Reichtum entweder selbst beitragen oder ein Recht darauf erworben habe von jemandem, der ihn beigetragen hat. Das Problem jedoch war die Bewertung der Arbeit nach ihrer Nützlichkeit und Ergiebigkeit für die Volkswirtschaft, die marktmäßige Organisation dieser Bewertung und der durch sie zu bewirkenden – wie wir heute sagen würden: – "Allokation" der "Empfangscheine". Es sind jedoch auch Unterschiede sichtbar, die es unwahrscheinlich machen, daß Proudhon Gray plagiiert hat⁷, zumal Proudhon sich auch sonst nicht scheut, Vorgänger beim Namen zu nennen.

2) MEW, Bd. 1, S. 488.

3) MEW, Bd. 4, S. 98 ff., und John F. Bray, *Labour's Wrongs and Labour's Remedy – Or the Age of Might and the Age of Right*, Leeds 1839, Neudruck London 1968.

4) Ein Plagiat dürfte kaum vorliegen; dazu Karl Diehl, *Pierre Joseph Proudhon, Sein Leben und sein Werk*, Neudruck der Ausgaben Jena 1888 – 1896, Aalen 1968, 2. Abteilung, S. 268 – 278.

5) MEW, Bd. 13, S. 66 ff.

6) John Gray, *The Social System, A Treatise on the Principle of Exchange*, Edinburgh 1831 (Neudruck New York 1972); ders., *Lectures on the Nature and Use of Money*, Edinburgh 1848 (Neudruck New York 1972).

7) Siehe K. Diehl, oben Anm. 4. Hinsichtlich der kritischen Analyse des Geldes muß als Vorgänger auch *Pierre le Pesant de Boisguillebert* (1646 – 1714) genannt werden; siehe dazu Santiago Fernandes, *Die Dialektik des Gleichgewichts bei Boisguillebert*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 64. Folge, 22. Jg., April 1985, S. 16 – 23.

III. Zirkulationssphäre oder Produktionssphäre ?

Die dritte Salve der Kritik steckt im dritten Band des "Kapital" sowie in einem von Marx selbst als "Episode" bezeichneten Manuskript, das als Beilage zu den Theorien über den Mehrwert publiziert wurde.⁸ Dieser dritte Komplex einer Kritik richtet sich speziell gegen Proudhons Lehre des Geldes und des Kredits. Er betrifft den Gegenstand, mit dem wir es auch hier zu tun haben: den Mehrwert und seinen Ursprung in der Zirkulation oder der Produktion. Und was kritisiert Marx jetzt an Proudhon? Er wirft ihm vor, bei ihm werde das "surplus" zu "surcharge".⁹

Was sagt dieser Vorwurf: bei Proudhon werde "das surplus surcharge"? Nun "Surplus" meint "surplus value", und "surplus value" ist der Mehrwert im Sinne des wirtschaftlichen Wertes, der jemanden kein Äquivalent, keine Gegenleistung gekostet hat. Für Marx entsteht dieser Mehrwert, der dem Kapitalisten zuwächst, ohne daß er dafür eine äquivalente Leistung erbringt, im Produktionsprozeß, wo das Kapital als "wirkliches Kapital" eingesetzt wird und Profit abwirft.

Marx sucht, entdeckt und behandelt den Mehrwert als eine Erscheinung der Produktionssphäre: Mehrwert ist der Profit von Realkapital. Der Zins für Finanzkapital erscheint als eine bloße Ableitung des Profits von Sachkapital: "Das zinstragende Kapital bewährt sich nur als solches, soweit das verliehene Geld wirklich in Kapital verwandelt wird und ein surplus produziert, wovon der Zins ein Teil (ist). (...) Und so (beweist) das Kapital seine zins-schaffende Kraft nur, indem es übergeht in den Produktionsprozeß."¹⁰ Im Zins und in der Rente wird der wirkliche Mehrwert nur "antizipiert".¹¹ Wer den Mehrwert erfassen will und sich zu diesem Zwecke mit dem Zins für Geldkapital beschäftigt, statt mit dem Profit von Realkapital, bekommt in den Augen von Marx also nur das Symptom zu fassen, nicht die Sache selbst.

Soweit zum "surplus". Was bedeutet nun, bei Proudhon werde das "surplus" zum "surcharge"? Nun: "Surcharge" ist der Aufschlag auf den Preis beim (Tausch-)Geschäft. Tauschgeschäfte und Kreditgeschäfte, in denen der Zins vorkommt, sind Erscheinungen der Zirkulationssphäre. Proudhon sucht, entdeckt und behandelt den Mehrwert mithin als eine Sache der Zirkulation, nämlich des Geldes und des Kredites, und nicht als eine Sache der Realkapitalien und der Produktion. Dabei verfährt er nicht einfach so, wie die Physiokraten, die den Mehrwert – in den Worten von Marx – "rein aus dem Austausch, dem Verkauf der Ware über ihrem Wert" erklärt haben. Proudhon sieht vielmehr die Besitzer von Geld im Tauschvorteil gegenüber den Anbietern von Waren oder Arbeit. Er sieht sie im Vorteil wegen derjeni-

gen Eigenschaften des Geldes, die das Geld als das einzige allgemeine Zirkulationsmittel vor allen anderen Waren und vor der Arbeit auszeichnen. Mit dem Zins werden nach Proudhon Vorrechte honoriert, die das Zirkulations- und Tauschmittel Geld als eine Art König des Marktes seinem Inhaber bietet.¹² Wie ein König die Wege, so könne der Geldinhaber den Tauschverkehr sperren und eine Abgabe erheben. So werde das Geld nicht zum Schlüssel, sondern zum Riegel des Marktes.¹³

Was Marx als den wirklichen Produktionsprozeß des Kapitals bezeichnet, darin ist selbstverständlich eine ganz erhebliche Portion "Zirkulation" mit-begriffen: "Obgleich der Überschuß des Wertes der Ware über ihren Kostpreis im unmittelbaren Produktionsprozeß entsteht, wird er erst realisiert im Zirkulationsprozeß, und erhält um so leichter den Schein, aus dem Zirkulationsprozeß zu entspringen, als es in der Wirklichkeit, innerhalb der Konkurrenz, auf dem wirklichen Markt, von den Marktverhältnissen abhängt, ob oder nicht, und zu welchem Grad, dieser Überschuß realisiert wird."¹⁴ Diese Öffnung des Reproduktionsprozesses von Realkapitalien in Richtung auf den Markt betrifft jedoch nur die Absatzmärkte des Unternehmens, wohl auch noch die Zuliefermärkte und den Arbeitsmarkt, deren Preise den "Kostpreis" der Ware mitbestimmen. Sie betrifft jedoch gerade nicht den Geld- und Kapitalmarkt, auf dem sich der "wirkliche", der "industrielle Kapitalist" vom bloßen Geldkapitalisten die Geldmittel borgt, die er danach in "wirkliches Kapital" verwandelt. Für diesen Marktsektor bleibt es für Marx dabei: Nicht der Geldmarkt gibt mit dem Zins einen Kostenfaktor vor, der durch die Kalkulation im Unternehmen hindurchläuft und dadurch den Mehrwertverdacht von dem "industriellen Kapitalisten" ab- und auf den Geldkapitalisten hinlenkt. Vielmehr erscheint der Zins für Geldkapitalien als eine Funktion des "wirklichen" Mehrwertes, der mit Realkapitalien erwirtschaftet wird. Nicht weil Geldkapitalien Zinsen einbringen, muß sich auch Realkapital rentieren; sondern weil Realkapital sich rentiert, bringt auch Geldkapital einen Zins. Proudhon sieht es genau umgekehrt: Weil und soweit Geldkapital Zinsen bringt, muß sich auch Realkapital rentieren.

Aus dem Unterschied in der Diagnose des Mehrwertsyndroms ergeben sich auch die Unterschiede in den Plänen für die Therapie: Für Marx entspringt der Mehrwert der Produktionssphäre, weil dem Kapitalisten als dem Kapitaleigentümer der Mehrwert zuwächst, den die Arbeiter durch den unbezahlten Teil ihrer Arbeit erzeugen. Soll den Arbeitern der volle Wert ihrer Arbeit zuwachsen und damit der Mehrwert verschwinden, dann muß nach Marx folgerichtig die Ordnung der Produktionsverhältnisse revolutioniert

8) MEW, Bd. 25, S. 357–369; Bd. 26, 3. Teilband, S. 512–521.

9) MEW, Bd. 26, 3. Teilband, S. 512.

10) MEW, Bd. 4, S. 479.

11) MEW, Bd. 4, S. 507.

12) z.B. Pierre Joseph Proudhon, *Ausgewählte Schriften*, hrsg. von A. Ruge und A. Darimon, Leipzig 1851, Neudruck 1973, 3. Band, S. 200 ("König"), 279 (der Zirkulation auferlegter Zoll).

13) P.J. Proudhon, oben Anm. 12, S. 100; S. Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, 9. Aufl., Lauf bei Nürnberg 1949, S. 237, 190, 202.

14) MEW, Bd. 25, S. 53.

werden: Es gilt, die Eigentumsverhältnisse umzustürzen. Gehören den Arbeitern erst die Produktionskapitalien, dann wächst ihnen der Mehrwert ihrer Arbeit unverkürzt zu. Der Mehrwert ist verschwunden.

Für Proudhon entspringt der Mehrwert der Zirkulationssphäre und hat seine Ursache in denjenigen Eigenschaften des Geldes, die den Geldbesitzer zum König des Marktes machen. Also muß nach Proudhon die Zirkulationssphäre verändert werden, wenn der Mehrwert verschwinden soll. Eine Revolutionierung "bloß" der Eigentumsverhältnisse würde nicht nur am falschen Ende ansetzen, sondern darüberhinaus auch nur das Symptom treffen, ohne die Ursache zu beseitigen.

Also versucht Proudhon, die Tauschgleichgewichtigkeit zwischen Geldbesitzern und Besitzern von Arbeit und Waren herzustellen, indem er die Waren mit Hilfe einer Tauschbank liquide machen will wie das Geld. Auch dafür gab es, wie gesagt, Vorläufer, und Marx hatte Proudhon schon 1847 in seiner Schrift "Misère de la philosophie" auf die "Equitable Labour-Exchange-Bazars" hingewiesen¹⁵, die von Anhängern von Gray und Bray gegründet worden waren und Bankrott gemacht hatten: "Man hat den Geschmack daran für immer verloren: Warnung für Herrn Proudhon!" Friedrich Engels¹⁶ kann daher später spöttisch feststellen: "Man weiß, daß sich Proudhon diese Warnung nicht zu Herzen genommen hat. Im Jahre 1849 versuchte er selbst eine neue Tauschbank in Paris. Sie scheiterte aber schon, ehe sie ordentlich in Gang gekommen war; eine gerichtliche Verfolgung Proudhons mußte zur Deckung ihres Zusammenbruches vorhalten."

Allem Anschein nach widerlegen die praktischen Fehlschläge, die Proudhons Tauschbank und ihre Vorgänger erlebt haben, sein Konzept, jedenfalls, was seine Therapievorschlüsse angeht. Ist aber damit auch schon Proudhons Analyse und Diagnose widerlegt, daß der Mehrwert seine Ursache im Zins habe? – Und ist damit auch schon die Analyse und Diagnose von Marx bestätigt, daß der Mehrwert im Profit des Realkapitals wurzele?

IV. Der Marktpreis des Geldes

Marx wirft Proudhon vor, er habe bei der Bestimmung des Wertes von Waren die Nachfrageseite vernachlässigt.¹⁷ Marx paukt Proudhon ein: Nicht nur die Arbeit bestimme den Wert der Ware, sondern auch die Nützlichkeit der Arbeitsprodukte im Hinblick auf die Bedürfnisse, die zu befriedigen sie geeignet sind. "Das Produkt, welches man anbietet, ist nicht das nützliche an und für sich. Der Konsument bestimmt seine Nützlichkeit".¹⁸ "Es wider-

spricht somit den ökonomischen Tatsachen, den Wert der Lebensmittel durch den Wert der Arbeit zu messen; das hieße, sich in einem fehlerhaften Kreislauf bewegen, den relativen Wert durch einen relativen Wert bestimmen, der seinerseits erst wieder bestimmt werden muß".¹⁹ Etwas vereinfacht: Marx hält hier – bei der Bestimmung des Warenwertes – dem Theoretiker des Tausches, dem Theoretiker der Mutualität und dem Theoretiker der Zirkulation vor, zu wenig Theoretiker des Tausches, der Zirkulation und der Wechselwirkungen innerhalb des Tausches zu sein. Marx hämmert dem guten Proudhon ein: Dort auf dem Markt, wo die Waren ihre Nützlichkeit zu beweisen hätten, entscheide sich auch die Frage nach dem Wert der auf die Waren verausgabten menschlichen Arbeit. "Was der Wert für den wirklichen Ökonomen, ist der Marktpreis für den praktischen Kapitalisten: das jedesmalige Prius der ganzen Bewegung".²⁰

Wenn aber Proudhon dann tatsächlich einmal nach dem Marktpreis für verliehene Gegenstände im allgemeinen und vor allem nach dem Marktpreis für verliehenes Geld im besonderen fragt, – wenn er also im Bereich von Geld- und Realkapital bei dem "jedesmaligen Prius der ganzen Bewegung" ansetzt und mit der Nützlichkeit des Geldes als solchem und ihrem Marktpreis zu tun bekommt, dann ist das dem guten Marx auch wieder nicht recht: Wird Geld am Markt verliehen, damit es Zinsen bringe, dann soll gerade nicht der Marktpreis der theoretisch und praktisch entscheidende Anfang der ganzen Bewegung sein. Vielmehr konstituiert nach Marx erst der Produktionsprozeß, den der Empfänger des Darlehens später mit dem Geld in Gang bringt, den Mehrwert. Dieser Mehrwert wird im Zins nur "antizipiert". Im Zusammenhang mit diesem Mehrwert stellen der Geldverleih und die Zinszahlung nur eine unbedeutende, vorweggenommene und nachgeschobene Form des Mehrwertes dar.

Man traut fast den eigenen Augen nicht: Marx, der sich selbst für einen Vollblutökonom hält, welcher anderen die ökonomische Funktion des Marktes einpauken muß, weil der Marktpreis das "jeweilige Prius der ganzen Bewegung" sei, – dieser Marx verharmlost und verniedlicht das Geschehen am Kapitalmarkt zur wirtschaftlich blutleeren, bloß juristischen Konstruktion: "Die erste Verausgabung, die das Kapital aus der Hand des Verleihers in die des Anleihers überträgt, ist eine juristische Transaktion, die mit dem wirklichen Reproduktionsprozeß des Kapitals nichts zu tun hat, ihn nur einleitet. Die Rückzahlung, die das zurückgeflossene Kapital wieder aus der Hand des Anleihers in die des Verleihers überträgt, ist eine zweite juristische Transaktion, die Ergänzung der ersten; die eine leitet den wirklichen Prozeß ein, die andere ist ein nachträglicher Akt nach demselben. Ausgangspunkt und Rückkehrpunkt, Weggabe und Rückgabe des verliehenen Kapitals erscheinen als willkürliche, durch juristische Transaktionen vermittelte Bewegungen,

15) MEW, Bd. 4, S. 105.

16) MEW, Bd. 4, S. 105.

17) MEW, Bd. 4, S. 72.

18) MEW, Bd. 4, S. 75.

19) MEW, Bd. 1, S. 86.

20) MEW, Bd. 23, S. 49 ff.

die vor und nach der wirklichen Bewegung des Kapitals vorgehen und mit ihr selbst nichts zu tun haben. Für diese wäre es gleichgültig, wenn das Kapital von vornherein dem industriellen Kapitalisten gehörte und als sein Eigentum daher nur zu ihm zurückflösse".²¹

Ob es für den "praktischen Kapitalisten", den Marx hier beschwört, in bezug auf die von ihm erzeugte "wirkliche Bewegung des Kapitals" tatsächlich gleichgültig ist, ob er mit Eigen- oder Fremdkapital arbeitet, mag hier dahinstehen. Jedenfalls wird der Marktpreis für die Geldform der Ware, der Zins, und wird die Macht des Marktes ökonomisch nicht ernst genommen, sondern hinter Formeln von "juristischen Transaktionen" verschleiert.

Marx sieht im Geldverleih und im Zins, der dafür gefordert und gezahlt wird, ein bloß juristisches Vorgeplänkel zum wirklichen ökonomischen Reproduktionsprozeß des Kapitals. Im Zins wirft der wirkliche Mehrwert nur seine Schatten voraus. Also erwartet Marx auch gar nicht, den Gegenwert des Darlehens, für den am Markt der Zins gezahlt wird, dort zu entdecken, wo das Geld als solches angeboten, wo es als solches nachgefragt und wo es schließlich als solches gegen Zins vorübergehend zur Verfügung gestellt wird, – sondern er sieht diesen Gegenwert des Zinses in der nachfolgenden Reproduktionsphase des Kapitals. Das Äquivalent, für das *am Markt* der Zins gezahlt wird, erscheint daher für Marx gerade nicht als eine Eigenschaft der tatsächlich angebotenen und der tatsächlich nachgefragten *flüssigen Geldmittel* als solcher, sondern als eine Eigenschaft des erst danach in *wirkliches Kapital* verwandelten Geldes: "Was gibt der Geldkapitalist dem Anleiher, dem industriellen Kapitalisten? Was veräußert er in der Tat an ihn? (...) Was ist der Gebrauchswert, den der Geldkapitalist für die Zeit des Ausleihens veräußert und an den produktiven Kapitalisten, den Borger, abtritt? Es ist der Gebrauchswert, den Geld dadurch erhält, daß es in Kapital verwandelt wird, daß es als Kapital fungieren kann, und daß es daher einen bestimmten Mehrwert, den Durchschnittsprofit, (...) in seiner Bewegung erzeugt, außerdem, daß es seine ursprüngliche Wertgröße wahrt (...). Diesen Gebrauchswert des Geldes als Kapital – die Fähigkeit, den Durchschnittsprofit zu erzeugen – veräußert der Geldkapitalist an den industriellen Kapitalisten".²²

Danach ist der mittellose Jungunternehmer, der sich Betriebsmittel vom Kapitalisten besorgen muß, der eigentliche Kapitalist, während der Geldkapitalist im Hintergrund bloß durch juristische Konstruktion "willkürlich" mit dem Mehrwert aus dem Produktionsprozeß verbunden erscheint und sonst "nichts zu tun" hat. Für Proudhon dagegen kann der mittellose Jungunternehmer seine unternehmerische Arbeitskraft nicht loswerden ohne Produktionsmittel und gerät dadurch selbst in die Abhängigkeit vom Geldkapitalisten; denn der Geldkapitalist verlangt wenigstens das von *ihm*, was der

Geldkapitalist *am Markt* sonst geboten erhält für die Überlassung des Gebrauchswertes, den das Geld für welche Zwecke auch immer hat. Diesen mittellosen Jungunternehmer, der vom Geldkapitalisten abhängig ist und ihm den Zins schuldet, als den eigentlichen "industriellen Kapitalisten" zu betiteln und zu behandeln, das ist – aus der Sicht Proudhons – Hohn und Spott: Macht doch Marx den Bock zum Gärtner; definiert er doch den Ausgebeuteten zum Ausbeuter; verruft er doch denjenigen als den Dieb, der (nach der Formel: "Eigentum ist Diebstahl") selbst bestohlen wird.

Die Geldkapitalisten müßten dem guten Marx für ein solches Leumundszeugnis, das sie vom Mehrwertverdacht entlastet, wahrhaftig dankbar sein bis zum jüngsten Tag. Bringt doch der Zins, den der Unternehmer als Borger zahlen muß, ihn um einen Teil des Gewinnes, den er durch seine unternehmerischen Anstrengungen erwirtschaftet hat; muß er doch über das, was er für sich erwirtschaften kann, selbst noch *unternehmerische* "surplus-Arbeit" leisten, um die Zinsforderungen des Geldkapitalisten zu befriedigen, soweit er nicht den Druck, der auf ihm lastet, auf die Arbeiter abwälzen kann.

Entspringt aber der Mehrwert nicht der Produktionssphäre, sondern der Zirkulationssphäre, genauer: dem Geld- und Kapitalmarkt, dann haben auch die Renditen von (vermehrbaren) Realkapitalien ihre mittelbare Ursache im Zins des Geldes, und mit diesen entscheidenden Überlegungen hat Proudhon auf der ganzen Linie recht behalten: Der Geldanleger steht vor der Qual der Wahl, ob er sein Geld in verzinsliche Geldforderungen stecken soll (Obligationen u.ä.) oder in ein Unternehmen, in Häuser oder Aktien (Realkapitalien). Sieht man hier der Einfachheit halber einmal von portfolio-theoretischen Verfeinerungen der Problematik ab (Risiko – Überlegungen und Ähnlichem), dann gilt: Der Anleger schiebt seine Liquidität dorthin, wo er sich die höheren Erträge erhofft. Sein Geld steht für die Vermehrung von Realkapitalien nur dann zur Verfügung, wenn er erwarten kann, daß ihre Rendite höher ist als die Zinsen, welche bei einer Anlage in Obligationen in Aussicht sehen. Deshalb werden Realkapitalien, die nicht wenigstens den Zins des Geldes erwarten lassen, gar nicht erst geboren. Das wissen spätestens seit Keynes die ABC-Schützen der Volkswirtschaftslehre: Der Grenznutzen des Geldkapitals setzt den Standard für den Grenznutzen von Realkapital; der Zinsfuß begrenzt die Wachstumsrate von Realkapital.

Mit anderen Worten: Das Hindernis für eine Volkswirtschaft auf dem Wege in den *wirklichen* Reichtum ist der Zins des Geldes: Die Entstehung von *realen* Kapitalien, sei es in Form von Produktionsanlagen, sei es in Form von Kostbarkeiten, die als Kapitalanlage fungieren können, wird gebremst und verhindert, wenn und soweit sie sich nicht rentieren, – also die Konkurrenz mit dem Zins des Geldes nicht gewinnen können.

So verschieden also sieht die wirtschaftliche Welt aus, je nachdem, ob man sie durch die Marxsche oder die Proudhonsche Mehrwert-Brille betrachtet.

Hinter der Überzeugung von Marx, daß der Mehrwert der Produktion entspringe und nicht der Zirkulation, steht zum einen der große Gedanke, den

21) MEW, Bd. 25, S. 360; ähnlich Bd. 26, 3. Teilband, S. 513.

22) MEW, Bd. 25, S. 363 f.; anders Bd. 13, S. 82: Gebrauchswert des Geldes als "Zirkulationsmittel".

auch die Klassiker der Ökonomie z.T. vertraten: Der Mehrwert könne schwerlich an anderer Stelle entstehen als dort, wo überhaupt Werte produziert würden, und neue Werte könnten eben letztlich nur durch Arbeit geschaffen werden. Hinter der Überzeugung von Marx steht jedoch noch eine andere These, die die Logik des ersten Gedankens zu bestätigen scheint und die Überzeugungen von seiner Richtigkeit befestigte: Der Tausch schaffe keine wirtschaftlichen Werte, also auch keinen Mehrwert. "Man mag sich drehen und wenden, wie man will, das Fazit bleibt dasselbe. Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert. Die Zirkulation oder der Warentausch schaffen keinen Wert (Mehrwert)".²³ Die Frage nach der Schöpfung des Mehrwertes, der ja keine "Schöpfung aus dem Nichts"²⁴ sein könne, bereitet in der Tat den Ökonomen vor Marx sowie Marx selbst erhebliche Mühe: "Der Profit kann nicht aus der Produktion herkommen, sagt Torrens, denn sonst wäre er ja schon in den Kosten der Produktion enthalten, also kein Überschuß über diese Kosten. Der Profit kann nicht aus dem Warenaustausch herkommen, antwortet ihm Ramsy, wenn er nicht im Warentausch vorhanden war. Die Wertsumme der ausgetauschten Produkte ändert sich offenbar nicht durch den Austausch der Produkte, deren Wertsumme sie ist. Sie bleibt dieselbe nach wie vor dem Austausch".²⁵ So muß er für Marx letztlich doch aus der Produktion kommen, wo der "Überschuß des Werts der Ware über ihren Kostenpreis" entsteht, auch wenn dieser überschießende Wert erst in der austauschenden Zirkulation "realisiert" werden kann.

Wenn aber der Mehrwert aus dem Überschuß des Werts der Ware über ihren Kostenpreis herrührt, dann sind es die niedrigen Lohnkosten, die den Ausschlag geben, und die wiederum sind bedingt durch den Arbeitsmarkt, so daß die Frage nach dem Mehrwert auch wieder von der Produktion hätte abgelenkt werden müssen auf den Markt: Woher kommt die Marktmacht des Kapitalisten, die ihn befähigt, am Markt mehr Arbeit einzukaufen, als er bezahlt? Offenbar werden auf dem Arbeitsmarkt doch keine Äquivalente ausgetauscht.

Immerhin ist auch denkbar, daß der Mehrwert gerade nicht (wie wirtschaftlicher Wert sonst in den meisten Fällen durch Produktivität) erzeugt, sondern bei Gelegenheit ungleicher Tauschgeschäfte ohne äquivalente Gegenleistung einfach *abgezweigt* wird.

V. Silvio Gesell

Ohne von Proudhon zu wissen, hatte Gesell als tüchtiger Kaufmann ebenfalls bemerkt, daß sich Geld leichter unters Volk bringen läßt als angebotene Arbeit oder Ware. So war auch er in seiner im Selbstverlag in Buenos Aires 1891 erschienen Erstschrift "Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat" auf den Gedanken einer Tauschbank verfallen, hatte dabei jedoch ein Problem entdeckt: Wegen Lagerkosten, Alterung und Verderb würden die Waren einem Schwund unterliegen.

Sollte die Rechnung aufgehen, so mußten also auch die für die Waren ausgegebenen Gutscheine einen entsprechenden Schwund erleiden, weil sonst bald mehr Gutscheine umlaufen würden, als Ware auf der Bank wäre. Den Tauschbank-Gedanken gab Gesell bald wieder auf, aber die Idee, das Geld den Waren anzunähern und anzugleichen durch einprogrammierten Schwund, behielt er bei: Herabstufung des Geldes auf die Ebene der Waren, "rostende Banknoten".

Diese ersten Überlegungen treten alsbald gegenüber einem anderen Gesichtspunkt in den Hintergrund: Der Wertschwund beim Geld sollte die Hortung des Tauschmittels verhindern ("Umlaufzwang"), die Zirkulation in Gang halten und den Zins senken.

Später erkannte Gesell, daß er mit seinen Überlegungen auf einen Weg gestoßen war, auf dem man die Mehrwertlehre von Karl Marx über den Haufen werfen konnte, und daß er, was die Analyse der Zirkulation betrifft, in Proudhon einen Vorkämpfer gehabt hatte, – einen Vorkämpfer, der im Sperrfeuer der verächtlichen Kritik von Marx fast untergegangen war. Wie Gesell seine Position im Verhältnis zu Marx und Proudhon sieht, dazu möge er sich – auch im Hinblick auf unsere bisherigen Überlegungen – am besten selbst äußern:

"Marx' Untersuchung des Kapitals schlägt von Anfang an den verkehrten Weg ein. Wie es der erste beste Bauer macht, so betrachtet auch Marx das Kapital als ein Sachgut. Für Proudhon dagegen ist der Mehrwert nicht Produkt eines Sachgutes, sondern Produkt eines wirtschaftlichen Zustandes, eines *Marktverhältnisses*. Marx sieht im Mehrwert einen Raub, die Frucht des Mißbrauches einer Macht, die der Besitz gibt. Für Proudhon unterliegt der Mehrwert dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Für Marx ist der *positive* Mehrwert selbstverständlich, für Proudhon mußte auch die Möglichkeit eines *negativen* Mehrwerts in den Kreis der Betrachtung gezogen werden (positiv = der Mehrwert auf seiten des Angebots, d.i. der Kapitalisten, negativ = Mehrwert auf seiten der Nachfrage, d.i. der Arbeiter). Marx' Ausweg ist die durch Organisation zu schaffende Übermacht der Besitzlosen; Proudhons Ausweg ist die Beseitigung des Hindernisses, das uns von der vollen Entfaltung unserer Produktivkraft abhält."

Auch sonst habe es, meint Gesell, an Versuchen, Zins und Mehrwert zu erfassen, nicht gefehlt. Sie seien aber fehlgeschlagen. "Der Grund dieses

23) MEW, Bd. 25, S. 49.

24) MEW, Bd. 25, S. 48.

25) MEW, Bd. 25, S. 49.

Fehlschlages liegt (...) einfach darin, daß der Kapitalzins (...) ein Geschöpf oder Nebenerzeugnis des herkömmlichen Geldes ist und darum auch nur mit Hilfe der Geldtheorie wissenschaftlich erklärt werden kann (...) Ohne Einblick in das innere Wesen des Geldes ist es unmöglich, den Zins zu erklären. Die Lehre vom Zins kann nur von der Lehre vom Geld abgeleitet werden".²⁶

26) *Silvio Gesell*, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 9. Aufl., Lauf bei Nürnberg, 1949, S. 34, 127. Ausführlicher *ders.*, Die Ausbeutung und ihre Bekämpfung, 1922, Neudruck Hamburg o.J. (FSU – Verlag).

Hegels System der Bedürfnisse und die Struktur der Geldordnung

- I. *Das System der Bedürfnisse*
- II. *Das Geld im System der Bedürfnisse*
- III. *Rekonstruktion der Geldverfassung*
- IV. *Geldverfassung und Bewußtseinsverfassung*

I. Das System der Bedürfnisse

In dem Teil seiner Rechtsphilosophie, der vom "System der Bedürfnisse" handelt, untersucht Hegel die ökonomische Grundlage des Gemeinwesens auf ihre Strukturen und Gesetzmäßigkeiten hin.

1. Ein System von Vermittlungen

Im System der Bedürfnisse produziert man für die Bedürfnisse der anderen, und die anderen produzieren für die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Das ist eine eigenartige "Identität" von fremder und eigener Bedürfnisbefriedigung: eine motivationale, teleologische und prozedurale "Identität".

Die Bedürfnisbefriedigung spielt sich in einer gegenläufigen "dialektischen Bewegung" ab. Dabei schlägt die "subjektive Selbstsucht" rekursiv um in den "Beitrag zur Befriedigung der Bedürfnisse aller". (§ 199)^{1,2} Also kann Hegel definieren: "Die Vermittlung des *Bedürfnisses* und die Befriedigung des Einzelnen durch seine Arbeit und durch die Arbeit und Befriedigung der Bedürfnisse *aller Übrigen*, – das (ist das) System der *Bedürfnisse*."

Dabei sind die anderen sowohl Voraussetzung als auch Mittel zur eigenen Bedürfnisbefriedigung: "In der bürgerlichen Gesellschaft ist jeder sich Zweck, alles Andre ist ihm Nichts. Aber ohne Beziehung auf Andre kann er den

1) Ich bitte um Nachsicht wegen der vielen Selbstzitationen zum folgenden Text: Sie zeigen an, inwiefern die Überlegungen zur Geldverfassung sich nahtlos in das System einer umfassenderen praktischen Philosophie einfügen, die von erkenntnistheoretischen Grundlagen über verfassungstheoretische Studien bis hin zu verfassungsrechtlichen und geldpolitischen Arbeiten reicht. Außerdem führen sie in der Regel zu Literaturnachweisen, die hier den Anmerkungsapparat unverhältnismäßig aufblähen würden.

2) Paragraphen ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, hrsg. von G. Lasson, 3. Aufl., Leipzig 1930.

ganzen Umfang seiner Zwecke nicht erreichen. Diese Andren und ihr Verhältnis sind nun Mittel zum Zweck des Besonderen".³

2. Ein System erweiterter Freiheit

Im System der Bedürfnisse genießen die Menschen nicht nur die Früchte und sie nutzen nicht nur die Möglichkeiten, die ihnen die Natur direkt und unmittelbar darbietet. In dem Bestreben, den "vollen Umfang ihrer Zwecke" zu erreichen, konsumieren sie vielmehr auch "menschliche Produktionen" und nutzen sie menschliche "Bemühungen" anderer (§ 196).

Zur Befriedigung ihrer eigenen Verbrauchs- und Gestaltungsbedürfnisse bietet ihnen das System der Bedürfnisse die ungeheure Möglichkeit und Chance, sich fremder Leistungen zu bedienen: Entfaltung seiner selbst durch andere. So bestätigt sich im "System der Bedürfnisse" die frühere Einsicht Hegels, daß "die Gemeinschaft der Person mit anderen (...) wesentlich nicht als eine Beschränkung der wahren Freiheit des Individuums sondern als eine Erweiterung derselben angesehen werden" muß.⁴

Frei nach Thomas Hobbes: Der Mensch ist nicht nur des Menschen Schranke. Der Mensch ist dem Menschen vielmehr Voraussetzung und Instrument seiner Freiheit. Homo homini instrumentum libertatis. Im System der Bedürfnisse verplanen und verwenden die Menschen einander buchstäblich und im wahrsten Sinne des Wortes als Mittel zu ihren Zwecken. Das ist die Systemtechnik einer Freiheit, bei der die Menschen ihre Entfaltungssphären auf Gegenseitigkeit erweitern, indem sie einander instrumentalisieren: "Entfaltung der Menschen durch die Menschen".⁵

3. Ein System der Abhängigkeit und der Selbständigkeit

"Wir gehn vom Bedürfnis also der Besonderheit aus, die ihren selbstsüchtigen Zweck verwirklicht. Dieser ist bedingt durch die Allgemeinheit und wird so ein System allseitiger Abhängigkeit, so daß das Wohl der Einzelnen verflochten ist (mit) und gegründet ist auf dem Recht und Wohl aller".⁶ Genau in dem Maße, wie die anderen Menschen Voraussetzungen und Mittel

meiner eigenen freien Entfaltung sind, bin ich auch abhängig von ihnen; denn nur durch Einbau ihrer Beiträge in meine Entfaltungspläne kann ich den vollen Umfang meiner Freiheit erreichen, so wie auch die anderen den vollen Umfang ihrer Entfaltungskonzepte nur verwirklichen können durch den Einbau dessen, was wiederum andere zum Gelingen ihrer Vorhaben beitragen können.⁷ – Über diese meine Abhängigkeit von den anderen kann ich mich betrügen: Ich mag mir einbilden, als *einzelner* selbständig und frei zu sein. Doch dann irre ich mich über meine wirkliche Freiheit; ich erscheine mir als selbständig, wo meine "wahre Freiheit" doch in wechselseitiger Abhängigkeit wurzelt und in dieser Abhängigkeit konstituiert wird: "Eins ist nur mit (dem) und durch das Andre, und die Notwendigkeit besteht in dem Schein, daß zwei Selbständige sind, die sich vom Leibe sich halten und für sich stehen, daß aber das wahre Verhältnis dies ist, daß beide nur durch und füreinander sind".⁸

Diese "Notwendigkeit" erscheint auch als "Gebundensein zweier Selbständiger aneinander, so daß an sich Jedes nur in der Identität mit dem anderen ist, aber beide als selbständig erscheinen (...) Und doch hat Jedes das Andere zu seiner Bedingung, ist nur durch das Andre".⁹

Die Menschen im System der Bedürfnisse sind also (modern soziologisch ausgedrückt) um so selbständiger und freier, je zuverlässiger und enttäuschungsfester sie wechselseitig voneinander erwarten können, daß sie einander zu Willen sein werden. Weil die Menschen jedoch eitel sind und sich ihre Abhängigkeit selbst nur ungern eingestehen, verdrängen sie diese ihre Abhängigkeit voneinander. Sie leugnen sie. Sie scheiden sie z.B. sogar aus ihrem Rechtsbegriff von der Freiheit aus: "Freiheit" erscheint dann als bloß negative Freiheit von Behinderungen, – als ob es "wahre Freiheit" *ohne andere* überhaupt geben könnte.

4. Ein System der Beiträge und der Teilhabe

Das System der Bedürfnisse ist zugleich ein freiheitliches, nämlich auf individuellen Bedürfnissen, Beiträgen und Entscheidungen über die Bedürfnisse und Beiträge gegründetes System der *Teilhabe am Sozialprodukt*. Dabei erscheint die *Freiheit* zur Inanspruchnahme anderer für die eigenen Bedürfnisse und Pläne als eine Form der *Teilhabe*, und die *Teilhabe* an den Leistungen der anderen erscheint als eine Daseinsweise der *Freiheit*. Und diese Teilhabefreiheit oder Freiheitsteilhabe¹⁰ gründet und wurzelt darin, daß die Menschen aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind.

7) Verfassungstheoretische Ausarbeitung (ohne weitere Nachweise): D. Suhr, Vom selbständigen Menschen im verfaßten Gemeinwesen, in: Fragen der Freiheit, Folge 160, Jan./Febr. 1983 (Hrsg. vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Boll), S. 3 – 17.

8) Ed. Itting, Bd. 3, S. 574.

9) Ed. Itting, Bd. 3, S. 572.

10) z.B. D. Suhr, oben Anm. (5), 1976, S. 175 ff; 1984, S. 537 – 540.

3) G. W. F. Hegel, Vorlesungen über Rechtsphilosophie 1818 – 1831, Edition und Kommentar in sechs Bänden von K. H. Ilting (im Folgenden: Ed. Ilting), Bd. 3, S. 567, auch 614 – 616.

4) Differenzschrift (G. W. F. Hegel, Werke in zwanzig Bänden, Hrsg. von E. Moldenhauer und K. M. Michel, Frankfurt, Bd. 2 (1970), S. 82).

5) Grundrechtsdogmatische Ausarbeitung: D. Suhr, Entfaltung der Menschen durch die Menschen, Berlin 1976, und ders., Freiheit durch Geselligkeit, in: Europäische Grundrechtszeitschrift, 11. Jg. (1984), S. 529 – 546. Ideengeschichtlich: D. Suhr, Staat – Gesellschaft – Verfassung von Hegel bis heute, in: Der Staat 1978, S. 369 ff., 376 (Hinweise auf K. Marx und L. v. Stein).

6) § 183 und Ed. Ilting, Bd. 3, S. 569.

Daß man der Abhängigkeit nicht entrinnen kann, und schon gar nicht, wenn man die Teilhabefreiheit in Anspruch nimmt, das ist unentrinnbar: eine *Notwendigkeit*. "Diese Notwendigkeit, die in der allseitigen Verschlingung der Abhängigkeit aller liegt, ist nunmehr für jeden das *allgemeine, bleibende Vermögen*, das für ihn die Möglichkeit enthält, durch seine Bildung und Geschicklichkeit daran teilzunehmen, um für seine Subsistenz gesichert zu sein, – so wie dieser durch seine Arbeit vermittelte Erwerb das allgemeine Vermögen erhält und vermehrt." (§ 199 Satz 2) "Meinen Zweck befördernd, befördere ich das Allgemeine. Dieses befördert seinen Zweck durch die Besonderheit".¹¹

5. Ein System der Anerkennung

Indem der eine sich mit seinen Produktionen nach den Bedürfnissen der anderen richtet und indem die anderen als Instrumente seiner eigenen Freiheit fungieren, werden sie "als reelles Dasein ein *Sein für andere*" (§ 192).

Die wechselseitige "Vermittlung" der Beiträge zur Befriedigung der Bedürfnisse wird technisch mit Hilfe von Verträgen des Bürgerlichen Rechts abgewickelt. Also ist das "System der Bedürfnisse" auch ein System von Willenskoordinierungen und Willensabstimmungen in Verträgen. Der wechselseitige Vertrag wiederum ist geradezu Modellfall und Paradigma für die "Dialektik der Anerkennung", deren Rechtstechnik schon an früherer Stelle in der Rechtsphilosophie abgehandelt wurde, mithin jetzt beim System der Bedürfnisse von Hegel vorausgesetzt und stillschweigend mitgedacht wird.

Durch Vertrag erweitern die Partner ihre Freiheit: Zwar hat auch schon ein einzelner Sacheigentümer durch seine Sache eine "äußere Sphäre seiner Freiheit". Aber diese "erste Realität" seiner Freiheit ist auch eine noch "schlechte Realität" seiner Freiheit (Zusatz zu § 41). Denn dabei hat er es nur mit einer Sache zu tun, die ihm Widerstand bietet: nicht mit Seinesgleichen; nicht mit ebenbürtigen Wesen, die ihm Anerkennung spenden, indem sie ihn und seinen Willen anerkennen.¹²

Die "wahre Freiheit" kraft Anerkennung beginnt erst dort, wo Mensch auf Mensch trifft: "Diese Beziehung von Willen auf Willen ist der eigentümliche und wahrhafte Boden, in welchem die Freiheit *Dasein* hat. Diese Vermittlung, Eigentum nicht mehr nur vermittels einer Sache und meines subjektiven Willens zu haben, sondern ebenso vermittels eines anderen Willens, und hiermit in einem gemeinsamen Willen zu haben, macht die Sphäre des *Vertrages* aus". (§ 71)

Das Forum, auf dem sich die vertragliche Anerkennung abspielt, ist der Markt. Auf dem Markt anerkennen sich die einzelnen, indem sie in rechtlich geregelten vertraglichen Verfahren einander zu Willen sind. Also ist der Markt ein Forum der Anerkennung. Er ist ein "aufgeschlagenes Buch", in dem der praktische Philosoph nachlesen und studieren kann, ob und in welchem Umfang das System der Bedürfnisse wirklich ein System der Anerkennung, nämlich der wechselseitigen Anerkennung – auf – Gegenseitigkeit ist.

Hegel jedenfalls sah auch deutliche Anzeichen, die auf Mängel im System der Bedürfnisse schließen ließen, so daß das System der Anerkennung womöglich entartet zum System von Mißachtungen und Demütigungen.

6. Ein zwiespältiges und selbstzerstörerisches System

Unter welchen Bedingungen verdient die Instrumentalisierung von Menschen durch Menschen im System der Bedürfnisse noch den Ehrennamen "Freiheit"? Unter welchen Voraussetzungen darf die Verwendung von Menschen als Mittel und Instrument der Freiheit anderer von der dialektischen Philosophie sogar als "wahre Freiheit" gepriesen werden?

Das philosophische Vergnügen am Prototyp einer "dialektischen Bewegung" darf nicht verdecken, wie prekär und gefährdet Freiheit und Anerkennung sind, wenn sie in wechselseitiger Abhängigkeit wurzeln und auf Instrumentalisierung des einen durch den anderen hinauslaufen.

Die "Instrumentalisierung von Menschen durch Menschen" erscheint nur unter der Bedingung als "Freiheit" und sie konstituiert nur dann sozialtechnisch "Selbständigkeit", wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht, also freiwillig und wechselseitig wahrgenommen wird.¹³ Andernfalls hat man es nicht mit Freiheit und Selbständigkeit zu tun, sondern mit Macht, Willkür und Abhängigkeit. Nirgends ist die Struktur dieses Problems so gut verbildlicht wie in der Herr – Knecht – Dialektik¹⁴: Nur wenn beide durch den Vertrag zu berechtigten "Herren" über den jeweils anderen und nur wenn beide ebenso zu verpflichteten "Knechten" des anderen werden, – nur dann gelingt die Anerkennung als dialektischer Prozeß auf Gegenseitigkeit. Entartet die vertragliche Form des Geschäftes zur bloß rechtstechnischen Hülle für einseitige Diktate und für Willkür, so verbirgt diese Hülle bloß die Mißachtung und Demütigung, welche stets mit einseitiger Macht und Herrschaft für die verbunden sind, die ihr ausgeliefert bleiben.

Hegel spricht eine Reihe von Symptomen für Mängel im System der Bedürfnisse an:

11) *Ed. Iting*, Bd. 3, S. 574.

12) Ausarbeitung zum Eigentumsbegriff: *D. Suhr*, Eigentumsinstitut und Aktieneigentum, Hamburg 1966, S. 44 – 54; *D. Suhr*, oben Anm. (5), 1978, S. 389 – 395; *D. Suhr*, oben Anm. (5), 1976, S. 187 – 214.

13) Grundrechtsdogmatische Ausarbeitung: *D. Suhr*, oben Anm. (5), 1976, S. 105 ff., 108; 1984, S. 535.

14) Phänomenologie, *G. W. F. Hegel*, Werke wie oben Anm. (4), Bd. 3 (1970), S. 145 ff.

- Arbeitslosigkeit, bei der Menschen nicht möglich sei, ihre Subsistenz durch Arbeit zu finden (Zusatz zu § 24), und zwar insbesondere im Falle von
- Überproduktion: "wenn die Produktion das Bedürfnis der Konsumtion übersteigt" (Zusatz zu §§ 245, 248).
- Demütigende Wohltätigkeit: nämlich Wohlfahrtsleistungen des Staates oder von anderen Gebilden, durch die "die Subsistenz der Bedürftigen gesichert (werde), ohne durch die Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und des Gefühls ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre" (§ 245);
- Verteilungsungerechtigkeit: nämlich Anhäufung von Reichtümern und großen Gewinnen einerseits, andererseits
- Vereinzelung und Beschränktheit der Arbeit: als *Entfremdung* des Menschen gegenüber sich selbst als dem umfassenden, ganzen Menschen, und damit einhergehend die
- Abhängigkeit und Not der an Arbeit gebundenen Klasse (§ 243).

Wörtlich: "Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaß des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern." (§ 245)

Als Ausweg denkt Hegel zwar an die Kolonisation, aber vor allem auch an die "Ausgleichung" und "Regulierung" durch gerechte Gesetze und an allgemeine Vorsorge und Leitung, ja sogar an eine Art "Warentest" (§ 236, Zusatz zu § 229). Hier bei Hegel werden auch schon die wohlfahrtsstaatlichen Kompensations- und Behelfsmechanismen als Irrweg erkannt. Aber hier stellt sich für Hegel und darüberhinaus zum ersten Male die Frage nach denjenigen *Strukturelementen im Vermittlungssystem der Bedürfnisse*, die für die Symptome ursächlich sind. Wo müßte eine Therapie ansetzen, die das Übel an der Wurzel packt? In dieser Weise hat *Karl Marx* gefragt. So fragen auch wir, allerdings um die Erfahrungen reicher, die die Menschen mit den sozialistischen und kommunistischen Versuchen marxistischer und anderer Provenienz inzwischen haben machen können.

7. Das System der Bedürfnisse als sozio-ökonomisches "System"

Hegel war einigermaßen auf dem Stand der Ökonomie seiner Zeit, und er hat deren Erkenntnisse systemisch gedeutet und sich bemüht, das eigenartige Durcheinander und wechselseitige Gegen- und Füreinander philosophisch zu durchdringen: "Dieses Wimmeln von Willkür erzeugt aus sich allgemeine Bestimmungen, und dieses anscheinend Zerstreute und Gedankenlose wird von einer Notwendigkeit gehalten, die von selbst eintritt. Dieses Notwendige hier aufzufinden, ist Gegenstand der Staatsökonomie, einer Wissenschaft, die dem Gedanken Ehre macht, weil sie zu einer Masse von Zufälligkeiten die Gesetze findet. Es ist ein interessantes Schauspiel, wie alle Zusammenhänge hier rückwirkend sind (...) Dieses Ineinandergehen, an das

man zunächst nicht glaubt, weil alles der Willkür des einzelnen anheimgestellt scheint, ist vor allem bemerkenswert und hat eine Ähnlichkeit mit dem Planetensystem, das immer dem Auge nur unregelmäßige Bewegungen zeigt, aber dessen Gesetze doch erkannt werden können." (Zusatz zu § 189) Hierbei bezieht Hegel sich ausdrücklich auf *Adam Smith*, *Jean Baptist Say* und *David Ricardo*.

II. Das Geld im System der Bedürfnisse

1. Der Ansatz beim "Bedürfnis"

Wie schon *Plato* und *Aristoteles*, aber eher im Gegensatz zu *Marx*, setzt Hegel mit seinen Überlegungen beim *Bedürfnis* an. Von daher werden die Grundlagen des Systems konzipiert und der Wert der Produkte bestimmt, nicht von der Arbeit her. Zwar spielen dabei sowohl das Bedürfnis als auch die Arbeit eine Rolle, aber: Nicht die Arbeit bewertet das Bedürfnis, sondern das Bedürfnis bewertet die Arbeit!

Zwar weiß selbstverständlich auch *Marx*: "Es widerspricht (...) den ökonomischen Tatsachen, den Wert der Lebensmittel durch den Wert der Arbeit zu messen; das hieße sich in einem fehlerhaften Kreislauf zu bewegen, den relativen Wert durch einen relativen Wert bestimmen, der seinerseits erst wieder bestimmt werden muß".¹⁵ "Das Produkt, welches man anbietet, ist nicht das Nützliche an und für sich. Der Konsument bestimmt seine Nützlichkeit".¹⁶ Gleichwohl baut *Marx* seine politische Ökonomie einschließlich der Mehrwertlehre so gut wie ausschließlich auf das, was er einen "fehlerhaften Kreislauf" nennt. Die Mehrwertlehre von *Marx* ist in diesem Punkte nicht frei von Widersprüchen.

Hegel dagegen baut auf der Erkenntnis auf, daß die primären Antriebe, Bewegungen und Vorgaben von den menschlichen Bedürfnissen ausgehen. Diese Einsicht führt er folgerichtig und systematisch weiter, obwohl gerade er (als Philosoph der weltgeschichtlichen "Arbeit" des Weltgeistes und "Werkmeisters") einem Faszinosaum "Arbeit" hätte aufsitzen und wie *Marx* ein "System der Arbeit" und der "Produktionsverhältnisse" statt eines "Systems der Bedürfnisse" hätte entwerfen können.

2. Die Zentralfunktion von "Geld und Währung"

Wiederum steht das Bedürfnis im Mittelpunkt, nicht die Arbeit: "Das Geld repräsentiert alle Dinge;" schreibt Hegel, aber es ist nicht "das Bedürfnis selbst", sondern nur "ein Zeichen für dasselbe" (Zusatz zu § 63). Die Pro-

¹⁵⁾ MEW, Bd. 1, S. 86.

¹⁶⁾ MEW, Bd. 4, S. 75.

dukte bekommen ihren "Wert" einerseits vom besonderen Bedürfnis des einzelnen, andererseits von den Bedürfnissen aller her (§ 63).

Modern ausgedrückt: Das Geld liefert einerseits *als Währung* den Maßstab für den Vergleich der verschiedenen Bedürfnisse der verschiedenen Menschen. Andererseits ist das Geld als Tauschmittel, oder besser noch: *als Zahlungsmittel* das *Instrument*, mit dessen Hilfe man an die Produktionen der jeweils anderen herankommt. Und weil die Währung ein Maßstab des Bedürfnisses ist, ist sie selbstverständlich auch ein Maßstab für bedürfnisgerechte Arbeit, so wie das Geld als Zahlungsmittel das Instrument abgibt, an bedürfnisgerechte Arbeitsprodukte heranzukommen.

Fungiert aber das Währungs- und Geldsystem zum einen als das verbindliche *Maßsystem* und zum anderen als der universale *Transfer- und Vermittlungsapparat* im System der Bedürfnisse, dann hängt das richtige Funktionieren des Systems davon ab, daß das monetäre System seine *beiden* Funktionen: nämlich sowohl die Meßaufgaben als auch seine Transfer- und Mittleraufgaben *in systemgerechter Weise* erfüllt. Zeitigt das wirkliche System der Bedürfnisse dagegen Symptome einer zwiespältigen und selbstzerstörerischen Struktur, dann muß sich der Verdacht ganz besonders auf etwaige Mängel in den Strukturen des zentralen monetären Meß- und Vermittlungssystems richten. Diese Fragestellung hat ihren Ausgangspunkt noch im "System der Bedürfnisse"; aber mit ihr werden die Horizonte Hegels verlassen und wird hineingesprungen in die moderne Ökonomie und Geldlehre.

3. Staatliches Geld und Privatgeld

Von dem Geld, das heute in der Wirtschaft wirksam ist, ist nur ein verhältnismäßig kleiner Anteil *staatliches Geld*: Banknoten und Münzen. Der bei weitem größere Anteil besteht aus *privatem* Geld der Geschäftsbanken. Die Geschäftsbanken dürfen zwar keine privaten Banknoten drucken. Aber sie schaffen sehr wohl Privatgeld. Sie verleihen von ihnen selbst geschaffene monetäre Liquidität. Sie "emittieren Giralgeld": Sichtguthaben auf Konten.

Die Gesamtmenge dieses Geldes und ihr Wirkungsgrad werden nur mit einigem Spielraum von der Zentralbank mit Hilfe ihres währungspolitischen Instrumentariums, insbesondere mit Hilfe der vorgeschriebenen Mindestreservesätze, kontrolliert. Die von den Geschäftsbanken (im gleichschrittartigen Zusammengehen) "aus dem Nichts" durch Kredit- und Buchungsvorgänge generierten Privatgelder werden im Verkehr bis auf kleine Unterschiede wie das staatliche Geld als Zahlungs- und Liquiditätsmittel verwendet.

Das Privatgeld ist zinsträchtig wie das staatliche Geld. Besonders groß und währungspolitisch heikel ist die Geldschöpfungs- und die Geldvernichtungsfreiheit der Geschäftsbanken in den Billigflaggenländern des Bankenwesens (Eurodevisen, Xenomärkte), wo sich die nationalen Mindestreserve- und Kreditaufsichtsvorschriften allenfalls mittelbar auswirken und wo die Geldschöpfungsfreiheit der Banken ihre Grenze eigentlich nur noch

in den Risiken findet, die mit der eigenen Zahlungsfähigkeit und mit der von Schuldnern verbunden sind.

Die "Freiheit" zur Schaffung von Privatgeld und die damit verbundenen Chancen, den damit selbst geschaffenen Liquiditätsnutzen zu vermarkten und in Erträge umzusetzen, ist ein Problem für sich im "System der Bedürfnisse": Sie birgt Inflations- und Deflationsgefahren, und sie bietet die Möglichkeit, den Transaktionsbedarf der Menschen im System pfründenartig auszubeuten, jedenfalls soweit die Geschäftsbanken nicht durch Wettbewerb gehalten sind, ihre Gewinne aus selbstgeschaffenen Liquiditätsnutzen an ihre Kunden weiterzugeben.

Die Kompetenz der Banken zur Emission von Privatgeld läßt sich entschärfen, wenn das sog. 100%-Reserve-System eingeführt wird, wie es schon in den Dreißigern von *Irving Fisher* und nach dem Krieg von anderen Mitgliedern der Chicagoer Monetaristen, insbesondere von dem Nobelpreisträger *Milton Friedman* dringend empfohlen worden ist. Soll die *Währung* als Meß-Teilsystem im System der Bedürfnisse ihre Funktion optimal erfüllen, bedarf es einer solchen strengen Geldmengenkontrolle (es sei denn, man findet Techniken der Geldversorgung, bei denen monetäre Liquidität stets genau in dem Umfange produziert wird, wie sie gebraucht wird, und derart, daß weder Inflation noch Deflation eintreten). Soweit es aber um die Optimierung der *Transaktions- und Vermittlungsfunktionen* geht, kommt es noch auf andere Eigenschaften des Geldes als bloß auf seine Menge an.

4. Das Geld als Mittler im Vermittlungssystem

Das Geld "vermittelt" im Wirtschaftsverkehr: Mit Hilfe von Geld wird bekanntlich der umständliche Direkttausch von Gütern aufgespalten in zwei einfache Tauschgeschäfte, nämlich in einen Verkauf (Ware gegen Geld) und einen Kauf (Geld gegen Ware).

Aber auch in einer Wirtschaft ohne Geld wäre das "System der Bedürfnisse" schon ein "Tauschsystem der Vermittlungen" zwischen je eigenen Bedürfnissen und fremden Produkten sowie zwischen je eigenen Produkten und fremden Bedürfnissen. Mit dem Geld kommt also ein zusätzlicher, allgemeiner, "generalisierter" Vermittler ins System der Vermittlungen hinein.

Das Geld, das ich für die Leistung erhalte, die ich in die Volkswirtschaft einbringe, verkörpert in meiner Hand eine Anwartschaft auf eine entsprechende Leistung der Volkswirtschaft an mich, und so vermittelt es mir den Zugriff auf Produkte der Volkswirtschaft nach meiner Wahl.

Die Tatsache nun, daß mit dem Geld ein zusätzlicher, wendiger Vermittler ins schon vorhandene Tauschvermittlungssystem kommt, hat erhebliche Auswirkungen auf die anthropotechnischen Vermittlungsverfahren der Freiheit, der Selbständigkeit und der Anerkennung: Das Geld selbst nämlich wird zum Medium, die Währung zum Meßsystem für Freiheit, Selbständigkeit und Anerkennung. Wenn dann etwas mit dem Geld nicht stimmt, stimmt auch gleich etwas mit dem ganzen Vermittlungssystem der dialektischen Freiheit und Selbständigkeit nicht mehr.

5. Die Jokereigenschaften des Geldes

Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles. Warum?

Stellt man sich vor die Wahl, entweder 1.000 DM in barem Geld zu erhalten oder *ein bestimmtes Gut* gleichen Werts, so werde ich in aller Regel das Geld wählen. Warum?

Das Geld erschließt alle käuflichen Dinge und Leistungen, also auch (aber eben gerade nicht nur) das bestimmte Gut, das mir als einzige Alternative noch zur Wahl stand.

In diesem *Mehr an Wahlfreiheit* liegt der Vorteil, der das Geld gegenüber anderen normalen Tauschobjekten für den Tausch auszeichnet. Für den Tauschverkehr ist es einzigartig und so gut wie unentbehrlich: Wer eine bestimmte Ware oder Leistung hier und jetzt feilbietet, der muß Abnehmer suchen, die

- genau das Gebotene hier und jetzt brauchen,
- kaufwillig sind
- und Geld genug haben, es zu bezahlen.

Wer aber Geld bietet, der offeriert etwas, was jedermann zu jeder Zeit und überall gut gebrauchen und gegenüber jedermann einsetzen kann. Denn ohne Geld kommt man in einem monetisierten System der Bedürfnisse nicht weit.

Den ganz besonderen Vorteil (und daher auch ökonomischen Nutzen) von Geld gegenüber anderen Tauschobjekten kann man sich veranschaulichen, indem man die Allverwendbarkeit des Geldes in der Wirtschaft mit der Allverwendbarkeit des Jokers in einem Kartenspiel vergleicht, in welchem der Joker für jede andere Karte eingesetzt werden kann. Das Geld ist der Joker unter den Tauschobjekten. Im Wirtschaftsspiel bietet es Jokervorteile. Diese haben ihren eigenen ökonomischen Wert. Die Mitspieler sind bereit, dafür einen Preis zu zahlen: den Zins.¹⁷

Der Zins muß im wesentlichen als der Preis begriffen werden, den der Entleiher dem Verleiher dafür zu zahlen hat, daß dieser ihm für die Dauer des Darlehens seine monetäre "Liquidität" überläßt. Tatsächlich behält ja der Verleiher den Wert seines Geldes; denn er bekommt sofort einen gleichwertigen Rückzahlungsanspruch. In seinen Büchern findet nur ein "Aktivtausch" statt. Tatsächlich erhält auch der Entleiher nicht den Wert des Geldes. Denn er wird sofort mit der Rückzahlungsschuld aus dem Darlehen belastet.

Was der Entleiher erhält und wofür er den Zins zahlt, das ist nur die *Liquidität des Geldes*, das er bekommt (und ein gewisses Vertrauen, wofür sich womöglich der Zins um einen Risikozuschlag erhöht: "Kredit"). Er kann das Geld verwenden, um günstige Geschäfte zu tätigen (Spekulationskasse), um laufende Geschäfte abzuwickeln (Transaktionskasse) und um für alle

Fälle ein Sicherheitspolster zu haben (Vorsichtskasse). Die Jokereigenschaften also, die das Geld zum idealen Tausch- und Zahlungsmittel machen, bewirken zugleich, daß das Geld als "Liquiditätsinstrument" ein sehr nützliches Wirtschaftsgut ist, für das man einen Preis zahlt: die Liquiditäts(verzichts)prämie.

Wer Geld gegen Zins verleiht, der verpachtet eigentlich nur die Jokervorteile seiner Liquidität, während er die Substanz, nämlich den Kaufkraftnennwert seines Geldes (belastet mit dem Kreditrisiko) behält.

6. Der Jokernutzen – eine monetäre Pfründe

Als monetärer Joker wird das Geld, das eigentlich nur dazu bestimmt ist, den Austausch anderer Tauschobjekte zu vermitteln (Tauschmittel), zum Liebling aller Tauschenden (Liquiditäts- und daher auch Zinsmittel); denn es gewährt kraft seiner Jokereigenschaften eine privilegierte Position im System der Bedürfnisse und verhilft dadurch zu einem gratis anfallenden Zustrom von Liquiditätsnutzen, der als solcher genossen (Transaktionskasse, Spekulationskasse, Vorsichtskasse) oder eben vermarktet und in Renditen umgewandelt werden kann.

Kein Wunder also, daß solches Geld dann um seiner selbst willen oder vielmehr als Grundlage für eine Zinspfründe erstrebt wird.

Haben die Menschen erst einmal ihre meisten Bedürfnisse im wesentlichen gestillt, dann treten diese ihre natürlichen Bedürfnisse in den Hintergrund und andere drängen sich vor. Bietet sich dann im wirtschaftlichen "Spiel" der monetäre Joker als Vergnügungsobjekt an, findet er Gefallen: In dem Maße, wie die Befriedigung der anderen Bedürfnisse langweilig wird, steigt das Vergnügen an der Liquidität und vor allem am Zins und an den Renditen, welche man für das Verpachten der monetären Liquidität einstreichen kann.

Es kommt also mit dem Wohlstand der Punkt, von dem an die Waren und Dienstleistungen, für die man den Wert des Geldes opfern muß, uninteressant werden, während die Anziehungskraft des Liquiditätsnutzens des Geldes und seiner Renditeträchtigkeit die Oberhand gewinnt. Denn das ist des Pudels Kern: Den ökonomischen Nutzen des monetären Jokers kann man genießen, ohne den Wert des Geldes zu opfern! Warum also Waren und Dienste in Anspruch nehmen und dafür zahlen, wenn man von seinem Geld auch etwas Zusätzliches haben kann, ohne auf seinen Wert zu verzichten?

Wird der Liquiditätsnutzen des Geldes verlockender als die Produkte und Dienste, die man mit dem Nennwert des Geldes kaufen kann, dann kehrt sich die ökonomische Vernunft im System der Bedürfnisse um: Man arbeitet nicht mehr für Geld um der Produkte und Dienste willen, die dafür zu haben sind, sondern man wirtschaftet um des bequemen Mehrwertes willen, der im Liquiditätsnutzen des Geldes angelegt ist.

Der Mensch erliegt den Verführungskünsten des monetären Jokers, der ihm ohne Zufuhr eigener Leistung beständig einen ökonomischen Nutzen zuspielt, und zwar um so mehr, je mehr er schon davon hat.

¹⁷ D. Suhr, Geld ohne Mehrwert, Frankfurt 1983, S. 52–66; D. Suhr/H. Godschalk, Optimale Liquidität, Frankfurt 1986, S. 27ff.

Genau auf diesem Wege wird aus dem System der Bedürfnisse ein System des Geldes, des Zinses und der Renditen: "Kapitalismus". Man rief die nützlichen Geldgeister. Man bekam den monetären Joker. Jetzt wird man den Kapitalismus nicht mehr los. Der monetäre Joker hält uns seit Jahrhunderten zum Narren.

7. Der Geldzins als Determinante von Realkapitalrendite

Tief in den Köpfen von Laien und von professionellen Ökonomen sitzt eine fixe Vorstellung: Zins wird für geliehenes Geld bezahlt, weil die Maschinen und Geräte, in die das geliehene Geld investiert wird, einen Ertrag, eine Rendite abwerfen. Aber kein Unternehmer wäre so dumm, an irgend einen Kapitalgeber Renditen abzuführen, wenn er sich das Finanzkapital, das er für seine Unternehmungen braucht, zinslos besorgen könnte.

Spätestens seit *Keynes* gilt (unter dem Vorbehalt portfolio – theoretischer Verfeinerungen und auf die Preiselastizität bezogener Modifizierungen): Der Geldzins setzt den Mindeststandard für die Rentabilität von Sachkapitalien; der Geldzins begrenzt die Wachstumsrate von Sachkapital; und die Neubildung von Produktivkapital stagniert, wenn seine Rentabilität mit dem Zins nicht schritthalten kann. Der Zins ist die Ursache der Realkapitalerträge, – nicht die Realkapitalerträge sind die Ursache des Zinses.

Deshalb bremsen hohe Zinsen die Wirtschaft und niedrige beflügeln sie. Realkapitalien, die den Zins des Geldes nicht einbringen oder überbieten, bleiben ungeboren. Wer also den Zins des Geldes senken kann, der sorgt dafür, daß langfristig auch die Rendite von (vermehrbaaren) Realkapitalien sinkt. Und wer die Erträge von (vermehrbaaren) Realkapitalien senken will, der muß beim Geldzins ansetzen, nicht, wie Marx, beim Produktionsprozeß; sonst zäumt er das Pferd vom Schwanz her auf.

Ein wichtiger Vorbehalt freilich muß hier angebracht werden: Die Zusammenhänge zwischen den Renditen von Sachkapital und den Zinsen von Finanzkapital, die soeben erörtert wurden, gelten (innerhalb der bei modelltheoretischen Überlegungen ohnehin zu beachtenden Grenzen) nur für *vermehrbaare* Sachkapitalien, nicht für knappe, *nichtvermehrbaare* Sachkapitalien und Ressourcen.

8. Strukturen der Selbstzerstörung

Die Zinsträchtigkeit des monetären Jokers hat verhängnisvolle Auswirkungen auf das System der Bedürfnisse.

a) Haben erstmals Mitglieder des Systems Geld übrig, das sie anderen Mitgliedern, die noch welches brauchen, verleihen, dann beginnt ein fast irreversibler Prozeß: Der Verleiher hat Geld übrig, weil er zwar über eine volle Kasse verfügt, aber kaum noch Bedürfnisse hat. Der Entleiher dagegen hat eine leere Kasse, aber noch so viele Konsum – oder Investitionsbedürfnisse, daß er sich Geld borgt.

Wenn jetzt durch den Kredit Geld aus den "vollen Kassen ohne Bedarf" in die "leeren Kassen mit Bedarf" vorübergehend transferiert wird, dann kostet das Zins. Der Zins fließt aus den Kassen, die schon vorher leer waren, in die anderen Kassen, die schon vorher voll waren. Tendenziell wird dadurch der Abstand zwischen den vollen Kassen ohne Bedarf und den leeren Kassen mit Bedarf größer.

Geld, das durch "volle Kassen ohne Bedarf" strömt, befindet sich auf einem Umweg durch den "monetären Bereich". Es kann erst dann wieder einem Bedarf zur Nachfrage im "realwirtschaftlichen" und im "Beschäftigungsbereich" verhelfen, wenn es durch Konsumenten – oder Investitionskredite wenigstens auf Zeit in diese Bereiche zurückgeführt wird. Das ist ein *monetäres Recyclingproblem*.

Gelöst wird dieses Recyclingproblem zunächst einmal marktwirtschaftlich mit Hilfe von Krediten: Rückverpachtung des Liquiditätsnutzens an Wirtschaftsteilnehmer mit Transaktionsbedarf. Aber bei dieser "Lösung" fallen Kosten an, die das Problem verschlimmern, das gelöst werden soll (positive Rückkopplung)¹⁸. Im theoretischen Modell spielt sich das Ganze nach der Zinseszinsformel ab, also mit exponentiellem Wachstum ("explosiv"). In der Wirklichkeit freilich wird der Vorgang, der langsam und unmerklich beginnt, dann aber immer rascher um sich greift, durch eine ganze Reihe von Faktoren gedämpft: Steuern auf Kapitaleinkünfte; realwirtschaftliche Verwendung der Kapitalerträge; Konkurse, Schuldenausfall und Schuldenerlaß; Inflation. Aber die empirischen Daten nationaler und internationaler Kapitalertragsströme (etwa Zinserträge und Zinsaufwendungen der Banken) bestätigen in den letzten Jahren aufs beste, was nach der ganzen Logik des monetären Systems zu erwarten ist.¹⁹

b) Wenn das Geld kraft seines Liquiditätsnutzens eine *privilegierte Stellung* im Vermittlungssystem der Bedürfnisse verschafft, so muß das seine geschichtlichen Spuren im wirklichen System der Bedürfnisse hinterlassen haben: Es muß sich niedergeschlagen²⁰ haben in Institutionen, in denen Geldgeber und Anbieter von menschlicher Leistung zusammenarbeiten, und zwar in Gestalt von Vorrechten des Kapitals in wirtschaftlichen Unternehmungen. Die kapitalistischen Strukturen des wirtschaftlichen Eigentums können als die Illustrationen betrachtet werden, die das aufgeschlagene Buch der Wirklichkeit zu den Folgen und Auswirkungen des monetären Systems herkömmlicher Art darbietet.

Da die Privilegien des monetären Jokers außerdem wiederum mit dem Gerechtigkeitsprinzip in Widerspruch stehen, müssen sich auch Gegenbe-

¹⁸) D. Suhr, oben Anm. (17), S. 113f.

¹⁹) D. Suhr, Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1983, S. 221 – 227, 222 mit Anm. 1.

²⁰) Hinweise bei: D. Suhr, Gerechtes Geld, in: Archive für Rechts – und Sozialphilosophie, Vol. LXIX (1983), S. 322 – 339, 329 ff.; auch D. Suhr, oben Anm. 17, 1983, S. 135f.

wegungen gebildet haben, die darauf zielen, diese Vorrechte zu beseitigen oder sonst auszugleichen: von der revolutionären Umstürzung des kapitalistischen Systems über Gewerkschaften bis hin z.B. zur Koalitionsfreiheit. Auch die reaktiven sozialen Kompensationsmechanismen sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Herkunft gehören hierher, soweit diese Mechanismen jeweils ausgleichen müssen, was die Fehlstrukturen des monetären Systems im System der Bedürfnisse anrichten. Sicher lassen sich nicht alle Mängel im System der Bedürfnisse auf die Wirkung der Jokervorteile von Geld zurückführen, also auch nicht von dorthier beheben, – aber sehr viele, und zwar die wichtigsten und wohl auch schädlichsten.

c) Die privilegierenden Folgen der Jokervorteile von Geld pervertieren schließlich die Verfahren der Freiheit, der Selbständigkeit und der Anerkennung im System der Bedürfnisse.

Beim Direkttausch ohne Geld gibt jeder eigene Leistung und nimmt fremde Leistung ab, so daß einer durch den anderen frei wird und einer den anderen anerkennt. Tritt Geld dazwischen, so kann der Verkäufer das Geld, das er in der ersten Tauschrunde erhält, zurückhalten, so daß irgend ein Anbieter auf seiner Ware sitzenbleibt. Er kann den geldvermittelten Doppeltausch nach der ersten Halbrunde abbrechen. Dadurch kommt er gegenüber irgendjemandem, den es gerade trifft, in Abnahmeverzug. Er verweigert dem, den es angeht, die Abnahme einer Leistung, die dieser andere produziert in der Erwartung, daß man einander die Produkte abnimmt. Also verhält sich, wer Geld zurückhält, als eine Art Spielverderber im System der Bedürfnisse. Er sabotiert das System, indem er den monetären Mittler zurückhält, der gerade durch seine Weitergabe als Medium der Freiheit, Selbständigkeit und Anerkennung fungiert.

Mit anderen Worten: Wer Geld als solches als "Speichermittel" für Kaufkraft verwendet, mißbraucht das Medium der Vermittlung zur Unterbrechung der Vermittlung. Also ist es systemwidrig, das Geld, wie es bis heute noch in Einführungen und Lehrbüchern der Geldlehre und der Volkswirtschaftslehre geschieht, als "Kaufkraftspeicher" und "Speichermittel" zu beschreiben. Dabei geht es um die Eigenschaft des Geldjokers, daß man ihn nicht nur gegenüber jedermann und für jede käufliche Leistung, sondern auch "jederzeit" einsetzen kann. Das trägt ins System der Bedürfnisse *Ungewißheit über die Abnahme der Produkte* hinein, also auch Ungewißheit über Freiheit und Anerkennung von Produzenten.

Schon Hegel diagnostizierte sehr genau. Er hatte *Jean Baptist Say* studiert. Aber er sah auch, daß die Produktion sich offenbar gerade nicht immer einfach auch schon ihre ("markträumende") Nachfrage schafft: "Es ist ein Bedürfnis, die Arbeiten in Abnahme zu bringen (...) Konsumieren und Produzieren müssen also unmittelbar verbunden sein".²¹

d) In der Regel hält man sein Geld freilich nicht für längere Zeit zurück, sondern gibt es aus oder legt es an, um Zinsen oder Renditen einzustreichen.

Der Zins und die Rendite sind sozusagen die Lockspeise, mit der das System die Inhaber des Geldjokers umschmeicheln und dazu bringen muß, das monetäre Medium der Vermittlung wieder für Vermittlungszwecke zur Verfügung zu stellen. Insofern ist der Zins eine "Belohnung für die Aufgabe der Liquidität".²² Die Verteidiger des Zinses und der Renditen haben also insofern recht, als der Zins für Geld auch ein echtes Entgelt für eine Leistung, also eine Gegenleistung ist: nämlich ein Entgelt für die Überlassung von Liquidität, für die Überlassung der Jokervorteile des Geldes.

Was beim Geld und beim Geldverleih "ohne Leistung" und "unverdient" erworben wird, das sind diese Jokervorteile des Geldes selbst, die den Nutzen von monetärer Liquidität ausmachen. Diese Jokervorteile des Geldes sind eine *Zugabe* zum Geld. Diese Zugabe zum Geld fällt demjenigen in den Schoß, der für seine Leistung Geld erhält, das er so nutzen kann, daß er sich der Kaufkraft seines Geldes nicht begeben muß. Es ist das Geld in der Kasse, das den wirtschaftlichen Nutzen der Liquidität bietet, und es ist das angelegte, nicht das ausgegebene Vermögen, das Zinsen und Renditen einbringt. Nur wer Geld übrig hat, es also nicht ausgeben muß, sondern anlegen kann, kommt in den Genuß des Zinses.

Wie wenig der Zins ins "System der Anerkennung" paßt, zeigt sich, wenn man fragt: Was wird "anerkannt", wenn Zins gezahlt wird?

Antwort: der (vorübergehende) Verzicht auf die Jokervorteile des Geldes.

Und was wird anerkannt, indem das monetäre System dem Geldinhaber die Jokervorteile als monetäre Zugabe in die Hand spielt?

Antwort: Nichts. Im Gegenteil: Prämiert und damit "anerkannt" wird die monetäre Kompetenz, das Vermittlungssystem zu sabotieren und von dieser Sabotage nur dann und nur so lange abzulassen, wie das System in Gestalt seiner übrigen Wirtschaftssubjekte bereit ist, für die Nichtsabotage des Systems den Zins zu zahlen.

Das ist eine perfekte und als scheinbare Gegenleistung perfekt getarnte Perversion des Vermittlungssystems. Das ist die Prämiierung und Anerkennung einer Sabotagekompetenz. Das System der Bedürfnisse bezahlt seine eigenen Störer und Zerstörer. So ist es auf Selbststörung und Selbstzerstörung programmiert. Genau dadurch wird auch die "Dialektik der Anerkennung" gestört, die im System der Bedürfnisse noch angelegt ist.

e) Kraft der Geldordnung ist im System der Bedürfnisse vorprogrammiert, daß immer stärkere Geldströme durch "volle Kassen ohne Bedarf" fließen. In den "leeren Kassen mit Bedarf" fehlt dann jeweils das Geld, ohne das die vorhandenen menschlichen Bedürfnisse nicht in der Form von Nachfrage auf

21) Ed. *Itting*, Bd. 3, S. 618 f.

22) *J. M. Keynes*, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 317, 140.

den Markt kommen können. Denn "Nachfrage" nach Waren und Dienstleistungen ist ein zusammengesetztes Geschehen: Bedarf oder Bedürfnisse allein machen ebensowenig schon "Nachfrage" wie Geld allein. Daher geht weder aus "vollen Kassen ohne Bedarf" noch aus "leeren Kassen mit Bedarf" Nachfrage hervor. Vielmehr müssen erst Bedarf und Geld bei ein und derselben Person zusammentreffen, ehe "Nachfrage" zustandekommt. Wo aber "Nachfrage" fehlt, wird Leistung nicht abgerufen. Wo Leistung nicht abgerufen wird, werden Menschen arbeitslos.²³ Diese Folge läßt sich nur vermeiden, wenn die Geldströme, die sich in die "vollen Kassen ohne Bedarf" ergießen, alsbald wieder in die "leeren Kassen mit Bedarf" zurücktransferiert werden. Das aber verschärft, wegen der damit verbundenen gegenläufige Zinsströme, das Problem, um dessen Lösung es geht. Es kommt jedoch noch etwas hinzu.

Wenn Geld in den "leeren Kassen mit Bedarf" fehlt, so handelt es sich entweder um Konsumbedürfnisse oder um das Bedürfnis eines Unternehmers, mit Hilfe von Realkapitalien, die er sich verschaffen muß, unternehmerisch tätig zu sein. Also können auch die anschwellenden Geldströme aus den "vollen Kassen ohne Bedarf" entweder zu Konsum- oder zu Investitionszwecken in den realwirtschaftlichen Bereich zurücktransferiert werden.

Dem "Recycling" der Gelder durch Konsumentenkredite sind jedoch enge Grenzen gesetzt; denn wenn Konsumenten zu sehr auf Kredit leben, zahlen sie bald nur noch Zinsen und können nichts mehr kaufen. Die Entwicklungsländer geben z.Zt. das drastische Beispiel dafür ab.

Also kommt längerfristig nur ein Recycling der Gelder zu Investitionszwecken in Betracht, weil die Recyclingkosten, die in Form von Zinsen und Renditen an die Kapitalgeber abgeführt werden müssen, nur bei Investitionsgütern als Profit erwirtschaftet werden können. Das aber bewirkt zusätzliche Investitionen: Die Wirtschaft "muß" wachsen. Der berühmte "Wachstumszwang" kommt vom Zins.²⁴

Es ist paradox: Einerseits wirkt der Zins als pathologische Bremse einer natürlich wachsenden, gesunden Wirtschaft, andererseits zwingt er, soll die Wirtschaft im Fluß gehalten und Arbeitslosigkeit vermieden werden, zum Wachstum. Der "Wachstumszwang" unserer Wirtschaft beruht also nicht auf einer Explosion der menschlichen Bedürfnisse, sondern, im Gegenteil, darauf, daß immer mehr Gelder durch Kassen von Menschen strömen, die bei überfließenden Kassen praktisch keine Bedürfnisse mehr haben.

Hier erreichen die in der Geldordnung angelegten Absurditäten unseres Systems der Bedürfnisse ihre Spitze. Und hier berührt sich unser Thema auch mit Fundamentalfragen des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Ökologie.

III. Rekonstruktion der Geldverfassung

1. "Geldordnung" und "Geldverfassung"

Von einer "Geldverfassung" im strengeren Sinne kann eigentlich nur die Rede sein, wenn das monetäre System kraft einer Reihe von (möglichst höherrangigen) Rechtssätzen bewußt, planmäßig und verbindlich geordnet ist. Das setzt Einsicht in die Zusammenhänge und Kenntnis der Systemstrukturen voraus.

Das bisherige Geld- und Währungswesen ist fern davon, "verfaßt" in diesem Sinne zu sein. Man hat es vielmehr nur mit einer "Geld- und Währungsordnung" zu tun, die zu einem großen Teil einfach geschichtlich geworden ist, von der andere Teile rechtlich geregelt sind²⁵, bei der internationale Vereinbarungen eine Rolle spielen und in der faktische Entwicklungen ebenso ins Gewicht fallen wie unkontrollierte Prozesse etwa im Reich der Schaffung internationaler Liquidität durch Geschäftsbanken in "Billigflaggenländern" des Bankwesens.

Insofern hat die Frage nach der Geldverfassung zunächst eher klärenden Charakter: Sie soll durch Ausrichtung der Überlegungen an einem anspruchsvollen Maßstab der Geordnetheit den Blick auf geldordnungspolitische Probleme lenken, die verfassender Regulierung bedürfen. "Monetaristisch" ist das alles, weil davon ausgegangen wird, daß Geld eine Rolle im Hinblick auf Konjunkturen und Krisen der Wirtschaft spielt ("money matters").

Mein Monetarismus weicht von dem der neueren Chicagoer Schule vor allem darin ab, daß ich mich nicht nur auf Geldmengenprobleme konzentriere, sondern die Struktur der Geldordnung und Eigenschaften des Geldes selbst in den Vordergrund rücke. Der landläufige Monetarismus kommt nicht auf die Idee, Zinsen und Renditen in Frage zu stellen: "kapitalistischer Monetarismus". Hier dagegen geht es um "Geld ohne Mehrwert": "postkapitalistischer Monetarismus", oder auch: "struktureller Monetarismus".

2. Problemanalyse

Eine wesentliche Ursache für Zwiespältigkeiten und selbstzerstörerische Strukturen im System der Bedürfnisse bilden die Jokervorteile des Geldes. Will man die Symptome beseitigen, dann muß man hier, bei der Ursache ansetzen. Wie aber soll man die Jokervorteile aus der Welt schaffen, ohne daß zugleich diejenigen Eigenschaften des Geldes zerstört oder beseitigt

23) D. Suhr, oben Anm. (19).

24) D. Suhr, oben Anm. (19), S. 222, 224 f.

25) W. Stützel, Über unsere Währungsverfassung, Tübingen 1975. Ansätze auch bei D. Suhr, Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht, in: J. Starbatty (Hrsg.), Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft, Tübingen 1982, S. 91 - 116, 92.

werden, die seine Tauglichkeit als monetärer Mittler im System der Bedürfnisse ausmachen?

Antwort: Es sind ja nicht eigentlich die Jokervorteile des Geldes, die unbedingt zu den negativen Symptomen hinführen, mit denen wir es zu tun haben. Nur weil diese Vorteile dem Geldbesitzer in Gestalt des Liquiditätsnutzens als Zugabe in den Schoß fallen, kann er ohne weiteres seine Joker-Kompetenz mißbrauchen zur Unterbrechung der volkswirtschaftlichen Zirkulation oder den Liquiditätsnutzen in Renditen für sich verwandeln.

Müßte er für den Nutzen der Liquidität, die er als Geldhalter in Anspruch nimmt, etwa so viel zahlen, wie dieser Nutzen wert ist, – dann könnte er zwar auch noch günstige Augenblicke für Geschäftsabschlüsse abwarten und in sinnvollem Umfang Kasse halten (Vorsichtskasse, Transaktionskasse, Spekulationskasse). Aber bloßes Zurückhalten von Geld würde Kosten verursachen, die ihn dazu motivierten, sein Geld alsbald in den Kreislauf zurückzugeben.

Dieser ganz sanfte Druck zur Weitergabe der Liquidität würde das Angebot an Geld erhöhen und den Zins senken. Es gilt, den durchschnittlichen Liquiditätsnutzen von Geld mit Hilfe einer Ausgleichsabgabe auf Liquidität abzuschöpfen. In der Terminologie der modernen Ökonomie würde es sich um "Bestandhalterkosten" für Kassehaltung handeln. Keynes sprach von "Durchhalterkosten" ("carrying costs").²⁶ Wird erst der Liquiditätsnutzen von Geld auf diese Weise abgeschöpft, dann verschwinden die wichtigsten der negativen Symptome im monetären System der Bedürfnisse von selbst. Sicherlich bleiben insbesondere für die Übergangszeit eine ganze Reihe von Problemen, aber vom Prinzip her ist die Aufgabe lösbar, und zwar mit elementaren und einfachen Mitteln, die nicht freiheitsbeschränkend, sondern freiheitserweiternd wirken, und die die Funktionen des Marktes nicht außer Kraft setzen, sondern erschließen.

3. Geld ohne Mehrwert²⁷

Unser Geld hat zweierlei "Wert": zum einen seinen Kaufkraft-Nennwert als Tausch- und Zahlungsmittel; zum anderen seine Liquiditäts-Wert, den man entweder "in Natur" genießt, wenn man Kasse hält, oder den man realisiert, indem man seine monetäre Liquidität verleiht. Der Liquiditätsnutzen ist ein Nutzen in der Zeit, und er ist meßbar in Währungseinheiten pro Zeiteinheit.

Das als Liquidität gehaltene oder als Geldanlage verliehene Geld ist gegenüber dem ausgegebenen Geld "mehr wert", und zwar um den Liquiditätsnutzen oder um den Preis, der für die Liquidität gezahlt wird. Deshalb haben wir in unserem derzeitigen System der Bedürfnisse ein "Geld mit Mehrwert".

Wird der Liquiditätsnutzen als solcher dem Geld belassen, wird aber sein ökonomischer Gegenwert abgeschöpft, dann bekommen wir ein "Geld ohne Mehrwert", und das Mehrwertproblem, das Karl Marx durch Umstürzung der Produktionsverhältnisse, also durch Kurieren am Symptom lösen wollte, wäre gelöst auf einem monetären, verrechnungstechnischen Wege. "Geld ohne Mehrwert" wäre nicht mehr, wie das derzeitige "Geld mit Mehrwert", ein privilegierender Tauschmittler, der Zinsfründen eröffnet. Das Geld wäre nicht mehr "kapitalistisch parteilich", sondern würde zu dem, was den Ökonomen vorschwebt, wenn sie nach dem "neutralen Geld"²⁸ fragen.

Und wiederum muß der Vorbehalt wiederholt werden: Das Mehrwertproblem kann nur für Geld- und vermehrbare Realkapitalien mit Hilfe der "Abschöpfung des Liquiditätsvorteils" gelöst werden; die knappen, nichtvermehrten Realkapitalien bilden ein Problem für sich, dem womöglich mit ähnlichen Bestandhalterkosten beizukommen ist wie dem Mehrwert des Geldes.

4. Realisierungstechniken

Es gibt verschiedene (entweder eher hoheitlich-staatliche oder eher marktwirtschaftlich-wettbewerbliche) Techniken, dem Geld die gebotenen Durchhalte- oder Bestandhalterkosten anzuheften, um den Mehrwert des Geldes abzuschöpfen. Doch diese technischen Einzelheiten darf die praktische Philosophie getrost den Fachleuten des Geld- und Währungswesens überlassen.²⁹

IV. Geldverfassung und Bewußtseinsverfassung³⁰

Werden die jeweils eigenen Beiträge zu fremder Bedürfnisfriedigung und die jeweilige Gegenleistung dialektisch-gegenläufig von gleichstarken Partnern in fairem Vertrag vereinbart und danach ausgetauscht, dann ist der jeweilige eigene Wille, fremde Wünsche zu erfüllen, in ökonomisch meßbarer Weise gleich dem Willen, die eigenen Wünsche zu bedienen. Der Preis gibt an, wie hoch die Neigung ist, zu leisten und zu empfangen.

So wird das Eigeninteresse durch das Fremdinteresse und umgekehrt kompensiert. Man ist nicht nur Egoist. Man ist nicht nur Altruist. Man ist in gegenläufig-dialektischer Verknüpfung beides, – so wie man ja auch im übrigen nicht nur ein Einzelner und nicht nur ein Kollektivwesen, sondern ein geselliges Einzelwesen und ein individuelles Sozialwesen ist. Also haben wir es hier mit der sozio-ökonomischen und monetären Erscheinungsweise

28) Nachweise und Erörterung: D. Suhr, oben Anm. (17), 1983, S. 110.

29) Nachweise: D. Suhr, oben Anm. (17), 1983, S. 136, 142, und 1986.

30) Ein Sonderfall einer allgemeinen verfassungstheoretischen Problematik: D. Suhr, Bewußtseinsverfassung und Gesellschaftsverfassung, Über Hegel und Marx zu einer dialektischen Verfassungstheorie, Berlin 1975.

26) J. M. Keynes, oben Anm. (22), S. 302, 196; D. Suhr, oben Anm. (17), 1983, S. 38.

27) So der Titel oben Anm. (17), 1983.

jener dialektischen Erkenntnis vom "Ich, das Wir, und vom Wir, das Ich ist",³¹ zu tun.

Die Geldverfassung strukturiert nun von außen, wie die gegenläufig-dialektische Identität von Eigen- und Fremdinteresse bei allen mit Geld verbundenen Geschäften praktiziert und inszeniert wird. Die Geldverfassung bestimmt, ob diese prozedurale und motivationale Identität gelingt oder scheitert und pervertiert wird. Die Menschen stellen sich mit ihren Erwartungen, Gewohnheiten, Empfindungsweisen und Verhaltensmustern auf diese vorgegebene Geldverfassung ein. Ja sie trainieren sich die einschlägigen Wertungs- und Entscheidungsgrundlagen im täglichen Umgang mit dem Geld geradezu als zweite, geldbedingte Natur an.

Das Geld hat verlockende Jokerqualitäten. Das macht das Geld begehrter als die Waren und Leistungen, die man für Geld bekommen kann, um seine anderen Bedürfnisse zu befriedigen. Infolgedessen wird aus dem bedürftigen Menschen in dem Maße, wie er seine menschlichen Bedürfnisse im übrigen befriedigt hat, der Geldmensch: der *homo monetarius*. In ihm ist die Geldverfassung restlos als Teil seiner eigenen Bewußtseinsverfassung verinnerlicht. In ihm gewinnt der monetäre Joker Überhand über die eigentlichen menschlichen Bedürfnisse. Der *homo monetarius* erlebt sich und die anderen Menschen nicht mehr als bedürftige Menschen, sondern als Mittel und Medium der Geldvermehrung.

Die Menschen erfahren die alte Geldverfassung zunächst als eine Art sozio-ökonomisches Schicksal, das sie bis zur tiefverwurzelten Gewohnheit internalisieren. Auch wenn es an Versuchen, sich gegen die kaum verstandenen Symptome des Geschehens aufzubauen, nicht gefehlt hat, können sie sich kaum etwas anderes vorstellen. Sie können sich, wenn sie wenigstens zuzuhören vermögen und geistig beweglich genug sind, allenfalls theoretisch mit ihrem Verstand in eine umkonstruierte monetäre Welt hineindenken. Aber selbst dagegen pflegt man sich zu wehren, weil man unbewußt die damit verbundene Unsicherheit fürchtet.

Wird jedoch die Geldverfassung draußen in der sozio-ökonomischen Wirklichkeit umgestaltet in dem kleinen aber entscheidenden Punkt der Durchhaltekosten auf Liquidität, dann werden sich die Menschen sehr, sehr schnell praktisch darauf einstellen: zunächst bloß aus Klugheit und Geschicklichkeit im wirtschaftlichen Alltag, doch dann allmählich auch in tieferen Schichten ihres Vorstellens, Wahrnehmens, Erwartens und Empfindens. Das tägliche Training hinterläßt, ob sie es wollen oder nicht, Spuren in ihrer Bewußtseinsverfassung, und am Ende wird der eine oder andere auf die abgestreifte alte Geldordnung zurückblicken wie auf Ruinen alter Tempel, deren Götter sich zurückgezogen haben.

31) Phänomenologie (oben, Anm. (14), S.145). D. Suhr, oben Anm. (30), S. 142,302 ff.; Brücke über G. M. Mead zur Sozialpsychologie: D. Suhr, Repräsentation in Staatslehre und Sozialpsychologie, in: Der Staat 20 (1981), S. 517 – 538, 522 mit Anm. 18.

Monetäre Voraussetzungen für eine Annäherung von ökonomischer und ökologischer Rationalität

- I. Fragestellung
- II. Symptome der Divergenz zwischen Ökonomie und Ökologie
- III. Liquiditätstheoretische Analyse von Zins und Kapital
- IV. Optimale Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität und Kredit

I. Fragestellung

1. Ökonomische Rationalität als Rentabilität

Nur wer "rentabel" wirtschaftet, kann sich ökonomisch langfristig behaupten. Man kann nicht ständig von der Substanz leben oder Verluste durch Zuschüsse ausgleichen. Das ist die harte "Vernünftigkeit" des Wirtschaftens.

Ökologische Rationalität menschlichen Verhaltens aber richtet sich offenbar nicht oder wenigstens nicht immer nach dem Maßstab der ökonomischen Rentabilitäts-Rationalität. Ökonomische Rentabilität und ökologische Vernunft divergieren oft oder widersprechen einander. Bevor man aber im Namen der Ökologie den Stab bricht über die ökonomische Norm der Rentabilität, muß man sich die Rentabilität schon etwas genauer ansehen.

2. Relative und absolute (oder "natürliche") Rentabilität

a) Der Laie denkt oft, man wirtschaftet schon dann rentabel, wenn man "auf seine Kosten kommt". Insofern entsteht der oberflächliche Anschein, als beginne die Rentabilität genau dort, wo ein Unternehmer Bestandserhaltung erwirtschaftet, weil die Erträge die Kosten wettmachen und zu übersteigen beginnen. Ich will diesen Fall, in dem die Erträge wenigstens die Aufwendungen ausgleichen, als den Fall der *absoluten* oder auch der *natürlichen Rentabilität* bezeichnen.

Tatsächlich aber arbeitet ein Unternehmer, der nur die Erhaltung seiner Bestände erwirtschaftet, schon unrentabel. Denn er muß bedenken, daß seine Bestände einen Vermögenswert darstellen, der, anderweitig angelegt, Renditen erbringen, also *wachsen* würde. Und an diesem möglichen Wachstum seines Vermögens muß er messen, ob auch sein unternehmerisches Kapital wächst.

Wer als Unternehmer aus seinen Beständen nicht wenigstens das herausholt, was sein Kapital, anderweitig angelegt, an Renditen erbringen würde, schießt insofern ständig etwas zu, als ihm Erträge entgehen. Er hat "Opportunitätskosten", die er in seinen Rentabilitätskalkül mit einstellen muß, wenn er wissen will, ob er "rentabel" arbeitet.

Der allgemeine Maßstab dafür wiederum, was Kapital anderweitig mindestens erbringen kann, ist der Zins des Geldes. Ein Unternehmer muß also nicht nur seine Aufwendungen hereinwirtschaften, sondern auch auf seine "Opportunitätskosten" kommen, und den Standard dafür setzt der Zins.

Der hypothetische Nutzen und das hypothetische Wachstum des *Finanzkapitals* setzen den Maßstab für die rentable Nutzung und das reale Wachstum des *Sachkapitals*.

Sind die Zinsen, die auf Finanzkapital zu erwarten sind, hoch, dann muß auch der Unternehmer, um "rentabel" zu arbeiten, aus seinem Sachkapital entsprechend viel herausholen. Erst wenn seine Kapitalerträge mit dem hypothetischen Zinsertrag mithalten können, kommt er "wirklich" auf seine Kosten. Sind die Zinsen, die auf Finanzkapital zu erwarten sind, niedrig, braucht sich auch der Unternehmer nicht so anzustrengen, wenn er mit dem unerbittlichen Konkurrenten "Zins" mithalten und ihn überbieten will.

b) So zeigt sich, daß die "Rentabilität" ein Maßstab ist, der von der Höhe des Zinses abhängt: *relative Rentabilität*.

Ist aber die Rentabilität ein derart relativer Maßstab, nämlich eine Funktion von Zinserwartungen, dann ist auch die ökonomische Rationalität, die in der Rentabilität steckt, relativ: Die Rentabilität als Maßstab der ökonomischen Vernunft ist, etwas vereinfacht ausgedrückt, so vernünftig oder so unvernünftig wie die Höhe des Zinses, der für geliehenes Geld bezahlt wird.

Nimmt man einmal den heute freilich sehr hypothetischen Grenzfall an, daß auf Finanzkapital ein Zins von Null Prozent zu erwarten ist, dann allerdings rentiert sich eine Unternehmung schon, wenn sie wenigstens Bestandserhaltung erwarten läßt. In dem Maße also, wie der Rentabilitätsmaßstab "Zins" gegen Null tendiert, nähert sich die zinsabhängige, "relative" Rentabilität der "absoluten" oder "natürlichen" Rentabilität an. Muß eine Unternehmung, um den Rentabilitätspunkt zu erreichen, nur noch mit einem Zins von Null Prozent konkurrieren, dann genügt es, wenn der Unternehmer (einschließlich Unternehmerlohn) auf seine Kosten kommt und sich die Investitionen aus Erträgen amortisieren.

3. Annäherung der ökonomischen Rentabilität an die ökologische Rationalität

Bisher haben sich Investitionen, die aus ökologischen Gründen erforderlich werden, auch ökonomisch, und zwar relativ zum Zins, zu rentieren. So weit solche ökologisch angezeigten Investitionen nicht selbst für das Unternehmen nützlich sind, etwa weil sie Haftungsrisiken mindern, wirken sich vor allem die Kapitalkosten, die damit verbunden sind, nachteilig aus: Sei es,

daß bei Fremdkapital Zinsen gezahlt werden müssen, sei es, daß bei Eigenkapital Opportunitätskosten entstehen. Dementsprechend hoch ist die ökonomische Hemmschwelle für die Tötung solcher Investitionen. Sinkt jedoch der Rentabilitätsstandard "Zins", so erniedrigt sich sowohl die ökonomische Hemmschwelle vor ökologisch sinnvollen Investitionen als auch die Diskrepanz zwischen der ökonomischen Rentabilitäts-Rationalität auf der einen und der ökologischen Rationalität auf der anderen Seite.

4. Hypothesen zur praktischen Vernunft in Ökonomie und Ökologie

Wenn die ökonomische Vernünftigkeit der "Rentabilität" sich der Tendenz nach mit der Höhe des Zinses von der ökologischen Vernünftigkeit des Wirtschaftens entfernt, dann betrifft diese Divergenz zwischen ökonomischer und ökologischer Rationalität geradezu Kernpunkte des Wirtschaftsgeschehens überhaupt: zum einen den allgegenwärtigen Maßstab der Rentabilität, zum anderen den allgegenwärtigen Zins des Geldes. Dann aber ist auch zu vermuten, daß sich die Folgen und Fernwirkungen dieser Diskrepanz zwischen Ökonomie und Ökologie weit in das Wirtschaftsgeschehen und in die Umwelt hineinerstrecken, also auch in Gestalt verschiedenster Symptome sichtbar werden.

Diese Vermutung läßt sich als Hypothese fassen: Wo immer Ökonomie und Ökologie nachhaltig miteinander in Konflikt geraten, dort dürfte unter den Ursachen der Kollision auch die erwähnte Diskrepanz zwischen ökonomischer und ökologischer Verhaltensrationalität mit im Spiel sein. Soweit das zutrifft, ist weiter zu vermuten: Die Symptome werden gemildert und die Kollisionen werden abgebaut, wenn es gelingt, die ökonomische Rentabilität der ökologischen Rationalität in dem bereits beschriebenen Sinne anzunähern.

Also geht es im Folgenden darum, bei einigen wichtigen Symptomen für die ökologische Pathologie unserer Ökonomie zu prüfen, ob sie mit dem Rentabilitäts/Zins-Komplex und der damit verbundenen Diskrepanz zwischen ökonomischer und ökologischer Rationalität zusammenhängen. Dann wird es darum gehen, dem monetären Liquiditäts- und Kreditsystem so weit auf den Grund zu gehen, daß erkennbar wird, inwiefern die heutige Art und Weise, in der die Wirtschaft mit Liquidität und Kredit versorgt wird, auch ökonomisch suboptimal ist. Und am Ende wird sich zeigen, daß eine Ausgestaltung der Liquiditäts- und Kreditdienste in der Wirtschaft möglich ist, bei der zugleich mit der ökonomischen Optimierung der Liquiditätsversorgung auch eine Annäherung der ökonomischen Rentabilität an die ökologische Rationalität erreicht wird.

Als jemand, der selbst durchweg systemisch denkt und empfindet, weiß ich, daß der hier verfolgte Ansatz bei der Rentabilität schmal und oberflächlich ist oder wenigstens zu sein scheint. Insbesondere könnte und müßte, wenn ich schon von einer "natürlichen Rentabilität" spreche, tief in die Strukturen der Selbsterhaltung von lebenden Systemen hineingeschaut

werden, um dem Begriff mehr als einen bloß oberflächlich – ökonomischen Sinn zu geben. Es kann jedoch nicht alles auf einmal bewältigt und gesagt werden. So bleibt mir nur die Versicherung, daß ich mir der systemischen Komplexität meines Gegenstandes sehr, sehr bewußt bin, und daß die ökologisch – systemische Verträglichkeit meiner Überlegungen tiefer reicht, als es hier den Anschein hat, wo der Eindruck entsteht, als würde ein vorwiegend "analytisch" enger und gerade nicht systemisch durchdringender Scheinwerferkegel bloß auf Rentabilität, Zins und monetäre Liquidität gerichtet.

II. Symptome der Divergenz zwischen Ökonomie und Ökologie

1. Unrentable Sonnenenergie

Zur Zeit werden fossile Brennstoffe und wird Sonnenenergie verschwendet: die Brennstoffe, weil sie in dem Maße ohne Zwang verfeuert werden, wie Sonnenenergie nicht genutzt wird. Ein Beispiel macht das deutlich: Angenommen, ein Hauseigentümer, der DM 20.000 in der Kasse hat, überlegt, ob er auf seinem ideal nach Süden geneigten Hausdach Sonnenkollektoren für Heizung und Warmwasser installieren soll. Verfährt er nach den Maßstäben der ökonomischen Rationalität, nämlich nach den Kriterien der Rentabilität, so prüft er, ob die Einsparungen an Heizkosten, die für ihn im Falle der Investition in Solarenergie am Ende unter dem Strich übrigbleiben, wenigstens gleich hoch, besser aber noch höher sind als die Rendite, die er bei anderweitiger Anlage seines Geldes erwarten kann. Können die Einsparungen aus der Investition in Solarenergie mit dem Zins des Geldes nicht konkurrieren, dann kommt die ökologisch vernünftige Investition aus Gründen ökonomischer Rentabilität nicht zustande.

Wird hier aber einmal von dem hypothetischen Fall ausgegangen, daß der zu erwartende Zins Null Prozent beträgt, dann freilich "rentiert" sich auch die Investition in Solarenergie schon, wenn sie aus ersparten Heizkosten amortisiert werden kann. Deutlicher als an diesem Beispiel läßt sich kaum veranschaulichen, wie sehr der Zins eine Art Eintrittsschwelle für den Zugang zur Nutzung alternativer Energien darstellt.

2. Unrentabler Umweltschutz

Wo immer in Unternehmungen zur Schonung der Umwelt Investitionen erforderlich werden, schlagen in dem Maße Kapitalkosten zu Buche, wie die Zinsen von Fremdkapital (oder die Opportunitätskosten von Eigenkapital) in Ansatz gebracht werden müssen. So bilden auch hier die Kosten, die dank der Rentabilitätshürde "Zins" entstehen, ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zu einem ökologisch vernünftigen Wirtschaften. Jede dieser ökologisch sinnvollen Investitionen muß am Ende nicht nur die Kosten decken, die sie

verursacht, sondern auch die Rendite abwerfen, die der jeweilige Kapitalgeber erwartet. Ist aber die ökologische Investition nicht von sich aus auch ökonomisch rentabel, so kann der einschlägige Kapitaldienst nur geleistet werden, wenn die Investition entweder öffentlich gefördert oder wenn sie aus dem Ertrag anderer Investitionen des Unternehmens subventioniert wird. Je höher der Zins, desto höher die Erwartungen an die Rentabilität, desto weniger sind ökologisch sinnvolle Investitionen ökonomisch wettbewerbsfähig.

3. Unrentable Arbeitskraft

In unserer Wirtschaft wird nicht nur Sonnenenergie dadurch verschwendet, daß sie nicht in dem Maße, wie es möglich wäre, genutzt wird, sondern auch menschliche Arbeitskraft: Immer dann, wenn es sich nicht mehr "rentiert", Menschen für irgendwelche produktiven Zwecke gegen Entgelt zu beschäftigen, gehen Arbeitsplätze verloren und entsteht Arbeitslosigkeit. Auch in diesem Bereiche steht Kapital für die bezahlte Beschäftigung von Menschen nur zur Verfügung, wenn wenigstens dem Rentabilitätsstandard "Zins" genügt wird. Wo Unternehmer und Arbeitnehmer zusammen den Zins des eingesetzten Kapitals nicht erwirtschaften können, ist ihr Unternehmen unrentabel und werden sie arbeitslos.

Unternehmer und Arbeitnehmer aber, die arbeitslos sind, verursachen nicht nur Aufwendungen (Kosten des Lebensunterhaltes), sondern sie verursachen auch ganz erhebliche Opportunitätskosten insofern, als der Volkswirtschaft all derjenige Nutzen entgeht, den diese Unternehmer und Arbeitnehmer stiften könnten, wären sie produktiv tätig.

Unternehmerische Leistung und Arbeitskraft aber ist insbesondere erforderlich, um umweltverträgliche Technologien zu entwickeln und umweltverträgliche Techniken anzuwenden. So kann es dazu kommen, daß menschliche Leistungsfähigkeit, die an sich dringend und insbesondere aus ökologischen Gründen gebraucht wird, nutzlos "herumsteht" und aufwendig "durchgefüttert" wird, und zwar auch, weil durch den Zins ein zu hoher Rentabilitätsstandard gesetzt wird.

4. Wachstumszwang

Eines der auffälligsten Symptome unseres Wirtschaftsgeschehens ist, daß unsere Wirtschaft offenbar nur dann "gesund" ist und Vollbeschäftigung erwarten läßt, wenn sie stetig wächst. Das widerspricht so sehr allen biologischen, systemischen und ökologischen Einsichten, daß dahinter ebenfalls ein tiefsitzender Strukturmangel im ökonomischen System zu vermuten ist.

Tatsächlich: Wenn eine einzelne Unternehmung mikroökonomisch nur dann "rentabel" arbeitet, wenn sie Bestandsvermehrung nach Maßgabe des Rentabilitätsmaßstabes "Zins" erwirtschaftet, dann können auch alle Unternehmungen zusammen makroökonomisch nur "rentabel" arbeiten und durchhalten, wenn sie dem Bestandsvermehrungs – Kriterium genügen.

Wenn aber die Kapitalien aller mikroökonomischen Produktionseinheiten ungefähr so wachsen müssen wie Finanzkapital bei Wiederanlage der Erträge, dann "muß" auch die gesamte Volkswirtschaft entsprechend wachsen. Die Wirtschaft kann die Verzinsung der eingesetzten Kapitalien nur dann dauerhaft und nachhaltig erwirtschaften, wenn sie entsprechend wächst. Und auch dieser widernatürliche Wachstumszwang lenkt den Blick auf die Kriterien ökonomischer Rentabilität und auf den Zins des Geldes.

III. Liquiditätstheoretische Analyse von Zins und Kapital

Insgesamt also bestätigen sich jene Hypothesen, die besagen, daß hinter den Symptomen der Umweltunverträglichkeit unserer Wirtschaft vielfach als Ursache auch der Rentabilität/Zins-Komplex wirksam ist. Wer die Symptome insoweit theoretisch begreifen will, muß sich mit diesem Ursachenkomplex auseinandersetzen, und wer ihnen praktisch beikommen will, muß Techniken entwickeln, die es gestatten, die Infrastruktur der Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität und Kredit praktisch zu verändern, und zwar, wie schon angedeutet wurde, im Sinne einer sowohl ökonomischen, marktwirtschaftlichen, als auch ökologischen Optimierung.

Die Einsichten, um die es dabei geht, sind zwar elementar, einfach und einleuchtend. Und doch handelt es sich um einen der schwierigsten Teile der Aufklärungsarbeit, die im Grenzbereich zwischen Ökonomie und Ökologie zu leisten ist. Das klingt paradox, hat aber seinen Grund darin, daß, frei nach *John Maynard Keynes*, nicht die neuen Ideen schwierig sind, wohl aber schwierig ist, den alten Vorstellungen zu entkommen.

Dank des täglichen Umganges mit Geld und Kapital haben sich tief eingeschliffene, bis zur Bewußtlosigkeit abgesunkene Vorstellungen von und zu allem gebildet, was mit Kredit, Kapital, Zins und Rendite zusammenhängt. Bis in die tiefsten Tiefen praktischer Routinen des Wirtschaftens und theoretischer Denk- und Wahrnehmungsgewohnheiten sind wir alle vorstrukturiert und vorprogrammiert darauf, die Zusammenhänge weiterhin so zu sehen, wie wir sie bisher zu sehen gewohnt sind.

1. Das gewohnte Bild

Wer sich aus dem geistigen Käfig befreien will, in dem er sitzt, tut gut daran, sich des Käfigs zunächst selbst einmal bewußt zu werden. Wie also sieht das geistige Gefängnis aus, in dem wir mit unseren ökonomischen Vorstellungen von Geld, Zins, Kapital usw. sitzen?

Wenn wir einen Kredit aufnehmen, zahlen wir für die Laufzeit des Kredites Zinsen. Das erscheint uns so selbstverständlich, wie daß die Sonne auf- und untergeht. Als Unternehmer verbuchen wir diese Zinsen meist als "Kapitalkosten". Solches "Finanzkapital" wiederum muß man aufnehmen, wenn man noch kein Geld, noch keine monetär verflüssigte Kaufkraft hat. Das sind

wir so sehr gewohnt, wie daß wir ein- und ausatmen. Die Zinsen, die wir zahlen, sind die Gegenleistung für die zeitweilige Überlassung von "Kapital". Wer daran zweifelt, ist nicht ganz normal.

Als Preis für Kapital haben die Zinsen eine wichtige Lenkungs- und Allokationsfunktion in der Marktwirtschaft. Wer daher den Zins in Frage stellt, kennt die Mechanismen der Marktwirtschaft nicht und kann daher nicht ernstgenommen werden. Außerdem haben schon größere Geister in der mehrtausendjährigen Geschichte des Nachdenkens über die Gesellschaft und ihre Ökonomie sich mit dem Geld, dem Zins und dem Kapital befaßt, so daß nicht heute irgendjemand dahergelaufen kommen kann mit dem vermessenen Anspruch, den Stein des Weisen gefunden und die Probleme geklärt zu haben, an denen ganz andere gescheitert sind.

2. Widersprüche in der ökonomischen Theorie

a) Das "gewohnte Bild", das soeben gezeichnet wurde, beherrscht weitgehend auch die Hintergrundvorstellungen in den Köpfen von Fachökonomien, die über Geld, Kapital und Zins nachdenken oder schreiben. Dazu gehört dann z.B. die Annahme, der Zins sei Preis für "Gegenwartspräferenz", die sich in der Kreditaufnahme äußere, oder für "Produktionsumwege", und zugleich Belohnung der "Abstinenz" oder "Zukunftspräferenz" von Kreditgebern.

Nach den Alltagsvorstellungen, nach tief eingeschliffenen kapitaltheoretischen Überlegungen und nach der Theorie der Gegenwartspräferenz oder der Produktionsumwege ist der Zins also Preis für *Kapital*, Preis für die Ausübung einer *Gegenwartspräferenz*, kurz: Preis für die *vorzeitige Inanspruchnahme von Kaufkraft*.

Nach alledem erscheint der Zins jedenfalls *nicht* als Preis für etwas ganz anderes, nämlich *nicht* als Preis für *monetäre Liquidität*.

"Liquidität" nämlich ist diejenige Eigenschaft von Gütern, die ihre Tauschbarkeit ausmacht. Ein Gut ist umso liquider, je tauschbarer es ist. So gesehen erscheint Geld als der Idealtyp eines liquiden Gutes. Geld ist nicht nur Tauschkraft, wie sie in anderen tauschbaren Gegenständen auch verkörpert ist, sondern Geld ist Kaufkraft in Form perfektionierter Liquidität. Aber offenbar bezahlt ein Kreditnehmer, der ein Konsum- oder Investitionsgut erwirbt, mit dem Zins gerade nicht für Liquidität, sondern für die Nutzung des Gutes, das er mit der "geliehenen Kaufkraft" erwirbt: für das "Kapital"! – Oder nicht?

b) Die Fachökonomien, insbesondere die Geldtheoretiker, sind sich seit *Keynes* durchweg einig, daß Zins etwas mit Liquidität zu tun hat. Zins ist danach *doch* der Preis für *monetäre Liquidität*, nämlich der Preis, den ein Kassehalter dafür verlangen kann, daß er zeitweilig auf den Nutzen einer vollen Kasse verzichtet: den Nutzen der Transaktionskasse, Spekulationskasse und Vorsichtskasse. Dementsprechend erscheint der Zins auch als der Preis, den der Kreditnehmer dafür zahlt, daß er zeitweilig in den Genuß des

Nutzens einer vollen Kasse kommt, nämlich in den Genuß des Nutzens einer Transaktionskasse, Spekulationskasse oder Vorsichtskasse.

Befragt man also die Fachökonom, was Zins sei, so erhält man eine zwiespältige Antwort:

- Der Zins ist Preis für Finanzkapital; der Zins ist Preis der Gegenwartspräferenz; es handelt sich um die Kosten von Produktionsumwegen.
- Der Zins ist doch auch das alles nicht, sondern vielmehr der Preis für die Inanspruchnahme von monetärer Liquidität.

c) Wie läßt sich das erklären: Alle Praxis, alle Anschauung, alle Erfahrung und ein großer Teil der theoretischen Vorstellungen sagt, der Zins sei etwas, das man für *Kaufkraft*, für *Kapital* zahlt, und weder ein Geldgeber noch ein Hypothekenschuldner, der jahrelang Zinsen zahlt, hat irgendeinen Anlaß, das anders zu sehen. Ebenso offensichtlich ist es auch, daß Zins, schaut man auf den Vorgang der Kreditvergabe, der Preis für die (zeitweilige) Überlassung monetärer *Liquidität* ist. Wie läßt sich das zusammenbringen? Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären?

3. Liquiditäts- und kredittheoretische Klärung

Immer wieder einmal treten im Verlaufe der Geschichte von Wissenschaften Widersprüche auf, die der Erklärung bedürfen. Meist sind es sogar solche Anomalien und Widersprüche, die der Fachwissenschaft zu einem neuen Erkenntnissschub verhelfen.¹ In der Regel erweist sich in solchen Fällen, daß die fachwissenschaftlichen Modellvorstellungen, die den Hintergrund der Theorien abgeben, dem Gegenstand nicht ganz entsprechen, um den es geht, – sei es, daß Grundannahmen unzutreffend sind, sei es, daß sachlich gebotene Differenzierungen nicht abgebildet werden. Die widersprüchlichen Deutungen des Zinses klären sich, wenn man sich den Vorgang der Kreditvergabe genauer anschaut und einige Differenzierungen vornimmt.

a) Angenommen, ein Unternehmer beabsichtige, seine *Kassehaltung* um 1 000 DM zu erhöhen. Angenommen weiter, er muß sich diese liquiden Mittel leihen. Dann ergibt sich folgendes Bild: Für den ökonomischen Nutzen, den ihm die zusätzlichen 1 000 DM in seiner Transaktions-, Spekulations- oder Vorsichtskasse bringen, hat er Aufwendungen in Höhe der Zinsen, die er dafür zahlt. Reduziert er nach fünf Jahren seine durchschnittliche Kassehaltung wieder um 1 000 DM und zahlt er das geliehene Geld zurück, dann entfallen auch die mit dieser zusätzlichen Liquidität verbundenen Kosten.

1) Näheres zu diesem wissenschaftswissenschaftlichen "Paradigma"-Problem der Ökonomie: Werner Onken, Die Ökonomie am Vorabend ihrer zweiten Revolution, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 60. Folge, 21. Jahrgang (März 1984), S. 10–22.

In diesem Falle also ist klar: Der Zins erscheint als Preis für die zeitweilige Überlassung bzw. die zeitweilige Inanspruchnahme von monetärer Liquidität. (Nur insoweit, wie die 1 000 DM in der Kasse ein Aktivum sind und zum Kapital gerechnet werden, erscheinen die Zinsen allerdings auch ganz allgemein als "Kapitalkosten". Konkret aber sind sie "Liquiditätskosten").

b) Angenommen, unser Unternehmer besorgt sich die 1 000 DM nicht, um seine Kassehaltung zu erhöhen, sondern, um irgend ein *Sachkapital* zu erwerben. In diesem Fall nimmt er den Kredit auf, um eine wirtschaftliche Transaktion abzuwickeln, nämlich ein Investitionsgut zu kaufen. Auch in diesem Falle besorgt er sich kreditweise zunächst *monetäre Liquidität*, und die erhält er nur, wenn er *dafür* den Zins als Preis zahlt. Aber in diesem Falle erfreut er sich nicht lange am ökonomischen Nutzen der Liquidität, sondern bezahlt mit dem Geld das Investitionsgut, das er erwirbt, um in den Genuß des Nutzens dieses Gutes zu kommen.

Von dem Augenblick an, in dem der Unternehmer jetzt das geliehene Geld ausgibt (und ein Dritter in den Genuß des Nutzens der monetären Liquidität kommt), erscheinen ihm die Zinsen konkret nicht mehr als Aufwendungen im Zusammenhang mit seiner Kassehaltung ("Liquiditätskosten"), sondern als Aufwendungen im Zusammenhang mit seinem Investitionsgut.

Am Ende der Laufzeit des Kredites freilich muß unser Unternehmer sich auf irgendeine Weise wieder Geld beschaffen, um dem Kreditgeber nicht irgendetwas, sondern genau das zurückzugeben, was er bekommen hat und wofür er – aus der Sicht des Kreditgebers – während der ganzen Laufzeit des Darlehens auch den Preis bezahlt hat: *monetäre Liquidität!*

c) Die Widersprüche zwischen der *liquiditätsorientierten* und der *kapitalorientierten* Deutung des Zinses klären sich also wie folgt:

- Die liquiditätstheoretische Deutung des Zinses stimmt, was die Einleitung und die Beendigung der kreditweisen Überlassung von Liquidität betrifft. Sie stimmt aus der Sicht des Kreditgebers. Und sie stimmt in jeder Hinsicht genau so lange, wie der Kreditnehmer das geliehene Geld noch oder wieder in der Kasse hat.
- Für die Zeit aber, für die der Kreditnehmer das geliehene Geld als Preis für andere Wirtschaftsgüter ausgibt, erscheint ihm der Zins als Preis für den Nutzen dieses Wirtschaftsgutes, und es scheint, als habe der Zins nichts mehr zu tun mit der monetären Liquidität, sondern mit Kapital und Kaufkraft.

Also scheint auch der Widerspruch gelöst, die Zinsfrage geklärt zu sein. Doch der Schein trügt; es bleiben noch einige Fragen:

Geld in der Kasse als "monetäre Liquidität" vermittelt den ökonomischen Nutzen der Transaktions-, Spekulations- und Vorsichtskasse. Aus der Vermarktung dieses Nutzens entstehen dem Kassehalter Erträge. Woher aber kommt dieser Nutzen? Ist der Nutzen monetärer Liquidität ein ökonomisches *perpetuum mobile*? Und ist es richtig, daß ausgerechnet Kassehalter, die sonst eigentlich nichts weiter für die Volkswirtschaft tun, den Nutzen monetärer Liquidität *gratis* in Anspruch nehmen und vermarkten können?

Und wenn der Unternehmer im zweiten Beispielsfall das geliehene Geld für ein Wirtschaftsgut ausgibt, dann gibt er den Nutzen monetärer Liquidität aus der Hand, und ein Dritter, nämlich der Empfänger, kommt nun in den Genuß dieses Nutzens. Wieso soll dann aber der Unternehmer, der den Kredit aufgenommen hat, den Preis für den Nutzen monetärer Vorteile weiterbezahlen, während die Naturalvorteile der monetären Liquidität längst einem Dritten zur Verfügung stehen?

4. Kapitalkosten als hängengebliebene Liquidisierungskosten

Verfolgt man die zuletzt gestellten Fragen genauer, so zeigt sich: Wer immer eine Geldschuld tilgen will, sei es eine Schadensersatzforderung, sei es der Kaufpreis für ein Investitionsgut, sei es der Kaufpreis eines Konsumgutes, der muß dafür ein Gut opfern. Hat er bereits Geld in der Kasse, dann kann er zahlen und opfert sein Geld.

Hat er andere Güter, so kann er sie versilbern und seine Schuld mit dem Erlös bezahlen. Zu anderen Gütern, die man hat und versilbern kann, gehören auch die Leistungen, die man erst morgen, übermorgen oder erst in einem Jahr erbringen kann. So hat, auch wer heute "eigentlich" nichts hat, doch noch das, was er morgen, übermorgen oder in einem Jahr erarbeitet.

Die zukünftige Leistung kann er jetzt schon verkaufen, indem er sie jemandem *verspricht*, der sie dann später einfordert. In diesem Fall "hat" der Verkäufer *schon heute* anzubieten und "bekommt" der Käufer *schon heute* die *rechtliche gesicherte Erwartung einer zukünftigen Leistung*. Das ist ein *gegenwärtiges Wirtschaftsgut*! Dieses gegenwärtige Wirtschaftsgut kann er schon heute versilbern.

Was immer er auch hat: Bevor er seine Schuld bezahlen kann, muß er es "liquidisieren"; denn "bezahlen" kann man nur mit Geld.

Einen Kredit aufzunehmen, das läuft also darauf hinaus, daß man ein Wirtschaftsgut, nämlich einen Anspruch auf zukünftige Leistung, schon heute liquidisiert, so wie man auch eine goldene Kette, ein Auto oder ein Grundstück durch Verkauf liquidisieren kann. Insoweit bedeutet "Kreditaufnahme" zunächst einmal nichts anderes als den *gegenwärtigen* Verkauf eines *gegenwärtigen* Gutes, nämlich der rechtlich gesicherten (gegenwärtigen) Erwartung einer zukünftigen Geldleistung.

Da der Kreditgeber als Käufer dieser zukünftigen Geldleistung jedoch nicht sicher sein kann, sie auch wirklich zu erhalten, ist der Verkauf als Liquidisierungsvorgang verbunden mit *riskiertem Vertrauen* ("Kredit"). Das kompliziert den Vorgang etwas, verändert aber nichts an seiner Struktur als Prozeß, bei dem ein gegenwärtiges Wirtschaftsgut durch Entäußerung liquidisiert wird.

Der Kreditnehmer bringt die Kaufkraft, die er liquidisiert, also immer schon mit. Er leiht sich nicht *fremde Kaufkraft*, sondern er *liquidisiert* mit fremder Hilfe *eigene* Tauschkraft. Und er bezahlt mit dem Zins folgerichtig nicht für geliehene Kaufkraft, sondern für die erworbene Liquidität. Also bringt der

Kreditnehmer auch immer schon sein eigenes Kapital mit! Und er bezahlt in der Tat seine Zinsen nicht für "fremdes Kapital", sondern nur für die Liquidisierung eigener Güter!

Der Kreditgeber bezahlt mit der *Valuta*, die er übergibt, also für die *zukünftige Leistung*, die er erwirbt. Zugleich aber mit dem Preis, den der Kreditgeber dem Kreditnehmer für die zukünftige Geldleistung zahlt (Kaufkraft-nennwert), überläßt er ihm schon heute den ökonomischen *Nutzen der monetären Liquidität* (Liquiditätswert), und dafür muß der Kreditnehmer während der gesamten Laufzeit des Darlehens den *Zins* als Preis zahlen. So erscheint für ihn der Zins als Preis für die Liquidisierung eines zuvor nicht liquiden Wirtschaftsgutes. Insofern sind Zinsen Liquidisierungsaufwendungen.

Gibt der Kreditnehmer das Geld, das er im Gegenzug für eine zukünftige Geldleistungspflicht erhalten hat, wieder aus, dann wird der erste Befund, daß Zinsen Liquidisierungskosten sind, von dem zweiten Befund überlagert und verdeckt, daß die Zinsen als Aufwendungen im Zusammenhang mit demjenigen Wirtschaftsgut erscheinen, das mit dem Geld erworben wird: als Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Konsum, als Aufwendungen im Zusammenhang mit der Tilgung einer Schadensersatzverbindlichkeit oder als Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Investitionsgutes.

So bleiben dann die Liquidisierungskosten als Kosten anderer Wirtschaftsgüter beim Kreditnehmer hängen: *Kapitalkosten als "hängengebliebene Liquidisierungskosten"*. Wie die Liquidität für den einen kostspielig ist, so ist für ihn dann auch der Nutzen wirtschaftlicher Güter aufwendig; und so wie für den anderen die Liquidität gratis ihren Nutzen verströmt, so verströmen für ihn auch die damit erworbenen Wirtschaftsgüter ihren Nutzen gratis.

Wie das Geld, so die Güter! Ist das Geld zinsträchtig, so sind es auch die Güter. Ist das Geldwesen dank des Zinses "kapitalistisch", so ist auch die übrige Wirtschaft "kapitalistisch".

Die Nützlichkeit und Kostspieligkeit der monetären Liquidität bestimmt die Nützlichkeit und Kostspieligkeit von Wirtschaftsgütern. Der Grenznutzen des Finanzkapitals setzt den Standard für den Grenznutzen von Sachkapital. Das Sachkapital muß Rendite abwerfen, weil Geld Zins abwirft; nicht etwa wirft das Geld Zins ab, weil Sachkapital nützlich ist. So sehr die Knappheit oder der Überfluß von Sachkapital von Einfluß sein mögen auf die Höhe des Zinses, so sicher ist auch, daß die Zinsen (im Sinne der im monetären System generierten Liquidisierungskosten) die eigentliche Ursache für den Umstand darstellen, daß man für die zeitweilige Nutzung von Wirtschaftsgütern so viel oder mehr zahlen muß, wie für die zeitweilige Nutzung monetärer Liquidität.

5. Die Kostspieligkeit von Gegenwartspräferenz

Der Zins wird, wie gesagt, auch als Preis für Gegenwartspräferenz (und damit implizit als Prämie für Zukunftspräferenzen) gedeutet. Jetzt zeigt sich, inwiefern auch diese Deutung des Zinses zugleich richtig und falsch ist.

Da mit monetärer Liquidität der ökonomische Nutzen einer vollen Kasse einhergeht, ist mit monetärer Liquidität ein Nutzenzustrom verbunden: eine Nutzenquelle, die gratis sprudelt. Kein rentabel arbeitendes Wirtschaftssubjekt wird andere aus dieser Quelle trinken lassen, es sei denn, sie vergüten den Nutzenstrom durch einen entsprechenden Geldstrom. Weil das Geld also "Nutzen *pro Zeiteinheit*" vermittelt, bekommt man es nur, wenn man dafür einen "Preis *pro Zeiteinheit*" bezahlt. Und deshalb muß man, wenn man sich andere Güter auf Kredit erwirbt, auch für diese anderen Güter einen zusätzlichen "Preis *pro Zeiteinheit*" bezahlen, und zwar für die Zeit, um die man ihren Erwerb auf Kredit vorverlegt.

Gegenwartspräferenz wird also kostspielig, weil Geld Zinsen kostet, und nicht etwa kostet Geld Zinsen, weil gegenwärtige Güter knapp sind.

Sind einige der gegenwärtig angebotenen Güter knapp, so ist zu erwarten, daß sie auch teuer sind. Ihre Knappheit drückt sich in ihrem Preis aus. Unsinnig dagegen wird es, wenn man auch an Güter, die gegenwärtig *reichlich* vorhanden sind, nur herankommt, wenn man vorher den Zins als Preis für Liquidität zahlen soll, die allerdings knapp ist. Das führt zu einer künstlichen Verteuerung reichlich angebotener Gegenwartsgüter!

Geld freilich ist knapp, und der Gegenwartsnutzen monetärer Liquidität kostet Geld. Das wird nicht bestritten. Im Gegenteil: Diese Struktur von Geld und Kredit ist die Ursache dafür, daß die Gegenwartspräferenz bei anderen (!) Gütern kostspielig ist. Weil man Geld in der Gegenwart nur dann schon nutzen kann, wenn man den Preis dafür zahlt, kann man auch andere Güter in der Gegenwart nur nutzen, wenn man den Eintrittspreis dafür zahlt, den das monetäre System verlangt.

Und umgekehrt: Wer zur Zeit satt und auf den Erwerb von realen Wirtschaftsgütern nicht angewiesen ist, aber Geld übrig hat, verfügt über einen Nutzen von monetärer Liquidität, mit dem er zur Zeit nichts Realwirtschaftliches anfangen kann: Er hat *keinen Transaktionsbedarf*. Also kann er "den Nutzen *pro Zeit*" seiner monetären Liquidität vermarkten und erzielt dafür Erträge. Für ihn ist das Fehlen von gegenwärtigem Bedarf profitabel, weil Geld einen gegenwärtigen Nutzen *pro Zeit* abwirft, und nicht etwa besitzt sein Geld die Eigenschaft, profitabel zu sein, weil er Zukunftsbedarf hat.

Richtig aber ist an der Deutung des Zinses in Kategorien von "Gegenwartspräferenz" und "Zukunftspräferenz", daß man es bei der monetären Liquidität mit einer *Stromerscheinung* zu tun hat, die Nutzen bzw. Aufwendungen *im Verlaufe der Zeit* bewirkt, also relevant wird im Zusammenhang mit Termingeschäften. Falsch an der üblichen Deutung des Zinses ist, daß Ursache und Wirkung verwechselt werden.

6. Funktionswidrige Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität und Kredit

a) Wenn Liquidisierungskosten an nichtliquiden Wirtschaftsgütern in Gestalt von Kapitalkosten hängenbleiben, während der Nutzen der Liquidität eigene Wege geht, – dann ergibt sich ein *monetäres Nutzen-Kosten-Splitting*:

- Es gibt immer wieder Leute, die Geld sich nicht leihen müssen, sondern verleihen können, und die genießen in der Regel den Nutzen der monetären Liquidität, ohne dafür mit Aufwendungen belastet zu sein.
- Und es gibt immer wieder Leute, die sich zum Erwerb von Wirtschaftsgütern Geld leihen müssen, und die bezahlen dann nicht nur den Preis für die (nur kurze Zeit) in Anspruch genommene Liquidität, sondern tragen die mit der Liquidisierung verbundenen Aufwendungen auch dann noch weiter, wenn längst wieder Dritte den Nutzen der Liquidität in Anspruch nehmen.

Also ist im monetären System an zentraler Stelle unserer Wirtschaft der Grundsatz verletzt, daß, wer den Nutzen hat, auch die Kosten tragen soll: Es gibt Liquiditätsnutzen ohne (echte) Kosten (ohne Aufwendungen). Es gibt Liquiditätsnutzen, der mit laufenden Kosten (Aufwendungen) verbunden ist. Und es gibt Aufwendungen für Liquidität, die man gar nicht mehr nutzt. Es gibt also bei der Liquidität:

- "Nutzen ohne Aufwendungen",
- "Nutzen mit Aufwendungen" und
- "Aufwendungen ohne Nutzen".

Das ist das *Nutzen-Kosten-Splitting* im gegenwärtigen System der Versorgung unserer Wirtschaft mit Liquidität und Kredit.

b) Wenn aber an zentraler Stelle unserer Wirtschaft zentrale ordnungspolitische Grundsätze verletzt sind, dann kann zuverlässig erwartet werden, daß das weitreichende negative Folgen auf die gesamte Wirtschaft hat. Sie alle zu verfolgen, kann nicht Aufgabe dieser Untersuchung sein. Wohl aber gilt es, die Auswirkungen des derzeitigen monetären Systems, soweit es das System der Liquiditäts- und Kreditversorgung der Wirtschaft ist, auf die ökonomische Rentabilität als das Kriterium der ökonomischen Rationalität ins Auge zu fassen.

Oben hatte sich ergeben, daß die "relative" (gängige ökonomische) Rentabilität genau in dem Maße von der "absoluten" oder auch "natürlichen" Rentabilität abweicht, wie der Zinssatz höher als Null Prozent ist. Daß aber Wirtschaftsgüter sich nach Maßgabe des Zinssatzes rentieren müssen, hängt damit zusammen, daß die Liquidisierungskosten, die im derzeitigen Liquidisierungssystem anfallen, als Kapitalkosten bei dem Wirtschaftsgut hängenbleiben, das auf Kredit erworben wird und seine Kosten einbringen muß, um sich zu rentieren.

Umgekehrt läßt sich sagen: Die relative Rentabilität nähert sich der absoluten oder natürlichen Rentabilität in dem Maße an, wie es gelingt, diejenigen Liquidisierungskosten, die beim Kreditnehmer als Kapitalkosten "hängenbleiben", verschwinden zu lassen. Zugleich würde damit das ökonomische Nutzen-Kosten-Splitting im Liquiditätssystem beseitigt und würde sich die ökonomische Rentabilität auch der ökologischen Rationalität annähern.

Damit ist genau der strategische Punkt identifiziert, bei dem praktisch angesetzt werden muß, wenn man sowohl die ökonomische Rationalität als

solche verbessern als auch zugleich die ökonomische der ökologischen Rationalität annähern will: Es bedarf eines Systems der Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität und Kredit, bei dem Liquidisierungskosten immer nur von dem bezahlt werden, der Liquidität in Anspruch nimmt, und bei dem Liquidisierungskosten nicht als künstliche, nämlich im Liquiditätssystem generierte Kapitalkosten hängenbleiben.

IV. Optimale Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität und Kredit

1. Volkswirtschaftlicher Hintergrund

Das folgende Konzept gründet wie die bisherige Analyse auf liquiditätstheoretischen Fundamenten, die hier nicht in ihren Einzelheiten beschrieben werden können.² Zur Vervollständigung des Bildes sei jedoch auf Folgendes hingewiesen: Die Münzen, die Banknoten und die Giralgeldkonten sind nur die materiellen bzw. organisatorischen Voraussetzungen für die Emission von Zahlungsmitteln. Dieses *technisch* bereits ermittelte Bar- oder Giralgeld wird *ökonomisch* erst wirksam, wenn die Wirtschaftssubjekte es im Gegenzug für realwirtschaftliche Transaktionen *ausgeben* (Alienabilität des Geldes) und *annehmen* (Akzeptabilität des Geldes). Um monetäre, volkswirtschaftlich wirksame Liquidität zu produzieren, genügt nämlich nicht die Emission des Zahlungsmittels. Es muß vielmehr hinzukommen, daß das Geld auch zur Transaktionszwecken ausgegeben und angenommen wird.

Nur Geld, das zu *Transaktionszwecken* die Hand (oder die Konten) wechselt, "fließt" und bringt die Volkswirtschaft in Zirkulation. Wesentliche Mitproduzenten volkswirtschaftlicher Liquidität sind daher alle diejenigen Wirtschaftssubjekte, die das jeweilige Zahlungsmittel im wirtschaftlichen Verkehr ausgeben und annehmen. So gesehen handelt es sich auch bei dem Nutzen der Liquidität (Transaktions-, Spekulations- und Vorsichtskasse) nicht um ein monetäres perpetuum mobile, das ökonomischen Nutzen verströmt, der aus dem Nichts herkommt, sondern um einen monetären Nutzen, den alle diejenigen in der Volkswirtschaft mitproduzieren, die Geld als Produzenten und Konsumenten ausgeben und annehmen.

Um so verwunderlicher ist es dann, daß den Nutzen aus der volkswirtschaftlichen Liquiditätsproduktion auch und gerade diejenigen haben, die die Produktion volkswirtschaftlicher Liquidität stören, indem sie Geld in der Kasse festhalten (Nutzen der Liquidität als solcher) oder die Liquiditätsproduktion nur gegen eine Art Lösegeld wieder freigeben, nämlich ihr Geld gegen Zins verleihen (Vermarktung des Liquiditätsnutzens).

2) Dazu mit Nachweisen: Dieter Suhr/Hugo Godschalk, Optimale Liquidität. Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept. Frankfurt: Fritz Knapp 1986.

Verwunderlich ist auch, daß ausgerechnet diejenigen, die das Geld für ihre Transaktionszwecke verwenden und dabei Liquidität produzieren, Zinsen zahlen sollen, wenn sie es für die Abwicklung von Transaktionen in Anspruch nehmen, und zwar Zinsen nicht nur für die Dauer, während derer sie die Liquidität bereithalten, sondern ausgerechnet auch dann noch, wenn sie das geliehene Geld wieder ausgegeben und genau dadurch Liquidität produzieren: Hier bezahlen die Produzenten dafür, daß sie ihr Produkt produzieren, an diejenigen, die ihnen die Produktion durch Zinsbelastungen erschweren!

Um nun bei der Liquidität dem Grundsatz zur Geltung zu verhelfen, daß, wer den Nutzen hat, auch die Kosten tragen soll, und daß, wer etwas produziert, auch den Nutzen des Produzierten genießen soll, muß eine Methode der Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität gefunden werden, bei der gerade nicht diejenigen mit Zinsen bestraft werden, die Transaktionen abwickeln, sondern umgekehrt diejenigen mit Kosten belastet werden, die den Prozeß, in dem die Wirtschaftssubjekte Liquidität durch Ausgeben und Annehmen von Geld produzieren, unterbrechen und stören, indem sie Kasse halten und daraus Nutzen in Gestalt des Nutzens der Liquidität oder der Erträge aus ihrer Vermarktung haben.

Noch einmal anders, und zwar wohlfahrtsökonomisch ausgedrückt: Der volkswirtschaftliche Prozeß, in dem die Wirtschaftssubjekte durch Ausgeben und Annehmen von Geld Liquidität produzieren, erzeugt bei Kassehaltern "positive externe Effekte" in Gestalt des Liquiditätsnutzens von Geld in der Kasse oder auf dem Konto. Diese "positiven externen Effekte" bewirken, daß das wohlfahrtsökonomische Optimum in der Volkswirtschaft verfehlt wird. Es gilt nun, durch geeignete Techniken der Versorgung der Wirtschaft mit Kredit und Liquidität sicherzustellen, daß diese "positiven externen Effekte" bei den Kassehaltern und Geldanlegern entweder vermieden oder wieder "internalisiert" werden.

2. Hoheitlicher Umlaufzwang oder Wettbewerb der Liquidisierungsdienste?

Für monetäre Liquidität "nach Maß" gibt es zwei Strategien:

a) Wenn man zu den hier behandelten monetären Problemen auf einen Weg kommt, der vom *Warengeld* (von der Edelmetallwährung) her über das *Bargeld* in Form von Banknoten und Münzen hin zur staatlichen Theorie des Geldes verläuft, – wenn man also mit seinen monetären Vorstellungen noch stark dem herkömmlichen, *verdinglichten* Geld verhaftet bleibt, das auf Grund eines staatlichen Geldmonopols der Zentralbank ausgegeben wird, dann kann man sich die fällige Lösung des liquiditäts- und kredittechnischen Problems auch kaum anders denken als eben in der Vorstellungswelt der "staatlichen Theorie vom Geld": nämlich in der Gestalt, daß dem (hoheitlich emittierten) Bargeld eine (hoheitliche) Abgabe mit auf den Weg in die Zirkulation gegeben wird (hoheitlicher Umlaufzwang durch staatliche Geldsteuer). Oder man denkt daran, Serien von Banknoten von Zeit zu Zeit auf-

zurufen und umtauschen zu lassen (hoheitlicher Umtauschzwang, wiederum verbunden mit hoheitlichen Abgaben).

Hinter allen diesen Vorstellungen stecken gerade keine liquiditätstheoretischen Einsichten in die Marktmechanismen, sondern eher mechanistische Gedanken eines "Umlaufzwanges", und selbst eifrigste Verfechter möglichst freier Märkte und eifrige Gegner staatlich-öberrkeitlicher Maßnahmen entdecken dabei ihre Sympathie für den Staat. Das Wort "Umlaufzwang" drückt sehr gut aus, worum es diesen Geldreformern geht.

Ich nenne diese erste hoheitlich ausgerichtete Strategie einmal die *staatliche oder etatistische Variante* für die Optimierung der Liquiditätsversorgung.

b) Man kann sich jedoch dem hier einschlägigen monetären Problem auch von einer ganz anderen, ökonomischen, marktwirtschaftlichen Seite nähern. Von daher erscheint dann das vertraute Bargeld (Banknoten und Münzen) nur als eine besondere, geschichtliche Erscheinungsform von Verrechnungsverfahren, die im Zuge der Ökonomisierung des Tausches volkswirtschaftlich ausgebildet werden.³ Mit Hilfe des Geldes erbringt eine Volkswirtschaft an sich selbst *Liquidisierungsdienste*, die produziert werden müssen, also Kosten verursachen, und einen Nutzen mit sich bringen, nämlich insbesondere Informations- und Transaktionskosten ersparen.

Wenn es sich aber bei der Transaktionsbereitschaft, die durch Bargeld, aber eben gerade auch nicht nur durch Bargeld, vermittelt wird, um volkswirtschaftliche Dienstleistungen handelt, dann sollten sie auch nach dem Prinzip vertrieben werden, das sonst die Volkswirtschaft beherrscht, wenn man marktwirtschaftlich vorgeht: Liquidisierungsdienste sollte bezahlen, wer sie in Anspruch nimmt. Liquidisierungsdienste sollte entgolten bekommen, wer sie erbringt (und das sind, wie gesagt, gerade nicht nur die Emittenten und erst recht nicht die Kassehalter oder gar Geldanleger!).

Für die *wettbewerbswirtschaftliche Lösung* des Problems, die Volkswirtschaft optimal mit Liquidität und Kredit zu versorgen, gibt es inzwischen ein komplettes Konzept: die *Oeconomia Augustana*.⁴

c) Es sei dem Leser selbst überlassen, von welchem Ansatz her er das Problem der "optimalen Liquidität" angehen und welche hoheitliche oder marktwirtschaftliche Strategie der Optimierung er verfolgen will.

Dabei muß freilich auch bedacht werden, daß die etatistische Lösung, die ohne staatlichen Zwang nicht möglich ist, nur mit Hilfe des Staates verwirklicht werden kann. Optimale Liquidität bleibt dann auf jeden Fall wenigstens so lange ein Traum, wie es nicht gelingt, die ganze politische Maschinerie des Staates entsprechend in Bewegung zu versetzen. Das wettbewerbliche Konzept jedoch knüpft bei dem wirtschaftlichen Interesse der Wirtschafts-

subjekte an und kann im Rahmen des geltenden Rechts und ohne jeden Verstoß gegen das Noten- und Münzmonopol des Staates praktisch sofort verwirklicht werden.

Weiter fragt sich, ob auch für die Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität wenigstens teilweise das gilt, was gerade in Bezug auf Ökonomie und Ökologie gesagt worden ist: daß nämlich *der Markt* "die einzige wirtschaftliche Ordnungsform (ist), in der sich der sozialökonomische Organismus selbsttätig organisieren, steuern und heilen kann".⁵

d) In jedem Falle bleibt freilich das Problem, die wirksame Geldmenge so zu beherrschen, daß es weder zu Deflation noch zu Inflation der Währung kommt. Die Brisanz des Problems kommt daher, daß die Zentralbank nur die Bargeldmenge, nicht auch das Giralgeld direkt unter Kontrolle hat. Die Geschäftsbanken dürfen zwar ebensowenig wie Herr Jedermann Banknoten drucken, aber sie emittieren Giralgeld (Liquiditätsschöpfung).

Bei der Schaffung (und Vernichtung) von Geschäftsbankenliquidität laufen die Kreditinstitute nur am lockeren Zügel der Mindestreservesätze und müssen bankbetriebswirtschaftliche Grundsätze beachten. Um den Banken einerseits ihre Giralgeldtechniken zu lassen, andererseits aber die Geldmenge unter Kontrolle zu halten, hat schon *Irving Fisher*⁶ und hat später *Milton Friedman*⁷ das 100 % - Reservesystem vorgeschlagen.

Ob bei einer Liquiditätsversorgung nach dem Modell der *Oeconomia Augustana* sich auch das Geldmengenproblem entschärft, nämlich ökonomisch - marktmäßig über Preismechanismen reguliert, bleibt zu prüfen.

3. Annäherung von ökonomischer und ökologischer Rationalität

Am Ausgangspunkt schien es, als stünde das ökonomische Rentabilitätsprinzip, das den Kern der "ökonomischen Rationalität" menschlichen Verhaltens konstituiert, im Widerspruch mit der Ökologie. Bei genauerer Betrachtung jedoch zeigte sich, daß die Rentabilität ein relativer Maßstab ist und daß die Unverträglichkeit der ökonomischen Rentabilität mit ökologischen Anforderungen vor allem daher rührte, daß mit dem Geldzins ein künstlich hoher Rentabilitätsstandard gesetzt wird.

5) *Hans Doerner/Werner Onken*, An der Wende von einer mechanistischen zu einer ganzheitlichen Ökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 67. Folge, 22. Jahrgang (Dezember 1985), S. 18 - 30, 25.

6) Näheres *Albert G. Hart*, The "Chicago Plan" of Banking Reform, in: The Review of Economic Studies, Vol. II, 1934 - 1935, Reprint New York 1959, S. 105 - 116; *Irving Fisher*, 100 % Money, New York, Adelphi Company 1936. Neuerdings ähnlich: *Rolf Gocht*, Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung, Berlin 1975.

7) *Milton Friedman*, A Program for Monetary Stability, New York: Fordham University Press, 1959, S. 68 - 76, 101.

3) Siehe z.B. *Hugo Godschalk*, Die geldlose Wirtschaft - Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club, in: Bankhistorisches Archiv, 10. Jg. (1984), Heft 1, S. 54 - 74.

4) *D. Suhr/H. Godschalk*, a.a.O., S. 137 - 147, und unten S. 70ff.

Im Verlaufe der Untersuchung hat sich weiter gezeigt, daß der künstlich hohe Rentabilitätsstandard, der ökologisch besonders bedenklich erscheint, auch ökonomisch dysfunktional ist. Er sorgt dafür, daß nicht nur auf jeden Fall das ökologische, sondern sogar das ökonomische Optimum verfehlt wird. Wenn es demnach gelingt, den Rentabilitätsstandard, der mit dem Geldzins gesetzt wird, durch optimale Kredit- und Liquiditätsversorgung in Richtung auf Null Prozent herunterzufahren, dann werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: die ökonomische Irrationalität im bisherigen (relativen) Rentabilitätsprinzip wird beseitigt, und im Gleichschritt damit werden die Unverträglichkeiten zwischen Ökonomie und Ökologie, soweit sie ihre Ursache im künstlich überhöhten Rentabilitätsstandard haben, abgebaut.

Hier ist ganz bewußt nicht von einer endgültigen "Konvergenz" von ökonomischer und ökologischer Rationalität die Rede. Es ging hier nur um die monetären Voraussetzungen ökologischen Wirtschaftens und nicht etwa um eine allumfassende Lösung des Problems "Ökonomie und Ökologie". Unter den vielen weiteren Problemen, die in diesem Bereiche zu lösen sind, ist wohl das wichtigste, daß die rechtlichen Voraussetzungen ökologischen Wirtschaftens verbessert werden: Solange nicht mit den Mitteln des Rechts dafür gesorgt ist, daß, wer den Nutzen hat, auch den Schaden tragen muß, – daß, wer Risiken verursacht und daraus Vorteile hat, ökonomisch auch zur Rechenschaft gezogen werden muß, wenn sich die Risiken realisieren und leibhaftig in Gestalt von Störungen und Schaden daherkommen, – solange vielmehr mit Hilfe des Rechts dafür gesorgt ist, daß der Nutzen weitgehend privatisiert ("internalisiert"), der Umweltschaden aber durch Risikostreuung auf die Umwelt sozialisiert ("externalisiert") werden kann, – solange sind wir auch von einer wirklichen Konvergenz von Ökonomie und Ökologie noch weit entfernt.

Durch Selbsthilfe zu Wirtschaftsbelebung und Arbeitsplätzen

Konzept für eine optimale Kredit- und Liquiditätsversorgung

- I. In der wirtschaftlichen Sackgasse?
- II. Die Marktlücke im Transaktionssystem der Wirtschaft
- III. Optimale Kredit- und Liquiditätsversorgung durch die Geschäftsbanken
- IV. Das unternehmerische Konzept
- V. Wirtschaftsbelebung und Arbeitsplätze

I. In der wirtschaftlichen Sackgasse?

Gegen die Arbeitslosigkeit scheint kein Kraut gewachsen zu sein. Die Aussichten sind eher düster als hoffnungsvoll.

1. Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik wird zwar einiges erwartet. Aber die Erfahrungen mit den bisherigen Mißerfolgen sind nicht ermutigend. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Probleme weiterhin über die Kraft der landläufigen Wirtschaftspolitik gehen: so, als habe man es trotz vieler gutgewollter Überlegungen und Versuche immer wieder nur mit den Symptomen der Krise zu tun, nicht mit ihren Ursachen, und so, als seien die Ursachen schicksalhaft und nicht zu packen.

Doch dafür, daß die Wirtschaftspolitiker sich nicht recht zu helfen wissen, darf man nicht zu hart mit ihnen ins Gericht gehen. Für die Analyse und für die Entwicklung fundierter praktischer Vorschläge nämlich sind nicht so sehr die Politiker selbst, als vielmehr ihre fachwissenschaftlichen Berater zuständig.

2. Wirtschaftswissenschaft

Von den Wirtschaftswissenschaftlern haben die Wirtschaftspolitiker aber offenbar auch nicht viel Hilfe zu erwarten. Die Meinungen, Analysen und Vorschläge der Wissenschaftler sind so unterschiedlich und divergierend, daß man als praktischer Politiker ihrem Rat kaum mehr vertraut als dem eigenen Wirtschaftsverständnis.

Zwar gibt es einen weitverbreiteten, freilich ebenfalls nicht unbestrittenen Konsens dahin, daß die Löhne zu hoch seien, daß deshalb die Arbeit zu teuer sei und daß man sich daher nicht wundern dürfe, wenn die Nachfrage nach diesem kostspieligen Gut hinter dem Angebot zurückbleibe. Diese Diagnose hat einiges für sich, aber eben wiederum nur einiges. Sie ist plausibel, solange man auf die symptomatischen Erscheinungen der Krise schaut, ist aber ungenügend, wenn man nach weiteren noch tiefer sitzenden, strukturellen, ordnungspolitisch zu beeinflussenden Ursachenzusammenhängen fragt.

3. Praxis

Doch möchte ich hier gerade nicht Politik und Wissenschaft weiter kritisieren, sondern das Augenmerk auf die wirtschaftliche, unternehmerische Praxis selbst lenken. Nicht zu Unrecht heißt es doch: "Die Praxis ist oft klüger als die Theorie."

Ist wenigstens die wirtschaftliche Praxis selbst wendiger und findiger als es die Politik und die Wissenschaft sind? Ganz besonders, wenn man an wirtschaftliche Fragen mit einigem Vertrauen auf marktwirtschaftliche Selbstordnungskräfte herangeht, mag man hier überlegen, ob die Wirtschaftssubjekte nicht am ehesten selbst Wege und Mittel finden können, um sich selbst und damit zugleich der Wirtschaft insgesamt zu helfen.

In der Tat: Anders als bemühte Wirtschaftspolitiker und auch findiger als eifrige Wirtschaftswissenschaftler sind die handelnden Wirtschaftsteilnehmer selbst längst dabei, mit einem Defekt im Transaktionssystem unserer Wirtschaft fertigzuwerden. Sie bemühen sich an einer Stelle, wo unbedingt Öl ins Getriebe gehört, damit der Verkehr wieder fließt und die Räder noch oder wieder rollen. Unternehmer und Händler sind auch schon damit beschäftigt, den Defekt zu beheben, sei es durch Ausweichmanöver, sei es durch einschlägige Dienstleistungen.¹

Diesen wachsam und flexiblen Praktikern der Wirtschaft und des Marktes brauchen wir jetzt nur über die Schulter zu schauen. Dann ist zweierlei zu erkennen: Erstens, daß es sich um ein allgemeines Problem, um eine allgemeine Marktlücke handelt; zweitens, daß der einschlägige Bedarf in der diagnostizierten Marktlücke nach wie vor auf eine weder volkswirtschaftlich noch betriebswirtschaftlich optimale Weise befriedigt wird.

Das mag alles nicht recht glaubwürdig klingen. Kann man denn die Wirtschaft durch Einführung eines neuen Produktes des Dienstleistungssektors sanieren? – Heißt es aber nicht auch oft: "Was wir brauchen, sind neue Ideen."? Hier wird so ein neuer Ansatz geboten. Dafür, daß es sich nicht nur um die Spinnerei eines selbsternannten Wirtschaftsbesserers handelt, soll die Tatsache bürgen, daß dieser Ansatz der handfesten wirtschaftlichen

Wirklichkeit selbst entnommen wird. Man muß nur in einer bestimmten Richtung ein wenig weiterdenken und weiterhelfen, wo diese wirtschaftliche Wirklichkeit schon selbst ein Stück des Weges zurückgelegt hat. Die Praxis zeigt, wo der Mangel, der Defekt im System zu suchen ist; und dann fällt es nicht mehr schwer, der Ursache auf den Grund zu gehen und den Defekt zu beheben.

II. Die Marktlücke im Transaktionssystem der Wirtschaft

1. Kompensationsgeschäfte

Im Wirtschaftsverkehr mit und zwischen überschuldeten oder sonst finanzschwachen Ländern finden in den vergangenen Jahren mehr und mehr Kompensationsgeschäfte, also Tauschgeschäfte statt: wirtschaftliche Transaktionen, bei denen die Beteiligten nicht als Käufer oder Verkäufer auftreten, sondern als Tauschpartner, die im direkten Tausch oder auf Umwegen im Ringtausch ihre Güter in Verkehr bringen.

Was zeigt diese Tauschpraxis? Sie zeigt, daß es in einigen Bereichen der Wirtschaft einen ökonomischen Transaktionsbedarf gibt, den die Betroffenen auf einem an sich veralteten Wege befriedigen. Sie tauschen ohne Geld, anstatt daß sie mit Hilfe von Geld verkaufen und kaufen.

Wie aber kommen Wirtschaftsteilnehmer dazu, so zu verfahren? – wo die Ökonomen doch sagen, daß das Geld als Tauschmittel Informations- und Transaktionskosten erspare! Offenbar nehmen die Betroffenen die Kosten des archaischen Tauschverfahrens in Kauf, um überhaupt noch in Verkehr miteinander treten zu können oder zu bleiben. Dann aber fragt sich: Versagt dort das monetäre Tauschvermittlungssystem?

2. Barter – Clubs²

In den USA setzen Barter – Clubs wirtschaftliche Güter im Werte von Hunderten von Milliarden US – Dollar um, ohne daß dabei mit US – Dollar bezahlt wird. Ein Barter – Club ist ein Tauschring mit einer Tauschzentrale, in der heutzutage ein Computer steht. Die Zentrale vermittelt den Tausch zwischen den Wirtschaftssubjekten.

Diese Zentralen arbeiten nicht aus Nächstenliebe, sondern um des Profites willen. Die Teilnehmer des Tauschklubs zahlen Maklergebühren in Höhe von etwa 10 % des Umsatzes, und die Klubzentrale macht dabei gute Gewinne. Dieser Ansatz beim Profit für die Barter – Zentrale unterscheidet die Barter – Clubs von dem WIR – Tauschring³ in der Schweiz und seiner

2) F. Kruthaup, Barter – Business, Frankfurt am Main/Bern/New York 1985.

3) K. Walker, Wirtschaftsring, Lauf bei Nürnberg 1959; H. Godschalk, Pilotprojekte zur neutralen Liquidität – WIR – Wirtschaftsring – Genossenschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 68. Folge, 23. Jahrgang, März 1986, S. 19 – 25.

1) Näheres bei D. Suhr/H. Godschalk, Optimale Liquidität, Frankfurt 1986, S. 108ff.

juristisch – wohl zu Unrecht – gescheiterten Nachahmung in Deutschland. Hinter dem WIR standen und stehen andere Motive als hinter den Barter-Clubs. Jedenfalls aber geht und ging es auch nach den Vorstellungen der Initiatoren des WIR-Tauschings um die Deckung eines sonst unbefriedigten Transaktionsbedarfs.

Auch in Deutschland sind Barter-Clubs im Entstehen. Bei uns haben sie freilich mit größeren juristischen Hindernissen zu kämpfen als in den USA, so daß zweifelhaft ist, ob sie auch bei uns die einschlägige Marktlücke so nutzen und den unbefriedigten Transaktionsbedarf in der Wirtschaft so decken können, wie es die Barter-Clubs in den USA tun.

Barter-Clubs stellen (innerhalb gewisser Grenzen) eine private Parallelliquidität zur offiziellen Bargeldliquidität und zur privaten Giralgeldliquidität der Geschäftsbanken dar. Sie schaffen ihre eigene Clubliquidität. Sie haben ihr eigenes Tausch- und Verrechnungsinstrumentarium, ihr eigenes Geld, und zwar insofern, als "Geld" ökonomisch ein *Liquiditäts- und Tauschmittel* ist. Hinsichtlich der *Maßeinheit* jedoch, nach der sie ihre Verrechnungseinheiten stückeln und die Wirtschaftsgüter bewerten, sind die Barter-Clubs regelmäßig Nutznießer ("Trittbrettfahrer") der *offiziellen Währung*. Ein Barter-Club in den USA verrechnet Tauscheinheiten, die dem Dollar an Verrechnungswert entsprechen, und ein Barter-Club in der Bundesrepublik verrechnet Einheiten, die der Tauschkraft der Deutschen Mark (West) äquivalent sind. Die Clubs brauchen kein eigenes Meßsystem für Kaufkraft, weil es schon die offizielle Währung gibt. Sie organisieren nur ihre eigene Liquidität und ihre eigenen Verrechnungssysteme.

3. Unbefriedigter Transaktionsbedarf

Daß Unternehmer einen Transaktionsbedarf haben und eine Marktlücke sehen, die sie mit Maklerdiensten oder im Direkttausch zu schließen versuchen, ist nun das Bemerkenswerte an den geschilderten Vorgängen in der Praxis: Diese Tauschverfahren zeigen an: In der Volkswirtschaft, in der sie praktiziert werden, besteht offensichtlich ein *unbefriedigter Transaktionsbedarf*: ein ungestilltes Bedürfnis der Wirtschaftssubjekte an der Abwicklung von Tauschgeschäften. Die Barter-Clubs produzieren eine Dienstleistung, die diese Marktlücke schließt.

4. Transaktionen ohne Geld

Warum ist das so bemerkenswert? Weil es sich nicht um Spezialmärkte, nicht um Börsen, nicht um Hausmakler handelt, sondern um allgemeine Transaktionen zwischen Wirtschaftssubjekten. Die Wirtschaftssubjekte sind offenbar bereit, recht hohe Provisionen oder hohe Informations- und Transaktionskosten in Kauf zu nehmen, nur um *Transaktionen ohne Geld* abwickeln zu können. Genau dies läßt aufmerken.

Zwar bieten die Barter-Clubs andere Vorteile, die je nach Lage der Dinge überwiegen können: etwa Überspringen eines Zwischenhändlers mit entsprechenden Einsparungen. Aber jedenfalls verwenden die Teilnehmer in den Barter-Clubs nicht das Geld, das die Ökonomen das "allgemeine Tauschmittel" nennen. Ihr "Tauschinstrument" ist nicht das Geld, sondern der Barter-Club.

Warum aber wohl wählen Tauschpartner nicht das offizielle Geld als Tauschsystem, sondern einen Barter-Club oder den archaischen Direkttausch? Warum wohl nehmen Wirtschaftssubjekte das jeweils an sich umständlichere Tauschverfahren in Kauf, wo doch die Ökonomen nicht müde werden, die Vorzüge einer monetisierten Wirtschaft gegenüber einer Naturalienwirtschaft zu preisen und vorzurechnen?

Die Erklärung liegt auf der Hand: Wer etwas verkaufen will, muß einen Käufer finden, der nicht nur die Sache brauchen kann, sondern auch liquide ist, also Geld hat: ohne Geld beim Käufer kein Kauf. Wer etwas kaufen will, der braucht also nicht nur irgend einen Wertgegenstand als Tauschobjekt, sondern Geld. Fehlt es am Geld, so kommt das Geschäft nicht zustande. Oder eben doch: zwar nicht als Kauf und Verkauf, wohl aber als Tausch z.B. in einem Barter-Club oder als Naturalientausch. Der Club fungiert dabei als eine Art Geldersatz, der Naturalientausch als Behelfslösung.

Zwar heißt es in der Geldtheorie, daß man bei Ausnutzung des offiziellen Tauschmittels "Geld" Informations- und Transaktionskosten spare. Wenn aber jetzt Wirtschaftssubjekte wieder anfangen, ohne Geld zu tauschen, so stimmt offenbar etwas nicht mit dieser Erkenntnis, nach welcher der durch Geld vermittelte Doppeltausch günstiger ist als der Naturalientausch. Die Barter-Clubs und der Naturalientausch zeigen, daß es offenbar für einige Beteiligte kostengünstiger ist zu tauschen, als das teure offizielle monetäre Liquiditäts- und Verrechnungssystem in Anspruch zu nehmen. In vielen Fällen ist dieses offizielle System offenbar so kostenträchtig, daß Transaktionen gar nicht mehr durchgeführt werden.

5. Kein optimales Tauschvermittlungssystem

Die Tatsache, daß Barter-Clubs oder sogar archaische Direkttauschmethoden in Konkurrenz treten können mit dem Geld, läßt die Vermutung wachwerden, daß wir kein optimales monetäres Tauschsystem haben. Wo aber in einer Wirtschaft das Tauschsystem nicht optimal ist, ist Sand im Getriebe.

Das heutige monetäre System von Geld und Kredit führt tatsächlich in entscheidenden Fällen zu unsinnigen und funktionswidrigen Transaktionskosten. Wir nehmen diese Kosten nur nicht als Transaktionskosten wahr, weil sie bislang nicht als Transaktionskosten interpretiert worden sind, sondern einen irreführenden Namen tragen. Auf längere Sicht wirken diese funktionswidrigen Transaktionskosten lähmend und krisenauslösend. Wie und warum, wird gleich erläutert. Hier genügt es, daß die neuen alten Transak-

tionsverfahren einen unbefriedigten Transaktionsbedarf anzeigen und zugleich praktisch vorführen, daß es billiger sein kann, auf fast archaische Art zu tauschen und dabei hohen Informationsaufwand, insbesondere in Gestalt von Maklerkosten, in Kauf zu nehmen, nur um überhaupt zu tauschen, ohne das angeblich universale und kostengünstige Tauschmittel "Geld" zu verwenden.

6. Transaktionskosten

Woran kann das liegen, daß die Unbequemlichkeiten des Naturalientausches oder die Provisionen im Barter-System immer noch günstiger sind als Kaufen und Verkaufen unter der Verwendung von Geld? Die Antwort ist einfach: Wer etwas kaufen will, aber nicht liquide ist, muß sich Geld leihen. Dann zahlt er Zinsen. Diese Zinsen sind also der Aufpreis, den er dafür zu zahlen hat, daß er sich des Geldes für die Abwicklung der geplanten Transaktion bedient. Als Alternative bietet sich dann der Direkttausch oder der Barter-Club: Tausch ohne Geld, unter Inkaufnahme anderer Kosten als der Zinsen. Sobald diese Transaktionskosten beim Direkttausch oder beim Bartering niedriger sind als beim Kaufen und Verkaufen unter Verwendung von geliehenem Geld, werden die nicht monetären Verfahren wettbewerbsfähig.

7. Zinsen als Transaktionskosten

Aufschlußreich an diesen Beobachtungen ist vor allem: Die Zinsen erscheinen nicht wie üblich als Kapitalkosten. Sie sind vielmehr Kosten im Zusammenhang mit einer Transaktion: Zinsen als Transaktionskosten. Die Praxis des Bartering offenbart, daß man es bei den Zinsen mit Kosten zu tun hat, die nicht richtig, sondern geradezu irreführend gekennzeichnet sind, wenn sie das Etikett "Kapitalkosten" tragen. Nach ihrem Anlaß und ihrer Entstehung muß man Zinsen offenbar eher als "Tauschkosten" oder "Transaktionskosten" auffassen: Es handelt sich nämlich um Kosten, die anfallen für die Inanspruchnahme des Tauschmittels Geld. Zinsen sind der Maklerlohn, den man an das herkömmliche monetäre System für die Inanspruchnahme der Vermittlungsdienste des Geldes zahlt.

8. Zinsen als Liquiditätskosten

An sich wissen die Ökonomen schon seit langem, daß der Zins im wesentlichen der Preis ist für die Überlassung des Nutzens monetärer Liquidität. Zinsen sind Liquidisierungskosten: Kosten dafür, daß man sich liquide macht. "Liquide", das bedeutet, daß man zahlungsbereit, vor allem, daß man transaktionsbereit ist. Demnach sind Zinsen die Kosten von Zahlungsbereitschaft oder Transaktionsbereitschaft.

Daß Zinsen als "Kapitalkosten" aufgefaßt werden, liegt daran, daß diese Kosten beim Kreditnehmer hängenbleiben, wenn er das geliehene Geld

ausgibt. Wenn dann längst andere die Vorteile der Zahlungs- und Transaktionsbereitschaft genießen, muß der Kreditnehmer die Zinsen im Zusammenhang mit derjenigen Sache verbuchen, die er durch die Transaktion erworben hat. So erscheinen sie ihm dann als Investitionskosten (Kapitalkosten) oder z.B. als Kosten seines Konsumes.

9. Kapitalkosten als hängengebliebene Transaktionskosten

Kapitalkosten in Gestalt von Zinsen sind also im wesentlichen hängengebliebene Liquidisierungskosten: *hängengebliebene Transaktionskosten*. Zinsen aber können alsbald zu Beträgen auflaufen, die höher sind als die Informations- und Transaktionskosten beim Naturalientausch oder als die Tauschprovision in einem Barter-Club. Dann ist der Punkt erreicht, von dem an es rentabel werden kann, Transaktionen im Naturalientausch oder in Barter-Clubs abzuwickeln.

Die derzeitige Kredit- und Liquiditätstechnik der Banken generiert also eigenartige Transaktionskosten, die in der Praxis wie in der Wissenschaft als "Kapitalkosten" kostümiert erscheinen. Ja, man kann sogar feststellen: "Kapital" ist nichts anderes als eine eigenartige und kostspielige Verquickung des Kreditgewährungsvorganges mit dem Liquiditätsverschaffungsvorgang, an dem die Marktwirtschaft zur Zeit krankt.

"Kapitalkosten" können betrachtet werden als Produkt aus der praktischen Unfähigkeit des bisherigen wirtschaftlichen Systems, Kreditkosten, Liquiditätskosten und Transaktionskosten scharf genug zu trennen und funktionsgerecht zu verrechnen. Der Begriff "Kapital" ist das Ergebnis der Bemühungen, diese verworrene Praxis theoretisch zu begreifen, also selbst weitgehend hinfällig, wenn die Verworrenheit verschwindet.

10. Wettbewerb der Liquidisierungsdienste

Wer eine ökonomische Transaktion durchführen will und kein Geld hat, muß sich, wie gesagt, Kredit besorgen, und zwar typischerweise bei einer Geschäftsbank. Kann er die Zinsen nicht aufbringen, dann ist er, wenn er wenigstens irgend etwas in Tausch geben kann, reif für Tauschverfahren ohne Geld. Der Tauschring ist ein Geldersatz, hieß es oben. Er ist, genauer, auch ein Liquiditätersatz. Wer sich die Tauschbereitschaft in Gestalt der monetären Liquidität, die die Banken anbieten, nicht leisten kann, geht zur Konkurrenz oder muß über Behelfsverfahren nachdenken: ein *Wettbewerb der Liquidisierungsdienste*.

Tauschringe sind daher in gewissem Umfange Konkurrenten der Banken bei der Versorgung der Wirtschaftssubjekte mit Transaktionsmöglichkeiten. Wenn also jemand die neuen alten Tauschtechniken argwöhnisch beobachten muß, dann sind es die Banken. Ihnen erwachsen Konkurrenten, die womöglich preiswertere Transaktionsbereitschaft vermitteln als sie, die Banken, die das Liquiditätsgeschäft im Rahmen des offiziellen monetären Systems abwickeln.

11. Unternehmerische Selbsthilfe

Hier bildet die Marktwirtschaft durch *unternehmerische Selbsthilfe* offenbar Transaktionstechniken heraus, die für nennenswerte Bevölkerungskreise preiswerter arbeiten als die Banken bei ihrer kreditweisen Versorgung mit Liquidität. Die Geschäftsbanken müßten sich also fragen, ob man die lästigen Konkurrenten nicht aus dem Felde schlagen könne, und zwar unter Ausnutzung und Ausspielung der Vorteile, die die Banken deshalb haben, weil sie mit allgemein akzeptiertem Geld arbeiten. Lassen sich nicht die Vorteile der bisherigen Banktechniken für Kredit und Liquidität mit den je nach Höhe der aufgelaufenen Zinsen relativ niedrigen Transaktionskosten der konkurrierenden Verfahren verbinden, um ihnen das Wasser abzugraben?

III. Optimale Kredit- und Liquiditätsversorgung durch die Geschäftsbanken

Die Sache⁴ ist tatsächlich extrem einfach. Sobald die Geschäftsbanken sie gemeinsam ins Werk setzen wollen, können sie es sofort und ohne Risiko anfangen. Sie würden der Volkswirtschaft dabei einen großen Dienst erweisen. Ein solches gemeinsames Vorgehen ist jedoch kaum zu erwarten, eher, daß ein einzelnes Institut oder eine Gruppe von Instituten sich des Liquiditätsbedarfs annimmt, der heute, angesichts der hohen Kapitalkosten, die entstehen, unbefriedigt bleibt. Dann ist zwar der Start etwas schwieriger, aber es winken auch die Vorteile, die ein Unternehmen immer dann hat, wenn es als erstes in eine Marktlücke vordringt und sich Marktanteile sichert. Die Startschwierigkeiten ähneln den Anfangsproblemen eines Tauschringes, sind aber aller Voraussicht nach schneller überwindbar.

Vor allem im internationalen Bereich, etwa im Zahlungsverkehr zwischen und im Verkehr mit den Entwicklungsländern, bieten sich einem Pionier der neuen Kredit- und Liquiditätstechnik wohl einmalige Chancen, – von den segensreichen Auswirkungen seines Geschäftes auf die betroffenen Wirtschaften ganz zu schweigen.

1. Unterscheidung zwischen Kredit, Liquidität und Tauschkraft

Im Folgenden muß man strikt zwischen Kredit, Liquidität und Kaufkraft unterscheiden.

Der Zins, hieß es oben, ist der Preis für die Überlassung monetärer Liquidität. Im üblichen Zins enthalten ist aber in der Regel auch noch eine

kleinere oder größere "Risikoprämie", je nach Bonität des Kreditnehmers und Qualität seiner Sicherheiten. Bei dieser Risikoprämie handelt es sich um eine Art von Mißtrauenskosten, die ein Kreditnehmer zahlen muß, wenn er nicht so kreditwürdig ist wie andere. Bei der Risikoprämie handelt es sich also in der Tat und im wahrsten Sinne des Wortes um "Kreditkosten": nämlich um Kosten, die mit Vertrauen, mit Kredit zu tun haben. Soweit der Zins jedoch Preis für die Überlassung monetärer Liquidität ist, hat man es, wie gesagt, bei genauer Sprechweise nicht mit Kreditkosten, sondern mit Liquidisierungskosten zu tun.

Die echten Kreditkosten beziehen sich auf die gesamte Dauer des Vertrauens, also auf die gesamte Zeit, während derer dem Kreditnehmer Kaufkraft (in welcher Gestalt auch immer) anvertraut wird. Die Liquiditätskosten jedoch betreffen nicht dieses Vertrauen in die wahrscheinliche Rückgewähr der Kaufkraft, sondern stellen die Gegenleistung für die Überlassung der Liquidität des verliehenen Geldes dar. Und die Liquidität eines Tauschobjektes ist etwas anderes als sein Tauschwert selbst. Gerade bei geliehenem Geld, das ausgegeben wird, geht die Liquidität des geliehenen Geldes längst eigene Wege, während die Rückzahlungsschuld ebenso beim Kreditnehmer bleibt wie die Rückzahlungsforderung beim Kreditgeber.

Dadurch nun, daß der Kreditnehmer ständig weiter Kosten für eine Liquidität zu zahlen hat, die längst andere nutzen, wachsen auch ständig die Kosten der Transaktion, die er auf Kredit abgewickelt hat. Genau hieraus erwächst den Geschäftsbanken ihr Wettbewerbsnachteil im Verhältnis zu den Barter-Clubs, die nur eine einmalige Vermittlungsprovision in bestimmter Höhe erheben, aber keine Dauerbelastungen hinterlassen, die vom Betroffenen dann als "Kapitalkosten" erlebt und interpretiert werden.

Wenn eine Bank im Wettbewerb mit Barter-Clubs bestehen, und überhaupt wenn sie ihren Kunden Kredit und Liquidität auf optimal kostengünstige Weise zur Verfügung stellen will, dann kommt es also darauf an, den Kreditnehmer nicht für die gesamte Laufzeit des Kredites auch mit den Kosten für die Liquidität zu belasten, die er nur wenige Augenblicke genießt, nämlich bis er das geliehene Geld zu Zahlungszwecken verwendet und damit die Liquiditätsvorteile an einen Dritten weitergibt.

Wenn die Geschäftsbank den Preis für die Überlassung monetärer Liquidität immer nur gerade von demjenigen ihrer Kunden fordert, dem sie auf einem Konto Liquidität zur Verfügung stellt, dann haben es die Kunden in der Hand, durch rasche Verfügungen über ihr Guthaben ihre Liquiditätskosten gering zu halten, nämlich in der Größenordnung von Promille, also auch jedenfalls niedriger als die Provisionen, die in den Barter-Clubs fällig werden. Jeder Kunde trüge dann Liquiditätskosten nur in der Höhe, wie er Liquidität wirklich in Anspruch nimmt. Er wäre mit Kosten seiner Transaktionsbereitschaft immer nur so lange belastet, wie er sich durch Vorhaltung von Liquidität transaktionsbereit hält.

4) Ausführliche liquiditäts- und wohlfahrtstheoretische Begründung: D. Suhr/H. Godschalk a.a.O.

2. Ersatz des Zinses durch Liquiditätskosten

Die neue Kredit- und Liquiditätstechnik liefe also darauf hinaus, daß die herkömmlichen Zinsen, soweit sie Preis für die Überlassung von Liquidität sind, durch Liquiditätskosten ersetzt würden. Das hätte auch zur Folge, daß mit den Kosten der Liquidität immer derjenige belastet würde, der auch den ökonomischen Nutzen monetärer Liquidität genießt: den Nutzen, der seit Keynes mit "Transaktionskasse", "Speulationskasse" und "Vorsichtskasse" beschrieben wird. Das neue Verfahren entspräche also letztlich sogar dem ordnungspolitischen und marktwirtschaftlichen Grundsatz, daß, wer den Nutzen hat, auch die Kosten tragen soll.

3. Minimierte monetäre Transaktionskosten

Wirtschaftssubjekte, die für die Inanspruchnahme von monetärer Liquidität nicht mehr wie bisher langfristige Zinsen, sondern kurzfristige Liquiditätskosten zu zahlen haben, können ihre Transaktionen wesentlich günstiger abwickeln, als sie es im System der heutigen Kredit- und Liquiditätstechniken der Geschäftsbanken tun. Ein System von Geschäftsbanken, das Liquidität mit derart minimierten Kosten für die Verrechnungsleistungen anbietet, die bei wirtschaftlichen Transaktionen anfallen, hat die Konkurrenz von geldlosen Transaktionsverfahren kaum noch zu fürchten, es sei denn, die Clubzentrale wird selbst zur Bank und bietet zusätzlich die übrigen anderweitigen Vorteile des Bartering.

IV. Das unternehmerische Konzept

Die neue Kredit- und Liquiditätstechnik wurde in Anlehnung an die *Confessio Augustana* auf den Namen "Oeconomia Augustana" ("OA") getauft: Sie ist in Augsburg entstanden; sie verhält sich zur marktwirtschaftlichen Ordnung ähnlich, nämlich kritisch reformierend, wie seinerzeit das Augsburger Bekenntnis sich zur christlichen Religion verhalten hat; und wie damals der Ablaß, so gibt heute der Zins den äußerlichen Anstoß.

1. Banktechnische Einzelheiten

a) Die OA-Bank bietet ihren Kunden die Eröffnung von *OA-Konten* an, auf denen sie diesen Kunden Liquidität zur Verfügung stellt, für die keine herkömmlichen Zinsen, sondern nur Liquiditätskosten berechnet werden, und zwar unabhängig davon, ob die Liquidität aus Kredit der Bank oder aus eigenen Mitteln stammt. So wie Banken bisher mit einer Spanne zwischen ihren Zinsaufwendungen und Zinserträgen gearbeitet hat, so muß auch die OA-Bank für die Einräumung von Liquidität einen Preis verlangen, bei dem sie auf ihre Kosten und in die Gewinnzone kommt. Ihre Liquiditätsreserven

verschafft sie sich (zunächst) auf herkömmliche Weise auf den heutigen Geld- und Kapitalmärkten. Die etwaige Risikoprämie bei Krediten wird getrennt abgerechnet.

Es spielt keine Rolle, ob die Liquidität auf dem OA-Konto im Soll oder im Haben zu Buche schlägt: ob sie also in Gestalt eines (liquiden, nicht angelegten) Guthabens oder in Gestalt eines (liquiden, nicht terminierten) Kredites besteht. Es obliegt dem Kunden, durch zeitliche Festlegungen oder sonstige Dispositionen den Liquiditätszustand zu beenden und damit die mit der Liquidität einhergehenden Kosten zu vermeiden.⁵ Denkbar ist auch, die Liquiditätskosten nach Verfügungsspielräumen oder nach durchschnittlicher Inanspruchnahme zu verrechnen.

b) Die *Überweisungen* von OA-Konto zu OA-Konto vollziehen sich nicht anders als Überweisungen von herkömmlichen auf herkömmliche Konten wie bisher auch. Der Unterschied besteht darin, daß in diesem Kredit- und Liquiditätssystem letztlich keine "Zinsen" im herkömmlichen Sinne mehr anfallen. Die Liquiditätskosten, die an die Stelle der Zinsen treten, trägt immer der, der die Liquidität auf dem Konto in Anspruch nimmt.

c) Will ein Kunde von seinem OA-Guthaben herkömmliches *Bargeld abheben*, so verliert die Bank die Möglichkeit, den Weg dieser konventionellen Bargeldliquidität zu verfolgen und ihren Preis für die Überlassung der Liquidität immer bei demjenigen einzufordern, der über das Geld verfügt. Sie muß sich daher an denjenigen ihrer Kunden halten, der Bargeld abhebt, und ihm weiterhin die Liquiditätskosten berechnen, bis er das Bargeld als solches zurückzahlt.

Ein Kunde also, der OA-Liquidität in herkömmliche Bargeldliquidität verwandelt, wird so behandelt, als entnehme er dem OA-Liquiditätssystem einen herkömmlichen "Kredit": Er zahlt herkömmliche Zinsen.

d) Wie der Fall der Barabhebung, so wird auch der Fall abgewickelt, daß ein Kunde von seinem OA-Konto *Überweisungen auf herkömmliche Konten* in Auftrag gibt: Dieser Kunde steigt aus dem neuartigen Kredit- und Liquiditätssystem aus wie ein Barabheber und wird ebenfalls so behandelt, als nähme er zu Lasten des OA-Systems einen herkömmlichen Kredit in Anspruch. Auch er zahlt herkömmliche Zinsen.

e) Inhaber von OA-Guthaben, die z.Zt. keinen Transaktions- oder sonstigen Zahlungsbedarf haben, werden durch die laufenden Liquiditätskosten besonders stark dazu motiviert, ihr Guthaben "anzulegen". Wie im heutigen System die entgehenden Zinsen (Opportunitätskosten), so motivieren im OA-System die Liquiditätskosten, Kassehaltung in Richtung auf ein Minimum zu optimieren. Diese Vorgänge spielen sich ganz ähnlich ab wie das *Sparen und Anlegen* im alten System. Die Motivierungs-, Lenkungs- und Allokationsfunktion der Zinsen bleibt als Motivierungs-, Lenkungs- und

5) Ähnliches sah der Keynes-Plan für den Internationalen Währungsfonds vor. Näheres bei D. Suhr/H. Godschalk, a.a.O.

Allokationsfunktion der ersparten Liquiditätskosten nicht nur erhalten; sie wird sogar, wie sich wirtschaftswissenschaftlich zeigen ließe, sogar wesentlich verbessert. Der Unterschied liegt in Folgendem: Der Vorteil, den man durch Sparen und Anlegen erwirtschaften kann, besteht im OA-System dem Typus nach in ersparten Liquiditätskosten, also in vermiedener Bestandsverringerung, während man beim Sparen und Anlegen im alten System dem Typus nach echte Einnahmen erwirtschaftet und Bestandsgewinne in Höhe des Realzinses erwirtschaften kann.

f) In dem Umfange, wie Zahlungsvorgänge in OA-Liquidität zunehmen, entstehen monetäre Märkte, die den heutigen Geld-, Kapital- und Devisenmärkten entsprechen, und zwar auch für den *Ankauf von OA-Liquidität* mit herkömmlichem Geld und umgekehrt.

g) Die *Einzahlung von herkömmlichem Bargeld* auf ein OA-Konto würde dazu führen, daß der Einzahlende auf die Liquiditätsvorteile seiner herkömmlichen Bargeldliquidität ohne Gegenleistung verzichtet. Er würde die für ihn kostenlose Liquidität in für ihn kostenträchtige umtauschen. Um diesen Nachteil zu vermeiden, wird er in der Regel sein herkömmliches Bargeld eher bei der OA-Bank auf herkömmliche Weise anlegen (Sparbuch, Termingelder, Obligationen) und dann einen OA-Kredit in Anspruch nehmen, für den seine Anlage als Sicherheit fungiert. Das ist die Konsequenz der Tatsache, daß die OA-Liquidität immer Fremdlingliquidität im Sinne eines Liquiditätsdienstes der OA-Bank ist, der auch als solcher vergütet werden muß: unabhängig davon, ob das Guthaben auf dem Konto aus kreditierter Kaufkraft oder z.B. aus einer Vergütung herrührt, die aus einer Zahlung in OA-Liquidität herkommt. Ob man auf dem Konto eigene oder geliehene Kaufkraft hat, spielt keine Rolle. Das entspricht der Tatsache, daß bei der OA-Technik funktionsgerechter als bisher differenziert wird, nämlich nach monetärer Kaufkraft, Kreditierung dieser Kaufkraft und Liquidität dieser Kaufkraft.

2. Marketingprobleme

Die eigentlichen Probleme der neuen Kredit- und Liquiditätstechnik sind zunächst Marketingprobleme: Sie bestehen weniger in den banktechnischen und bankbetriebswirtschaftlichen Einzelheiten, die eben angedeutet wurden, als vielmehr darin, daß das neue und den Kunden nicht vertraute kredit- und liquiditätswirtschaftliche Produkt auf den Markt und an den Mann gebracht werden muß. Zwar bietet die OA-Bank optimale, nämlich minimierte Kosten für die Verrechnungstransaktionen, die im Zusammenhang mit der Abwicklung von wirtschaftlichen Transaktionen anfallen. Hiervon müssen die Kunden jedoch erst überzeugt werden, und zwar trotz der Tatsache, daß die neuartige Liquidität auf dem Konto zunächst einmal Kosten verursacht, also nicht billiger, sondern teurer ist als die alte. Wer will schon Liquidität auf dem Konto haben, für die er Liquiditätskosten zahlen muß, wenn er, etwa als Verkäufer, andere Liquidität alter Art und Güte bekommen kann?

Die Antwort ist an sich einfach: Alle, die Kredit zur Deckung ihres Liquiditätsbedarfs in Anspruch nehmen, fahren im neuen System günstiger. Bei genauerem Hinsehen erweist sich zudem, daß langfristig überhaupt alle realwirtschaftlich tätigen Produzenten und Konsumenten bei ihren Geschäften des Produzierens, Konsumierens, Kaufens und Verkaufens mit der neuen Liquidität sehr viel besser fahren als mit der alten. Nachteilig kann sich das neue Kredit- und Liquiditätssystem auf lange Sicht nur für diejenigen Haushalte auswirken, die bisher auf direktem oder indirektem Wege insgesamt mehr Zinsen und Renditen einnehmen, als sie selbst zahlen, die also über einen positiven Nettozins-Saldo verfügen.

a) Eine OA-Bank, die mit dem Angebot ihrer neuartigen Liquidität in den Markt eindringen will, muß also zusehen, daß sie besonders *interessierte Anwärtler* anspricht und für das System gewinnt. Besonders interessiert sind alle Unternehmer, vor allem, wenn und soweit sie mit Fremdkapital arbeiten. Interessiert müßten auch alle Konsumenten sein, wenn und soweit sie Konsumentenkredite in Anspruch nehmen wollen. Besonders die öffentliche Hand, die unter hohen Zinslasten leidet, aber nach wie vor hohen Transaktionsbedarf hat, kommt als potentieller und wichtiger Kunde in Betracht. Können die übrigen Kunden der OA-Bank zuverlässig erwarten, daß sie ihre öffentlichen Abgaben, oder wenigstens, daß sie ihre Kommunalabgaben in OA-Liquidität abwickeln können, so kann sich jeder schon ausrechnen, welche Vorteile ihm das System auch dann bringt, wenn die Akzeptanz der OA-Liquidität im übrigen zunächst nur geringe Fortschritte macht.

Es ist klar, daß Unternehmen, die unter Liquiditätsengpässen leiden und denen der Konkurs droht, besonders geeignete Adressaten einer Marketing-Strategie sind, und daß gerade in solchen Fällen auch die öffentliche Hand und die Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze gefährdet werden, bereit sein könnten, auf einen Teil ihrer Abgaben- und Lohnforderungen OA-Liquidität zu akzeptieren.

b) Das *Akzeptanzproblem* des neuen Kredit- und Liquiditätssystems besteht in der paradoxen Situation, daß die letztlich preiswertere Liquidität zugleich die auf dem Konto teurere Liquidität ist. Die OA-Bank steht also vor der Aufgabe, ihren Kunden klarzumachen, daß sich die im neuen System anfallenden Liquiditätskosten, was die Größenordnungen angeht, in keiner Weise vergleichen lassen mit Zinsen für herkömmliche Kredite, daß, ganz im Gegenteil, die geringfügigen Liquiditätskosten, die man für die jeweiligen Guthaben in Kauf nehmen muß, in der Regel bei weitem aufgewogen und überkompensiert werden durch die Zinsen herkömmlicher Art, die man im Falle von Krediten einspart. Bedenkt man gar, wieviel Kapital-, also letztlich Zinskosten in den Preisen stecken, und daß auch diese Kosten sinken, wenn die Unternehmer ihre Transaktionen zu günstigeren Bedingungen finanzieren können, zeigen sich die Vorteile des neuen Systems noch deutlicher. Aber der Einzelne muß halt je nach Situation begreifen, daß es für ihn als Unternehmer, als Händler, als Konsument oder als Arbeitnehmer auf die

eine oder andere Weise jedenfalls nicht nachteilig ist, sich mit einem OA-Konto in das neue Zahlungsnetzwerk einzufädeln.

c) Eine OA-Bank mit noch wenig Teilnehmern steht vor den gleichen Schwierigkeiten wie ein Barter-Club mit wenig Mitgliedern: Das jeweilige Verrechnungsnetzwerk ist noch so klein, daß es große Nachteile für die Betroffenen mit sich bringt. Wird jedoch erst einmal die *kritische Teilnehmerzahl* überschritten, so daß diese Anfangsnachteile in den Hintergrund treten, rücken ganz von selbst die Kostenvorteile in den Vordergrund. Zudem ist jeder Teilnehmer im OA-Netzwerk daran interessiert, seine Geschäftspartner für das System zu gewinnen, eben um die Vorteile in größerem Umfang genießen zu können. Insofern wachsen die Chancen, sich fest im Markt zu etablieren, genau in dem Maße, wie man die Anfangsschwierigkeiten überwinden kann.

d) Banken und Sparkassen wissen ein Lied davon zu singen, daß das herkömmliche Bargeld, das bis vor kurzem noch als kostensparendes Tauschmittel gepriesen wurde, eine schon fast altertümliche, kostenintensive Technik für die Abwicklung von Kaufkraftverrechnungen darstellt. Man erhofft sich Kostensenkungen von *elektronischen Zahlungsmitteln*, insbesondere von Chips, die mit Guthaben geladen und praktisch wie Bargeld verwendet werden. In dem Maße, wie diese Techniken in den Alltag eindringen, kann die Kredit- und Liquiditätstechnik der Oeconomia Augustana auch bei der Abwicklung von Zahlungsvorgängen Verwendung finden, bei denen bisher auf Münzen und Banknoten noch nicht verzichtet werden kann.

3. Rechtliche Unbedenklichkeit

Bisher sind keine Gesetze ersichtlich, die im Wege stehen könnten, wenn eine Bank mit dem neuartigen Kredit- und Liquiditätsdienst auf dem Markt erscheinen will. Die Oeconomia Augustana knüpft beim Giralgeld an und formt dieses Giralgeld nach optimierenden geldtheoretischen und geldtechnischen Vorstellungen aus. Die OA-Guthaben unterliegen den gleichen Vorschriften wie Sichtguthaben auf herkömmlichen Konten. Weder Recht der Kreditaufsicht noch Währungsrecht steht entgegen.

4. Initiatoren der Oeconomia Augustana

Sollte sich keine Bank finden, die Dienstleistungen im Sinne der Oeconomia Augustana von sich aus anbieten will, stellt sich die Frage, wer sonst die notwendigen Initiativen ergreifen kann. Wiederum ist zunächst zu denken an Unternehmer, insbesondere an junge Unternehmer, die auf Fremdkapital (oder genauer: auf Kredit und Liquidität) angewiesen sind. Sollten sich also die Geschäftsbanken und Sparkassen als zu träge erweisen, dann müssen die Unternehmer zusehen, ob sie nicht einen hinreichenden Teilnehmerkreis für den Start zusammenbringen. Hat man einen ersten Teilnehmerkreis beisammen, und zwar nach Möglichkeit auch eine Gemeinde

oder gar einen Stadtstaat, kann man versuchen, eine Bank oder Sparkasse um einschlägige Dienstleistungen zu bitten. Scheitert dieser Versuch, weil die Kreditinstitute sich auch dieser Bitte nicht öffnen, bleibt nichts anderes übrig, als selbst eine Bank zu gründen, und zwar einerseits, um sich selbst optimal mit Kredit und Liquidität zu versorgen, und andererseits, um am Ende mit dieser Bank Marktanteile zu erobern, Profite zu machen und den anderen Instituten zu zeigen, was Marktwirtschaft bedeutet.

V. Wirtschaftsbelebung und Arbeitsplätze

1. Unternehmerische Investitionen

In dem Maße, wie das OA-System die kritische Anfangsphase überwindet, werden unternehmerische Investitionen angeregt: Wenn für ein Unternehmen bei der Aufnahme von Fremdkapital in Zukunft keine nennenswerten Zinsen, sondern nur noch kurzfristige Liquiditätskosten anfallen, dann schrumpft der bisher gewichtige Kostenfaktor "Kapitalkosten" zusammen auf zwei im Verhältnis dazu kaum noch ins Gewicht fallende Kostenfaktoren "Risikoprämie" und "Liquiditätskosten". Das hat zur Folge, daß die Rentabilitätsschwelle der einschlägigen Investitionen drastisch sinkt.

Mit anderen Worten: Wenn und soweit ein Unternehmen seine Investitionen mit Hilfe der neuen Kredit- und Liquiditätstechnik der Oeconomia Augustana finanzieren kann, lohnen sich für dieses Unternehmen bereits solche Investitionen, bei denen man bisher nicht auch nur davon träumen konnte, daß sie sich rentieren. Seine Wettbewerbsfähigkeit steigt. Es kommt zu einer Wirtschaftsbelebung "von der Angebotsseite her".

2. Automatisierungs- und Roboterisierungsinvestitionen

Auch Automatisierungs- und Roboterisierungsinvestitionen erscheinen, wenn sie im Rahmen der Oeconomia Augustana finanziert werden, in einem anderen Licht: Wenn heute in einem Unternehmen ein Roboter drei Arbeitsplätze erübrigt, so muß das Unternehmen statt der Arbeitslöhne Roboterrenditen an die Geldgeber zahlen. Im Rahmen der Oeconomia Augustana jedoch entfallen diese Kapitalgeberrenditen weitgehend, so daß sich der Unternehmer und die Arbeitnehmer die Vorteile der Roboterisierung untereinander aufteilen, also entweder Unternehmer- und Arbeitslöhne erhöhen oder die Arbeitszeit verkürzen können. Es entfällt der ständige Kostgänger "Kapitalgeber", der das Unternehmen zwingt, einen Großteil der Rationalisierungs- und Roboterisierungsvorteile an den Kapitalgeber weiterzuleiten.

3. Konsumentennachfrage

Wenn und soweit Konsumentenkredite im Rahmen der Oeconomia Augustana ebenfalls keine laufenden Kosten in Form von Zinsen, sondern nur

noch Kreditkosten im Sinne der "Risikoprämie" und kurzfristig Liquiditätskosten verursachen, wächst auch der Spielraum von Haushalten ganz erheblich, Ausgabewünsche zeitlich vorzuverlegen. Das führt zu einer Wirtschaftsbelebung "von der Nachfrageseite her". Junge Familien können früher in die eigenen Wände ziehen, Kinder ärmerer Eltern ihr Studium auf Kredit leichter finanzieren.

4. Öffentliche Hand

Die Erleichterung von Krediten kommt am evidentesten der öffentlichen Hand zugute: Wenn private Konsumenten durch Verschuldung in Not geraten und ihre Nachfrage auf den Märkten ausbleibt, so fällt das nicht weiter auf, und es hat den Anschein, als registrierten nicht einmal die Ökonomen mit hinreichender Aufmerksamkeit, welche Folgen die wachsende Verschuldung innerhalb einer Volkswirtschaft für die Nachfragelust der Schuldner hat. Kommt aber der Staat an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit, dann sieht jedermann, welche Folgen das für die Ausgabetätigkeit des Staates und damit für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hat. Muß man noch erläutern, welche Auswirkungen es heute hätte, wenn die öffentliche Hand sich entschließen würde, Kredite und Liquidität im System der Oeconomia Augustana aufzunehmen?

5. Umweltsanierung

Eine der Aufgaben, die sich der öffentlichen Hand heute stellen und die wegen Mangels an Kredit und Liquidität in absolut unzureichender Weise angepackt wird, ist die Sanierung und der Schutz der Umwelt. Auch hier bietet die Oeconomia Augustana die Chance, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

6. Schluß

Wir brauchen für die Oeconomia Augustana keinen Gesetzgeber. Was wir brauchen, sind nur bewegliche und tüchtige Unternehmer, insbesondere aus dem Bereich der Banken und Sparkassen, um uns selbst zu helfen. Wir brauchen die Marktwirtschaft nicht umkrempeln, wir müssen ihr nur in einem ganz entscheidendem Punkte ihres Transaktions- und Verrechnungssystem noch etwas mehr zu sich selbst verhelfen.

Wir müssen unsere bewährte Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien, indem wir ihre eigene Melodie richtiger spielen und danach tanzen.

Der Kapitalismus ist keine unvermeidliche Begleiterscheinung der Marktwirtschaft, sondern ein behebbarer Defekt ihres monetären Systems. Vier Beiträge beleuchten den sozio-ökonomisch-ökologischen Komplex aus einander ergänzenden Perspektiven: Eine Rückblende auf den Streit um den Mehrwert zwischen Marx und Proudhon mit Ausblick auf Gesell; eine Untersuchung zu den dialektischen Strukturen in Hegels ökonomischem „System der Bedürfnisse“; eine Analyse der monetären Voraussetzungen für die Annäherung zwischen ökonomischer und ökologischer Rationalität; und schließlich ein Selbsthilfekonzert für die sanfte Befreiung vom Kapitalismus.